BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 1 Köln, 25. Januar 1959 **Preis DM 1,50**

Vierter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Nein!!!" — und was nun?"* S. 1
- *Dr. Hermann Etzel, „An der Schwelle großer Entscheidungen"* S. 9
- *Philipp Wehr, MdB, „Verhandeln, aber mit eigenen Vorschlägen!"* S. 12
- *Dr. Achim von Borries, „Die Stunde der Wahrheit"* S. 16
- *Hermann Schwann, „Eine Minute vor Zwölf!"* S. 31
- *Dr. Werner Gerth, „Berlin als dritte Kraft"* S. 39
- *Major a. D. Hans-Moritz von Frankenberg u. Proschlitz, „Die Fronten auf den europäischen Meeresgebieten"* S. 41
- *Prof. Hermann Oberth, „Gedanken zur Raumrakete"* S. 47
- *Staatssekretär a. D. Professor Dr. Eduard Brenner, „Der Salto mortale der bayerischen SPD"* S. 51
- *Ulrike Meinhof, stud. phil., „Der Studentenkongreß gegen Atomrüstung in Berlin"* S. 57
- *Prof. Dr. Anton Neuhäusler, „Anachronismus der Menschheit"* S. 61
- *Prof. Dr. László Márton von Pákozdy, Debrecen (Ungarn), „Erwägungen über den ‚kalten Krieg' als theologisches Problem"* S. 66
- *Prof. Dr. Ernst Zinner, „Am Rande einer Tagung"* S. 71
- *Prof. Dr. Franz Rauhut, „Papst Johannes XXIII. und die Bemühungen um den Frieden"* S. 74
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 76

Prof. Dr. Walter Hagemann

„Nein — und was nun?"

Chrustschows diplomatische Großoffensive hat mit dem Friedensvertragsentwurf eine neue Steigerung erfahren. Es dürfte nicht die letzte sein. Der Schachspieler im Kreml hat mit wohlberechneten Zügen seinen Gegner völlig in die Defensive gedrängt.

Schon der Berlin-Vorstoß konnte nur mit Mühe aufgefangen werden. Er enthüllte die Grenzen der amerikanischen Bereitschaft, „für Berlin zu sterben". Heute weiß jeder, daß das Pentagon weder die Besatzungseinheiten vor der DDR-Kontrolle noch die West-Berliner Bevölkerung vor der DDR-Abhängigkeit schützen wird. Vergebens führten die Noten der Westmächte juristische, historische, moralische Argumente für den Status von Berlin ins Feld. Die

Besatzungsbastion in Berlin wird aber nicht von sowjetischen Noten zerstört, sondern von den Forderungen des gesunden Menschenverstandes und der nationalen Würde, — soweit man diesen verfemten Begriff in unserem westdeutschen Staatsprovisorium in den Mund nehmen darf. Es handelt sich um die schlichte Tatsache, daß 13 Jahre nach Kriegsschluß Besatzungstruppen in der Hauptstadt eines großen Landes eine Provokation darstellen, falls sich dieses Land nicht selbst als Militärkolonie betrachtet.

Chrustschows Friedensvertragsentwurf zielte auf den Kern der deutschen Frage. Der Krieg war kaum ein Jahr zu Ende, als bereits der Privatmann Adenauer und viele seiner Landsleute einen Friedensvertrag forderten. Auch ein harter Friedensschluß ist ja das kleinere Übel gegenüber dem permanenten Kriegszustand, und daß der Friede nach einem so brutalen Aggressionskrieg und einer so totalen Niederlage hart würde, das wußte damals jeder Deutsche. Aber am Rhein versuchte man die Geschichte zu überlisten. Durch ein eilfertig geschaffenes Dreizonenregime, das man als Militärglacis und Rekrutierungsgebiet gegen den Kommunismus hergab, ja aufdrängte, erkaufte man sich vom Westen eine dreizehnjährige Galgenfrist. Währenddessen ging die sowjetisch besetzte Zone den schweren Weg der Wiedergutmachung in Gestalt von Reparationen, Rüstungsbegrenzungen und Grenzverpflichtungen im Sinne der Potsdamer Abmachungen. Die Westdeutschen aber betäubten in Wirtschaftswunderorgien die Ahnung, daß auch sie eines Tages die Schulden begleichen müßten, die Adolf Hitler auf das Deutsche Volk gehäuft hatte. Die Weltgeschichte ist auch heute noch das Weltgericht. Hart und klar lautet jetzt die Frage: Welchen Preis seid ihr für den Frieden und die Wiedervereinigung zu zahlen bereit?

Die Bonner Verantwortlichen lehnten jeden Preis ab, noch ehe sie Zeit gehabt hatten, das Moskauer Dokument zu prüfen. „Kein Artikel des Entwurfs", so hieß es in der Koblenzer Straße, „verdient es, auch nur diskutiert zu werden". Wie denn? Gibt es in diesem Entwurf nicht Artikel über die internationale friedliche Zusammenarbeit, über die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung, über den Schutz der Menschenrechte, über das Verbot friedensfeindlicher Organisationen, die auch in westdeutschen Gesetzen, ja im Grundgesetz wiederkehren? Bedeutet es nichts, daß nach diesem Entwurf auf weitere Reparationen verzichtet, daß die Monopole geschont, daß die demokratischen Staatsformen geschützt werden? Andere Forderungen entsprechen freilich eher den Konzeptionen der vielverlästerten „Neutralisten", hinter denen nichts außer einer klaren Mehrheit des „souveränen" Volkes steht: der Verzicht auf ABC-Waffen, die Begrenzung der konventionellen Rüstungen, das Ausscheiden aus militärischen Bündnissystemen, die Lockerung der einseitigen wirtschaftlichen Bindung an West-Europa. Eine Zustimmung zu diesen Forderungen würde eine Kehrtwendung der Bonner Außenpolitik um 180 Grad bedeuten, und das weiß man auch in Moskau. Der Entwurf ist ein offensichtliches Maximal-Programm, bei dessen Formulierung mit Abstrichen und Gegenvorschlägen gerechnet worden ist. Es ist selbstverständlich, daß die deutschen Unterhändler jeden Satz und jedes Wort kritisch überprüfen und notwendige Änderungen vorschlagen müssen. Aber auf Gegenvorschläge oder überhaupt auf Verhandlungen zu verzichten, wie die kalten Krieger in Bonn es offenbar wollen, das wäre politischer Selbstmord.

Gesamtdeutsche Verständigung

Eine Frage für sich bilden die Grenzbestimmungen. Jeder Deutsche, der sein Vaterland liebt, sieht mit tiefem Schmerz dem unwiderruflichen Verlust alten deutschen Kulturbodens entgegen. Aber wenn es auch die Sowjets sind, die als erste diese Bestimmungen formulierten, so wissen wir doch, daß die Westmächte

den heutigen Grenzen praktisch bereits in Potsdam zugestimmt haben. Wir müssen für den Wahnsinn Hitlers zahlen, dem die Mehrzahl aller Deutschen einmal Beifall gezollt hat. Das unerbittliche Vae Victis gilt auch heute, es gilt für uns doppelt nach den weltweiten Verheerungen und Erschütterungen des von Hitler ausgelösten Weltkrieges. Angesichts dieser tragischen Erkenntnis sollte es uns ein Trost sein, daß es Millionen von Ostdeutschen beschieden war, Leben und Gesundheit zu retten und sich zum großen Teil in Restdeutschland eine neue Heimat zu schaffen. Volk ist wichtiger als Boden. Volk trägt die Heimat in seinem Herzen und seinen Händen, und die Vertriebenen und Flüchtlinge taten gut daran, ans Werk zu gehen, anstatt sich in nutzlosen Klagen und Revancheträumen zu verlieren. Auch über die neuen Grenzen sollte am Verhandlungstisch ernstlich gerungen werden. Manche Anomalie könnte wohl beseitigt, manche Härte zu Gunsten des individuellen Heimatrechts der Vertriebenen abgestellt werden. Aber insgesamt gibt es kein Ausweichen vor der harten Wirklichkeit. Die Alternativen auf diesen Verzicht sind verewigte Spannung für 13 mal 13 Jahre oder — der Krieg. Durch ihn verlören wir nicht nur den Boden, sondern auch die Menschen, das nackte Leben.

Einen anderen Verzicht kann und darf es niemals geben: den auf die 17 Millionen Landsleute östlich der Elbe. Mit ihnen wiedervereinigt zu werden, muß uns die Härten eines Friedensvertrages erleichtern helfen. Im Vertragsentwurf nimmt ebenso wie in zahlreichen früheren sowjetischen Dokumenten diese Frage eine zentrale Stellung ein. In früheren Jahren haben die Sowjets wiederholt Vorschläge unterbreitet, nach denen über allgemeine Wahlen die deutsche Einheit wieder hergestellt und ein Friede mit Gesamtdeutschland geschlossen werden konnte, falls dieses Deutschland nicht ins antikommunistische Lager einschwenkte. Aber für die Bonner Separatisten war der Anschluß an den Westen wichtiger als die Wiedervereinigung. Nach dem deutschen Nato-Eintritt, auf dessen Folgen der Kreml wiederholt warnend hingewiesen hatte, änderte die Sowjetregierung ihre Haltung: sie verwies die beiden deutschen Teilstaaten auf den Weg direkter Verhandlungen, für die sie ihre Vermittlerdienste anbot. Moskau tut dies auch heute noch, obwohl die atomare Aufrüstung Westdeutschland noch enger an die Nato gekettet hat. Der Entwurf rechnet mit dem Abschluß einer deutschen Konföderation und unterstützt sie. Es hängt also nur von den Deutschen selber ab, ob sie durch gesamtdeutsche Vereinbarungen den Abschluß eines gesamtdeutschen Friedensvertrages doch noch ermöglichen. Für die Sowjetunion ist es wie für die drei Westmächte völkerrechtlich unmöglich, in diesem Punkte der Entscheidung der beiden deutschen Staaten vorzugreifen, deren Souveränität rechtlich und praktisch seit Jahren von zahlreichen Ländern anerkannt ist.

Zu alle dem hatte das offizielle Bonn nichts als ein schrilles Nein zu sagen. Der Opposition, die dringend Verhandlungen und Gegenvorschläge fordert, rief Adenauer zu: „Wir können der Sowjetunion keinen größeren Dienst erweisen, als wenn wir jetzt Unruhe zeigten und unüberlegte, unabgestimmte Vorschläge machten". Und das nach vierzehn Jahren! Stattdessen schickte Adenauer seine engsten Vertrauten auf die Fährte seines Feindes Mikojan in den USA. Er fürchtete, im Lager der Weltkriegsalliierten könnte man den Entwurf mit milderen Augen betrachten als im Bonn der Kalten Krieger, wo manche von Hitlers alten Paladinen wieder ein gewichtiges Wort zu sprechen haben. Dem Deutschen Volk aber, das aus natürlichem Instinkt nach Friedensvertrag und nationaler Einheit verlangt, wird die Lüge aufgetischt, daß im Sowjetentwurf die Wiedervereinigung mit keinem Wort erwähnt sei, ja, daß sie für alle Zeiten verhindert werden solle. Wie viele Deutsche geben sich schon die Mühe oder sind in der Lage, den Moskauer Entwurf im ungekürzten Wortlaut zu lesen? So konnte es

geschehen, daß die gleichen Leute, die zehn Jahre lang die Wiedervereinigung verächtlich beiseite schoben, ausgerechnet die Wiedervereinigung als einen heuchlerischen Vorwand mißbrauchten, um den Vertragsentwurf zu widerlegen.

Drei Wege

Drei Wege boten sich der Bundesregierung zur Beantwortung der Moskauer Noten:

1. Eine aktive Politik mittels konstruktiver deutscher Vorschläge für eine Friedenskonferenz, für ein neutrales Mitteleuropa und für eine Konföderation der beiden deutschen Teilstaaten, also gleichsam eine Flucht nach vorn aus der ausweglosen Situation. Für diesen Schritt hätte Adenauers Regierung die Unterstützung einer starken Volksmehrheit und Verständnis bei den westlichen Mächten, heute sogar bei den Amerikanern gefunden. Aber in Regierung und Parlament gab es nur einige Außenseiter, die bereit waren, sich für diesen Weg zu entscheiden, wenn sich einer der führenden Männer an die Spitze gestellt hätte. Die Aktion unterblieb.

2. Der Umweg über die Westmächte, die formell mit den Moskauer Noten unmittelbar angesprochen wurden. Bonn konnte sich dabei hinter dem breiten Rücken von Dulles verstecken, der nach den peinlichen Vorfällen von Beiruth und Quemoy nicht geneigt scheint, wieder einmal am Abgrund des Krieges zu balancieren. In Washington hatte man bereits unter der ersten Schockwirkung Kompromißbereitschaft gezeigt, und ein westdeutscher Regierungschef konnte also, ohne sein Gesicht zu verlieren, angesichts der amerikanischen „Aufweichungserscheinungen" Kompromisse hinnehmen, welche die Lage erleichterten. Eine solche Haltung ist von vielen erwartet und erhofft worden, auch in der Koblenzer Straße und sogar in den Reihen der Kalten Krieger des Bundestages. Aber der Kanzler bestand auf seinem Garantieschein, er erklärte schlicht: „Die Note muß weg", und die Herren v. Brentano und Brandt mußten sich auf der Pariser Nato-Konferenz jeder Kompromißbereitschaft widersetzen. Adenauer bekam seine Pariser Erklärung.

3. Adenauer schlug den Weg ein, der ihm gemäß war: statt Aktion Re-Aktion, statt konkreter Vorschläge empörte Ablehnung, statt Ausnutzung der Berliner Gelegenheit für die gesamtdeutsche Sache Sabotage aller Verhandlungen. Mit dem Appell an die „nationale" Einmütigkeit, mit der Drohung eines „Staatsnotstandes" brachte er die Kritiker und Zweifler in seinen Reihen zum Schweigen. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß die Mehrzahl der Abgeordneten und mehrere Bundesminister intern diesen Kurs für verhängnisvoll erklären, und daß es nur der offenen Rebellion eines Prominenten bedürfte, um den Spuk der Kalten Krieger zu vertreiben.

Die Gefahren

Die Gefahr, in der wir schweben, ist den meisten Deutschen nur undeutlich bewußt, denn das Wirtschaftswunder hat die Menschen träge und stumpf gemacht. Die systematische Entpolitisierung hat wohl den tiefsten Stand seit 150 Jahren erreicht. Die meisten Zeitungs- und Rundfunkkommentare verschweigen die Größe der Gefahr und übertönen aufsteigende Zweifel mit Kampffanfaren. Hohe amtliche Stellen haben sich nicht gescheut, das offizielle Pariser Kommuniqué zu fälschen, damit der biedere Bürger nicht merkt, daß die Westmächte es ablehnen, „für Berlin zu sterben", und Herr Brandt hat in seiner Durchhalterede am Silvester-Abend Chrustschows Sechs-Monats-Frist mit napoleonischer Geste vom Tisch gefegt. „In unserem Kalender", so sagte er, „gibt es diesen gefährlichen

Zeitpunkt nicht. Wir ignorieren ihn und können auf diese Weise zu einer Entschärfung der sowjetischen Zeitbombe beitragen". Offenbar hält man es für möglich, dem Volk der Dichter und Denker einen solchen Unsinn glaubhaft zu machen. Es wäre ein Wunder, wenn Brandt ähnlich wie der Berliner Polizeipräsident nach der Schlacht bei Jena im Jahre 1806 durch Plakate seinen Berlinern kund täte: „Der Kanzler hat eine Bataille verloren. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht". Was das Volk nur ahnt, weiß man in Bonner politischen Kreisen genau, in den Ministerien, im Parlament, sogar in den Pressebüros. Aber öffentlich beschränken sich die Wissenden auf Andeutungen, und nur an der Heftigkeit ihrer Reaktionen erät man die Größe ihrer Sorgen. Dabei war nie zuvor die Pflicht so zwingend, dem Volk, das man so irregeführt hat, die volle Wahrheit zu sagen. Die Deutschen sollten nicht wieder die Ausrede haben, mit der sie sich früher mehr als einmal vor ihrem Gewissen und ihren Mitmenschen entschuldigt haben: „Das haben wir nicht gewollt"!

Was kann geschehen, wenn in den nächsten vier Monaten keine aussichtsreichenden Verhandlungen über die Deutsche Frage in Gang kommen?

Erster Fall: Die Alliierten bleiben in Berlin und werden, kontrolliert durch Organe der DDR, ihre Verbindungen mit dem Westen aufrecht erhalten können. Aber 2,4 Millionen West-Berliner werden in ihrer Bewegungsfreiheit vom guten Willen der DDR abhängen, deren Organe darüber befinden, auf welchen Wegen welche Menschen und Güter transportiert werden dürfen. Sie werden also nicht nur wie die Besatzungsmächte mit dem „Zonenregime" Vereinbarungen zu treffen, sondern sich seinen Weisungen zu fügen haben. Die „Frontstadt Berlin" ist dann kein „Vorposten der Freiheit" mehr, sein diplomatisches Bekenntnis zum Westen wird seine Unabhängigkeit nicht sichern können. Das alles wird sich auf kaltem Wege abspielen, ohne Gewaltanwendung von Ost oder West, denn Moskau braucht nicht zu schießen, und der Westen wird es nicht tun, wenn niemand seine Truppen angreift. Panzerdurchbrüche nach Berlin? Nein, dieser Krieg wird nicht stattfinden, wenn nicht jemand gewaltsam oder listig den heißen Krieg vom Zaune bricht wie Hitler mit dem „Überfall auf den Gleiwitzer Sender". Fazit: Westberlin ist als „Frontstadt" verloren, wenn sich bis Ende Mai keine politischen Lösungen anbahnen.

Zweiter Fall: Es gibt eine noch größere Gefahr: die unwiderrufliche Spaltung Deutschlands. Jahrelang hat die sowjetische Regierung darauf gedrängt, daß ein Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung abgeschlossen wird, und sie hat konkrete Entwürfe vorgelegt, in denen freie gesamtdeutsche Wahlen vorgesehen waren. Seit dem Eintritt der Bundesrepublik in die Nato erklärt Moskau ständig, daß die Wiedervereinigung allein Sache der beiden deutschen Staaten sei. Vor dem Bonner Atombeschluß hat Moskau erneut warnend erklärt, daß dadurch eine neue Lage geschaffen werde. Der Beschluß gab dann den unmittelbaren Anstoß zur Aufrollung der Berlin-Frage und zur Vorlage des Friedensvertragsentwurfs. Sollte sich die Bundesrepublik jeglichen Verhandlungen über Berlin und Friedensvertrag entziehen oder völlig unrealistische Gegenvorschläge unterbreiten, so muß damit gerechnet werden, daß der Kreml mit der DDR-Regierung allein diesen Frieden abschließt. Damit würde Moskau sein Siegel unter den heutigen Status setzen. Ein Sonderfriede Moskau—Ost-Berlin würde die Gefahr der Verewigung der deutschen Spaltung und die Unwiderruflichkeit der deutschen Zwangsgrenzen bedeuten.

Dritter Fall: Die Sowjets halten den Bonner Atombeschluß für provozierend genug, um schärfstes politisches Geschütz gegen ihn aufzufahren. Alle Kenner russischer Mentalität sind sich darüber einig, daß Rußlands Regierung und Volk nach zweimaligen bitteren Kriegserfahrungen auch das gespaltene Deutsch-

land unter den heutigen Verhältnissen für gefährlicher halten als selbst die hochgerüsteten USA. Stalin hat in Yalta erklärt: „Es wäre naiv, anzunehmen, daß Deutschland auf den Versuch verzichten würde, seine Macht wieder neu zu begründen, um dann einen Revanchekrieg zu führen. Die Geschichte lehrt uns, daß eine kurze Zeit, sagen wir zwanzig oder dreißig Jahre genügen, um Deutschland die Möglichkeit zu geben, sich von seiner Niederlage zu erholen und seine Macht neu aufzubauen". Ähnlichen Gedanken begegnet man heute ständig in der sowjetischen Presse, in Reden der östlichen Staatsmänner und Marschälle, in Schulbüchern und Propagandaschriften. Es handelt sich um einen echten sowjetischen Alptraum. Schneller, als es jemand in der Welt für möglich hielt, hat West-Deutschland seine Wirtschaft wieder aufgebaut. Sollte es den Deutschen, so sagt man in Moskau, nicht gelingen, noch schneller als Hitler eine neue Wehrmacht aufzubauen und sie mit „modernsten Waffen" auszustatten? Dem will Moskau zuvorkommen. Die Staatsmänner und Publizisten des Westens sind sich heute darüber einig, daß Moskau auf lange Sicht eine Epoche friedlicher Entwicklung wünscht und zu sichern sucht. Aber gerade in westlichen Zeitungen hat man die Sorge geäußert, daß eine westdeutsche Atomrüstung diesen Plan umstürzen und Moskau zum verschärften atomaren Wettrüsten, vielleicht sogar zum Präventivschlag gegen die Bundesrepublik veranlassen könnte. Man braucht dies nur anzudeuten, um die Größe der Gefahr zu ermessen, in der ein atomar rüstendes West-Deutschland in der nächsten Zukunft schweben wird. In diesem Sinne muß der Hinweis Gromykos auf die Schüsse von Sarajewo als Ausdruck einer echten Sorge verstanden werden.

Bonner Konzeptionen

Was hat die Bundesrepublik dieser tödlichen Gefahr für Berlin, für Deutschlind und für unser aller nacktes Leben entgegenzusetzen? Die Drohung mit dem Einsatz der Machtmittel westlicher Mächte? In Bonn glaubt niemand mehr, der ernst genommen werden will, an diesen militärischen Einsatz für die Bundesrepublik. Auch eine andere Hoffnung mußte vom Auswärtigen Amt dementiert werden, an die sich manche Kalten Krieger eine Weile klammerten, nämlich die Hoffnung auf ein Veto der Vereinten Nationen. Denn einerseits sind alle Rechtsfolgen des deutschen Zusammenbruchs ausdrücklich der Kompetenz der Uno entzogen, und dann werden die Sowjets schwerlich eine Situation schaffen, die den Sicherheitsrat gegen eine militärische Drohung auf den Plan ruft. Dennoch muß die Uno als Strohmann der ewigen Illusionisten herhalten, indem man im Geiste bereits ihren Sitz nach der „deutschen Hauptstadt" verlegt. Vielleicht würde man es in Moskau nicht einmal ungern sehen, wenn der Standort der Weltorganisation an die Scheidegrenze der beiden Hemisphären, ja in das östliche Weichbild rückt. Aber eben deshalb wird sich schwerlich ein Mehrheitsbeschluß für eine solche Verlegung erreichen lassen. Außerdem würde eine solche Standortverlagerung praktisch die Annahme des sowjetischen Neutralitätsvorschlages bedeuten, lediglich verstärkt durch eine zusätzliche Sicherheitsgarantie. Alle Einwände, die gegen eine Dreiteilung Deutschlands, gegen eine Verewigung des Berliner Sonderregimes, gegen das Einfrieren des Status dieser Stadt sprechen, würden gegenüber diesem Plan ein doppeltes Gewicht haben. Der Plan ist also nicht nur illusionär, er ist sogar zweckwidrig.

Die Bundesrepublik steht also der sowjetischen Großoffensive mit leeren Händen und ohne Konzeption gegenüber. Oder täuschen wir uns? Besitzt die Bundesführung Konzeptionen, die wir nicht kennen und die sie der Öffentlichkeit nicht preiszugeben gewillt ist? Wer darüber mehr erfahren will, der spreche unter vier Augen mit jenen Leuten, die heute noch am harten Kurs und am star-

ren Nein festhalten. Da gibt es einmal die Gruppe der Abendländer, die wie Adenauer Berlin stets gehaßt und Preußen als Schöpfung des Ostelbiers Bismarck und der Hohenzollern bekämpft haben. Diese Kreise haben jahrelang systematisch die Wiedervereinigung sabotiert, weil sie von „Ostelbien" eine Gefährdung ihrer klerikal-autoritären Staatsvorstellungen befürchteten, für die Franco-Spanien leuchtendes Vorbild und Frankreich seit und mit De Gaulle ein erwünschter Partner ist. Diese Kreise wollen weder Wiedervereinigung noch Friedensvertrag, noch irgendeinen Brückenschlag nach dem Osten, sondern nur den militärischen Automatismus der Nato, um sich gegen den „Weltbolschewismus" abzuschirmen, der an der Elbe beginnt. Die katholische Kirche hat dieser Ideologie seit Jahren stärksten Vorschub geleistet, sekundiert von einigen evangelischen Außenseitern. Enttäuscht stellen diese Abendländer heute fest, daß man auch im eigenen weltanschaulichen Lager nicht ohne weiteres bereit ist, den Weg des nationalen Verzichtes zu Ende zu gehen. Auch ein perfekter Propaganda-Mechanismus der Entnationalisierung und Entpolitisierung hat dazu nicht ausgereicht.

Viel gefährlicher ist die Möglichkeit, daß die deutsche politische Maschinerie und mit ihr der militärische Apparat in die Hände einer zwar kleinen, aber gut getarnten revanchistischen Gruppe gerät. Diese wissen als kühle Rechner, daß keine der Siegermächte bereit ist, Deutschland die durch Hitler verspielten Territorien und die Großmachtstellung zurückzugeben, indem sie den Deutschen die Kastanien aus dem Feuer holen. Aber diese angeblich kühlen Rechner halten es für möglich, von den Westmächten wie schon im Dritten Reich als Bollwerk gegen den Kommunismus auch dann gefördert und geduldet zu werden, wenn sie fordern, eine westdeutsche Kriegsmaschine, eine starke Koalition als Rückhalt hinter sich, sollte noch einmal das Kriegsglück gegen den Osten versuchen. Man hofft bei dieser „großen Wiedervereinigung" außer den verlorenen Gebieten von 1937 auch das Sudetenland und Österreich wieder zu gewinnen; dahinter steht der alte Traum der Führerschaft über die Völker Zwischeneuropas von Reval bis Sofia. Für diesen Kreuzzug bedarf es außer der konventionllen auch der atomaren Schlagkraft und der Bereitschaft, schlimmstenfalls auch das Risiko des „großen Atomkrieges" auf sich zu nehmen. Man sieht, daß diese Gruppe der „potentiellen Atomkriegsverbrecher", um ein Wort des Herrn Strauß zu variieren, „die deutschen Trümpfe" sehr hoch einschätzt. Diese Gruppe beargwöhnt man in Moskau und neuerdings auch in Washington und London, wo in der Presse offen diese makabren Aussichten erörtert werden. Diese „Kalten" Krieger, denen vielleicht manche Generale des Pentagons und der Nato nicht fernstehen dürften, verdienen den Vorwurf nicht, sie hätten keine Konzeption. Sie haben eine, und ihr entspricht natürlich nicht die Lappalie einer „kleinen Wiedervereinigung" oder eines schmerzhaften Friedensvertrages. Diese Nihilisten bereiten sich auf die dritte Runde vor, um die Scharten von 1918 und und 1945 auszuwetzen und dabei uns alle mit in den Abgrund zu reißen. Denn dieser Krieg bedeutete den kollektiven atomaren Massenmord. Diese Gruppe hält das Arsenal echter und falscher Rechtsansprüche stets griffbereit und fördert die „psychologische Kriegsführung" über alle erdenklichen Kanäle. Sie ist es, die durch Pressekonzerne und Brandreden die nationalen Leidenschaften und Haßgefühle anheizt und in penetranter Heldenpose den Frontstadtmythos und die Verteufelung des DDR-Regimes kultiviert. Wer in aller Welt soll uns noch glauben, daß unsere Rüstung nur der Verteidigung dient, wenn man die Leidenschaften am willkommenen Feuerchen von Zwischenfällen erhitzt? Wie wollen wir noch glauben machen, daß wir eine Wiedervereinigung nur auf friedlichem Wege erstreben, wenn Bonns Botschafter in Washington einen Volksaufstand nach dem Muster des 17. Juni als möglichen Weg zur Wiedervereinigung nennt? Die Gruppe dieser Nihilisten ist zahlenmäßig

klein, und es ist zu vermuten, daß viele ihrer Handlanger keine Ahnung davon haben, wessen Geschäfte sie besorgen. Aber die geschichtliche Erfahrung hat gezeigt, daß in Deutschland die Aktivisten immer die Stärkeren waren, wenn es darum ging, zum heroischen Sterben aufzurufen.

Hoffnung auf Washington?

Aus der ganzen Sachlage ergibt sich die erschütternde Erkenntnis, daß wir für Berlin, für Deutschland und für den Frieden Europas vom offiziellen Bonn nichts zu erhoffen haben. Um so mehr richten sich unsere Blicke auf die Entwicklungen, die sich zwischen Moskau und Washington anzubahnen scheinen, und deren sichtbarster Ausdruck Mikojans USA-Besuch und seine Washingtoner Gespräche waren. Anders als in Bonn, wo Mikojan im vergangenen April neugierige Frager, aber keine Verhandlungspartner fand, haben in den USA Politiker und Wirtschaftsführer, Journalisten und höchste Regierungsleute dem Moskauer Sendboten ein offenes Ohr geliehen und mit ihm Themen besprochen, die man in Bonn bis heute wie ein sakrales Tabu hütet. Es scheint, daß in den USA tatsächlich eine Überprüfung der liebgewordenen Vorstellungen von vorgestern im Gange ist, und daß man in den Fragen der Atomrüstung, des Disengagements, der Sicherheit, des Friedensvertrages Lösungen für möglich hält. Das gilt für die Manager wie für die breiten Massen, in denen der militante Antikommunismus im Abklingen ist. Was aber die Kalten Krieger in Bonn erschreckt und zu panikartigen Reaktionen veranlaßte, sollte aufrichtig begrüßt werden, weil es vielleicht den Ausweg aus der Krise zeigt.

Die beiden Weltmächte haben einen ersten zaghaften Schritt zueinander getan, noch voll Mißtrauen und im Bewußtsein der Weite des Weges, der noch zurückgelegt werden muß. In dieser labilen Situation kann es aber von entscheidender Bedeutung werden, in welche der Wagschalen die Bundesrepublik ihr nicht unerhebliches Gewicht legt. Die militärischen, politischen und kapitalmäßigen Verflechtungen zwischen den USA und Westdeutschland sind so stark, daß sie sich als Bleigewichte einer geschmeidigeren Washingtoner Politik erweisen könnten. Daher kann sich die Bundesrepublik keinesfalls von der Mitverantwortung freisprechen, möge am Ende die Entspannung oder die Katastrophe stehen.

Jeder, der in der Opposition steht und irgendwo Einfluß auf das öffentliche Leben hat, sollte sich jetzt fragen, ob er noch Untätigkeit und Schweigen verantworten kann, wo es um Frieden und Krieg und damit um Leben und Tod geht.

Mehr Zivilcourage, meine Herren Minister und Abgeordneten aller Parteien, weniger Gedankenlosigkeit, meine Herren Wirtschaftsführer und Finanzmagnaten, mehr Geist der Bergpredigt, meine Herren Prälaten und Kirchenbeamten. Es ist kurz vor zwölf!

Dr. Hermann Etzel

An der Schwelle großer Entscheidungen

Der Sturmlauf der Naturwissenschaften und der Technik dauert an; er beschleunigt sich. Mit der Geschwindigkeit eines Taifuns fegt er über den Globus und dringt in gesellschaftliche und politische Zustände ein. Raum und Zeit schrumpfen, das Weltbild wandelt sich. Der Mensch ist auf dem Wege zu den Sternen. Die Grundlagen nicht nur seiner irdischen, sondern sogar die seiner kosmischen Existenz werden tiefgreifend verändert. Eine wahre Sternstunde im Wort- und Bildsinn ist für ihn angebrochen. Die Bewältigung der heraufgerufenen Probleme ist nicht mehr mit den Methoden der Vergangenheit, nicht mehr im Stile einer idyllischen Gartenlaube oder eines hinterwäldlerischen Provinzialismus, nicht mehr mit dem verrosteten Instrumentarium hohler Schlagworte, eitler selbstgefälliger Routine und vermeintlich schlauer Kunstgriffe denkbar. Sie ist nicht einer in Feindschaft zerrissenen, in Blöcken gespaltenen, ihren Reichtum in Rüstungen vergeudenden und sich selbst kriegerisch zerfleischenden und verwüstenden, sondern nur einer in großartiger Solidarität und Konzentration der Mittel zusammenarbeitenden Menschheit möglich.

Die Hoffnung, daß Einsicht, Vernunft, Moral und Mäßigung zur Zusammenarbeit im friedlichen Wettbewerb führen würden, hat sich nicht erfüllt und wird sich wahrscheinlich nicht erfüllen. Vielmehr werden die unausweichlichen Folgen und Folgerungen aus den Arbeitsergebnissen schöpferischer Forschung die allmähliche Hinwendung der Menschheit zu neuen Anschauungen und Zielen erzwingen. Im Angesicht dieser Fortschritte und Perspektiven möchte es von zweiter Bedeutung sein, welcher Farbe und welchen Symbolen der siegreiche Wimpel ist, der die Palme im Wettlauf zum Weltraum gewann. Politisch ist es das nicht, weil der Sieg Ausdruck und Symptom einer echten, wissenschaftlich-technischen Genialität und einer ihr ebenbürtigen schwerindustriellen Entfaltung ist und eine beträchtliche Wirkung auf die Beurteilung der internationalen Machtverhältnisse, also eine Erhöhung der internationalen Geltung zur Folge hat.

Die Schubkraft der Raketenkörper hat einen so hohen Stand erreicht, daß sie den Vorstoß in das All möglich machte. Theoretisch kann sie unbegrenzt gesteigert werden. Es ist keine Utopie, mit ihrer Erhöhung auf die Geschwindigkeit des Umlaufs der Erde um die Sonne zu rechnen. Bei derartigen Fortschritten beginnt eine herkömmliche, wahrscheinlich überhaupt jede militärische Planung absurd zu werden, da sie Gefahr läuft, in kürzester Frist zu veralten und auf dem Müllplatz der Entwicklung zu enden. Schon jetzt ist der Wert weit vorgeschobener strategischer Positionen, des Hauptmittels der militärischen Blockpolitik, in Frage gestellt. Strategische Bomberkommandos können schlagartig ausgelöscht werden. Der Bericht der offiziellen Rand Corporation an die Regierung in Washington hat diese Möglichkeit unmißverständlich zu erkennen gegeben. Er hat die bislang geltende militärische Doktrin der Wirksamkeit totaler Abschreckung angezweifelt und erschüttert. Das kaum hergestellte, vom Westen nur noch mühsam behauptete „Gleichgewicht des Schreckens" wankt. Nichts deutet darauf hin, daß sich der sichtbar gewordene wissenschaftlich-technische Vorlauf des Ostens nicht fortsetzt. Der Tag naht, an dem die ganze Infrastruktur der Stützpunkte, Flugplätze, Abschußbasen, Depots und Seehäfen nicht mehr „Schild und Schwert" gegenüber dem Gegner, sondern als Objekt und Ziel blitzschneller Vernichtung eine unmittelbare Gefahr für ihre Träger, Unterhalter und Territorien bildet und das aufgebaute Warn- und Radarsystem unzulänglich, wenn nicht unwirksam

wird. So wird jede Vorfeldrolle im Dienste fremder Interessen selbstmörderischer Wahnsinn. Sie wird in dem Augenblick bedeutungslos, wo sich die amerikanische Politik im Verfolg der Erlangung eigener treffsicherer ballistischer Interraketen und der weiteren waffentechnischen Entwicklung ungeachtet einer beschwichtigenden gegenteiligen Erklärung des jetzigen Präsidenten auf die „Festung Amerika" zurückzieht. Dann wird auch die strategische und politische Stellung der Bundesrepublik grundlegend anders, ihre Blockrolle weniger interessant und wichtig. Diesen bald und sicher eintretenden Umschwung muß die westdeutsche Politik rechtzeitig in Betracht ziehen.

Auch die militärischen Kreise können sich der Erkenntnis der Umwälzung nicht mehr entziehen. Unverantwortliche Kriegs- und Sandkastenspieler wollen indes nicht ohne weiteres auf ihr Steckenpferd, ihr Hobby verzichten. In ihrem Dilemma träumen sie von räumlichen und waffentechnisch „begrenzten" Kriegen mit nur taktisch eingesetzten, angeblich „sauberen" Atombomben und Atomraketen. Aber zwischen den beiden atomar und nuklear hochgerüsteten Weltblöcken gibt es in einem aufs stärkste gespannten, mit dem Pearl-Harbour-Komplex geladenen politischen Klima solche Kleinkriege nicht, nicht einmal auf Nebenschauplätzen. Jeder kriegerische Konflikt zwischen ihnen macht den Ort seines Ausbruchs sofort zum Brandherd des dritten Weltkrieges, da der in den herkömmlichen Waffen notorisch und hoffnungslos Unterlegene nicht zögern wird, zu den Massenvernichtungsmitteln zu greifen. Im Verhältnis der Weltblöcke gibt es keine Scheidung in begrenzte und unbegrenzte Kriege. Es ist in die Hände der Weißen gegeben, Selbstmord zu begehen. Immerhin kann gehofft werden, daß eine Weltmacht auf die wissenschaftlich-technische Hochleistung des Rivalen eine andere Antwort findet als nur die mechanisch-automatische Erhöhung des Militärhaushalts. Die andere Antwort ist nicht die Reaktion aus Argwohn, Furcht, Prestige und ideologischem Starrsinn, sondern eben die durch die technische Entwicklung unausweichlich gewordene Bereitschaft zu Verhandlung und Verständigung.

Die Schraube des ideologischen Antiaffekts als Grundlage der Politik ist überdreht. Die Völker ersehnen Befreiung von der existentialistischen Neurose, mit der sie die Politik geschlagen hat, sie wollen Entspannung und Frieden. In dem Kalten Krieg beginnen sie eine pathologische Entartung des internationalen Lebens zu sehen; sie sind seiner überdrüssig. Die Beibehaltung der bisherigen Politik in einer bereits tief veränderten Welt ist altmodisch, unrealistisch, ihre eigensinnige Beharrung unfruchtbar und gefährlich. Eine Politik, die wirtschaftliche Entwicklungshilfe mit politischen und militärischen Bedingungen und Auflagen verbindet und belastet, die nicht auf weltpolizeilichen Interventionismus und Kanonenbootdiplomatie verzichtet, wird den Wettlauf um die Gunst der zwischen West und Ost aufsteigenden neuen Welt, der farbigen Welt des Neutralismus, nicht gewinnen, sondern hinter denen zurückbleiben, die die Prinzipien der Bandungkonferenz übernommen haben oder achten. Das aber ist für die endgültige Verteilung der internationalen Gewichte entscheidend.

Die ernsthafte und nachhaltige, von Vorurteilen und Schlagworten freie Beschäftigung der Bürger mit Angelegenheiten und Problemen des Gemeinwesens bildet die Voraussetzung dafür, daß nicht ein Land bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der äußeren Formen und Prozeduren einer Demokratie in die Hände einer von nichtverantwortlichen, unkontrollierbaren Hintergrundeinflüssen gelenkten oder beherrschten politischen Oligarchie gerät, deren Losungen und Maßnahmen gleichgültig, rechtgläubig, unkritisch oder mit geballter Faust in der Tasche hingenommen werden. Die Politik legt die Fundamente und gestaltet die Bedingungen, unter denen das Leben der Bevölkerung verläuft und möglich wird, sie ist das Leben selbst, das des Einzelnen und das der Gesamtheit. Es sollte sich

daher von selbst verstehen, daß sich das Interesse der Bürger über die gelegentliche Teilnahme an Wahlen hinaus den öffentlichen Dingen zuwendet. Wie aber steht es in Wahrheit mit jener Bereitschaft zu demokratischer Mitwirkung und Mitverantwortung?

Für Politik habe ich keine Zeit, erklärt der Geschäftige, das Rad seines Betriebs und Berufs in Kopf und Ohr. Politisch' Lied ist garstig' Lied, schaudert der Ästhet und zieht sich in den Elfenbeinturm seines Literarismus zurück. Politik ist mir zu gewagt, zu gefährlich, besonders in dieser unsicheren, intoleranten Zeit, wehrt der Vorsichtige, durch Erfahrung gewitzigt und um Stellung und Fortkommen besorgt, erschrocken ab. Der Gleichgültige höhnt: Was kümmern mich die sogenannten öffentlichen Angelegenheiten! Ich habe andere Sorgen und mit mir und meiner Familie alle Hände voll zu tun. Wenn jeder an seinem Platz das Seinige tut, so ist das Politik genug. Der bequeme Korrekte moralisiert: Politik liegt mir nicht, sie ist chaotisch und schwer durchschaubar, der Tummelplatz entfesselter Leidenschaften und übler Ränke, der Schauplatz brutaler Machtkämpfe. Ich liebe Sauberkeit und beruhigte, geordnete, klare Verhältnisse. So hat jeder sein Alibi.

Schön und gut. An allen den Einwendungen, Vorwänden und Weigerungen mag etwas Wahres, Berechtigtes sein. Aber Politik als Äußerung und Wirken des Verstandes und Charakters, der Klugheit, Besonnenheit und leidenschaftlichen Überzeugung ist, wennschon kein liebliches, gruhsames, so jedenfalls ein notwendiges Geschäft, in einer Demokratie vor allem. Respublica necesse, vivere non necesse. Politische Interesselosigkeit und Enthaltsamkeit ist Flucht vor Verantwortung und Wirklichkeit, Versäumnis staatsbürgerlicher Pflicht. Wie kann die Politik gut und erfolgreich sein, wenn sich die Gutgesinnten, Fähigen und Erfahrenen von ihr fernhalten, wie die Existenz des Einzelnen wohlbestellt und gesichert sein, wenn die Gemeinschaft und das Gemeinwohl, in denen sie verankert sind, Not leiden! Was nützen Türme des Geistes, Hochbauten der Wissenschaft, Großhallen der Technik und Paläste der Kultur, wenn nicht das Haus des Volkes, der Nation fest gegründet, solide verwaltet und durch Verständigung und Freundschaft mit aller Welt gegen zerstörerische Wechselfälle gesichert ist!

Gerade in Zeiten der Spannungen, Krisen und reifenden Entscheidungen, im Anbruch neuer Phasen, ja Epochen, deren Zeugen wir jetzt werden, soll der Mund derer, die etwas zu sagen haben, nicht stumm bleiben, auch wenn und weil sie nicht konformistische Ansichten vertreten. Das Vorbringen und die Beweisführung staatsbürgerlichen Gewissens dürfen nicht mit der verächtlichen, unlauteren und auf die Dauer doch unwirksamen Methode der Entstellung und Verdächtigung abgetan werden. Das verlangt der Respekt vor der freien Persönlichkeit und liegt im Interesse der Sache selbst. In der Polyphonie der Stimmen sind belebende, anspornende Dissonanzen nicht zu entbehren. Sie sind notwendige, kontrapunktliche Gegenkräfte einer sich andernfalls in eine bedenkliche Leere verlierenden selbstzufriedenen, sterilen Monotonie der Politik. Darum wird eine kluge, objektive Staatsführung großen Atems schon von sich aus zur ständigen Nachprüfung, Kontrolle und Erprobung ihrer eigenen Politik der Äußerungen selbständiger Auffassungen nicht entraten und die Warnungen und Anregungen einer klaren Sicht und eines verdienstlichen Mutes nicht doktritär und übelnehmerisch in den Wind schlagen wollen.

In diesem Sinne werden die „Blätter" wie bisher gewiß auch im neuen Jahre ihre Aufgabe sehen: als weitgespanntes, unabhängiges Forum zur Erweckung und Stärkung des demokratischen Bewußtseins und Interesses beizutragen, die Grundlagen und Tiefenströmungen des politischen Geschehens aufzuspüren, die Ereig-

nisse in ihren Ursachen und Zielrichtungen zu deuten, die Wahrheit, auch die unbequeme und unwillkommene, kritisch zu sagen und Prognosen zu stellen.

Wir stehen an der Schwelle einer mehrjährigen, besonders spannungs- und entscheidungsvollen Phase und werden Zeugen bedeutender Veränderungen in der internationalen und der deutschen Politik sein. Es mag sein, daß dann die „Blätter" einmal nicht nur Forum, sondern auch Kampfbahn sein müssen. Mögen auch in diesem Falle an ihrem Firmament die Leitsterne eindringender Erkenntnis, klarer Schau und unerbittlicher Wahrheitsliebe leuchten, wie es den „Blättern" als bedeutendem Faktor der öffentlichen Meinungsbildung ziemt! Wie bisher.

Philipp Wehr, MdB

Verhandeln, aber mit eigenen Vorschlägen!

Als am Vormittag des 10. Januar der Botschafter der UdSSR, M. G. Perwuchin, den DDR-Regierungschef aufsuchte, um einen sowjetischen Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland zu überreichen, sonnte man sich in Bonn noch in der Genugtuung, mit der Antwortnote vom 5. Januar auf die sowjetische Note über Berlin vom 27. 11. 58 erst einmal diplomatisch Oberwasser gewonnen zu haben. So war es nicht verwunderlich, daß die bundesrepublikanische Presse am 11. und 12. Januar Schwierigkeiten hatte, dieser neuen Entwicklung in der Politik zwischen Ost und West gerecht zu werden. Während indessen die Ostpresse den Bürgern des anderen Deutschland in breiter Ausführlichkeit den Inhalt dieses Entwurfes darstellte, mußte sich der Bundesrepublikaner mit Auszügen begnügen, denen man auf den ersten Blick ansah, daß die einzige Antwort, die darauf möglich und erwünscht sein mußte, ein eindeutiges „Nein" sein durfte. Dieses stereotype „Nein" gegenüber jeder politischen Aktion, die aus dem Osten kommt, beginnt (dank einer umfassenden Propaganda) allmählich in die Erbmasse des Bundesbürgers einzudringen, so daß es bald keiner gelenkten Informationen mehr bedarf, der Bundesregierung das gewünschte Echo zurückzuwerfen.

In dieser Situation war es erfrischend gewesen, daß der SPD-Pressedienst vom 13. 1. die Bundesregierung davor warnte, das deutsche Volk in ein politisches Stalingrad zu hetzen. Das war treffend. Die Reaktion der Bundesregierung und der ihr hörigen Presse bewies das. Das Peinliche an der ganzen Situation ist dabei, daß es erst solcher drastischen Mittel bedarf, um die tatsächliche Situation aufzuzeigen. Leider wird es bei dieser Bundesregierung, aber auch bei verschiedenen Regierungen des Westens mehr solcher drastischen Denkzettel bedürfen, um ihnen das Bewußtsein für die tatsächliche Lage zu schärfen. Das bedeutet nicht, daß man den Russen nun gratulieren sollte. Das von ihnen vorgelegte Dokument ist nicht der Weisheit letzter Schluß, da es Maximalforderungen verkörpert, die nur aus russischem Denken verständlich werden. Aus dem gleichen Grunde ist auch nicht verständlich, daß die deutsche Ostpresse dieses Vertragswerk uneingeschränkt lobt und anerkennt. Aber das ist nicht das Kriterium, das liegt an anderer Stelle.

Vor mir liegt das Friedensdiktat von Versailles, dieses Dokument der Dummheit und Erpressung mit seinen XV Teilen und 440 Artikeln vom 28. Juni 1919. Es trägt die Unterschriften der Alliierten und Assoziierten des ersten Welt-

krieges. An der Spitze steht die Unterschrift W i l s o n s. Wer sich der Geschichte dieses „Friedensvertrages" erinnert, der wird unwillkürlich zur Ziehung von Parallelen angeregt. Abgesehen davon, daß 1919 die Narben des Krieges noch nirgends verheilt waren, wurde der damaligen deutschen Reichsregierung von den Westmächten ein Diktat vorgelegt, an dem es keine Änderungen gab. Der Zwang der Hungerblockade, der Hunderttausende von Deutschen erlagen, stand als Peitsche hinter den deutschen Unterhändlern. Der voraufgegangene Waffenstillstand war auf deutscher Seite mit der Hoffnung angenommen worden, daß die 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Wilson vom 8. Januar 1918 einen Frieden erwarten ließen, der frei von Haß- und Revanchepolitik sein würde. Statt dessen setzte der Präsident der USA, wenn auch widerwillig, seine Unterschrift unter das Diktat. Zur Ehre des amerikanischen Kongresses sei gesagt, daß von ihm dieses Diktat nicht ratifiziert wurde. Damals zählte der „Reichsbürgerrat" die Verzichtsforderungen der Westmächte aus diesem Vertrag zusammen und kam auf 101 Forderungen. Die Reden von B r o c k d o r f f - R a n t z a u und S c h e i d e m a n n zu diesem Diktat sollten nie vergessen werden. Daß es damals den Alliierten mit ihrem Diktat ernst war, bewies die weitere Geschichte. Ruhrbesetzung, Inflation und die Aufstände und Unruhen, die Versailles folgten, waren ein deutliches Menetekel, das nicht vergessen sein kann. Daß zudem dieses Diktat den politischen Hasardeuren immer wieder neuen Auftrieb gab, rundet das Bild nur ab.

Der Vertrag von 1919 wurde nicht ausgehandelt, er wurde diktiert. An diesen Überlegungen kommt niemand vorbei, der sich mit einem n o t w e n d i g e n Friedensvertrag heute befaßt. Ein Friedensvertrag ist notwendig, nachdem 14 Jahre ins Land gegangen sind, ohne daß normale Verhältnisse entstehen konnten. Diese Erkenntnis konnte sogar bei einzelnen Persönlichkeiten der CDU Raum gewinnen. Daß Männer wie G e r s t e n m a i e r dabei in Ungnade fielen, dürfte bei den Vorstellungen, die der Bundeskanzler über die Vorbedingungen eines Friedensvertrages hat, nicht erstaunlich sein. Wer als Besiegter nur aus einer Situation der Stärke heraus mit einem übermächtigen Gegner Frieden schließen will, der muß eben sehr lange, wenn nicht vergebens warten, zumal dann, wenn seine inzwischen gewonnenen Freunde ihm aus irgend welchen Gründen diese Stärke nicht zu leihen bereit sind.

Dabei stellt sich die Frage, ob denn überhaupt ein Friedensvertrag notwendig ist, wenn man auch in einem anomalen Zustand — wie zur Zeit — verharren kann? Wenn man das will, braucht man keinen Friedensvertrag. Aber es heißt doch, wie die Russen sagen: „Wem bläßt der Wind ins Gesicht?" Den Russen nicht; wenigstens nicht so hart wie uns. Wir sind es doch, die vor der Frage des geteilten Vaterlandes stehen, vor sich auseinander entwickelnden Volkswirtschaften, vor gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen in beiden Teilen Deutschlands. Ja wir Deutsche sprechen manchmal nicht einmal mehr die gleiche Sprache, wenn wir dieselbe Sache meinen. 14 Jahre einer verfehlten Politik lassen sich aus dem Buch der Geschichte nicht ausradieren; wenn man überhaupt davon sprechen kann, daß in diesen 14 Jahren tatsächlich Politik gemacht wurde. Soweit es das Problem „Deutschland" betrifft, wird es schwer, das festzustellen.

Man wird es langsam leid, immer wieder an dem Wege zum Kalvarienberg der deutschen Tragödie der Teilung die einzelnen Stationen dieses Versagens aufzuzählen. Wenn in dieser Zeit Politik gemacht worden ist, dann waren es die Russen, die sie machten. Dabei kommt es nicht darauf an, ob diese Politik gut war. Sie war es nicht, genau so wenig wie der Friedensvertragsentwurf gut ist. Aber das ist nicht ausschlaggebend. Ausschlaggebend ist, daß Politik gemacht wird, und daß diese Politik geeignet ist, den Gegenspieler zu zwingen, nun seiner-

seits auch zu reagieren. Dieses Wechselspiel ist bisher eindeutig zu Gunsten der Russen ausgegangen. Darüber darf sich niemand wundern; war es doch noch bis zum November 1958 gebräuchlich, jede politische Aktion des Ostens als „Bluff" abzutun. Dieses Wort „Bluff", das einmal das Lieblingswort aus dem winzigen englischen Sprachschatz des „größten Führers aller Zeiten" war, wurde zum Ausdruck der „Politik der Stärke", bis man selbst „verblufft" war. Aber niemand, der mit Sorge und Aufmerksamkeit die Politik zwischen Ost und West verfolgte, konnte erstaunt sein, daß die Russen die Frage „Berlin" nunmehr aufrollten. In der Souveränitätserklärung der Sowjets gegenüber der DDR im Jahre 1955 waren deutliche Hinweise dafür vorhanden, daß sie diese Frage sehr ernst nehmen und nicht bluffen wollten. Sie sprachen darin sehr deutlich von ihrer nur noch vorübergehenden Anwesenheit in der DDR und in Berlin. Nur ein politischer Lehrling in der Schreibstube konnte darüber hinweglesen, ohne sich der Bedeutung solcher Sätze bewußt zu werden. Daß es nur bei dem einmaligen Versuch bleiben würde, als die Russen am 10. März 1952 den Vorschlag zu einem gesamtdeutschen Friedensvertrag machten, war eine weitere und genau so dilletantische Fehleinschätzung. Der Versuch, hinterher eine Dolchstoßlegende zu erdichten, die das damalige Angebot als unfair abtut, weil angeblich keine freien Wahlen vorausgehen sollten, muß heute noch scheitern, da noch genügend Erinnerungsvermögen vorhanden ist, um zu wissen, daß die Russen von einer „gesamtdeutschen, den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung" schrieben.

Aber diese Zeiten sind vorbei. Aus seiner eingebildeten Vorstellung von der Stärke konnte der Kanzler äußern, daß die Russen jetzt in der Defensive seien, in die sie noch mehr hineingedrängt werden müßten. Gewiß, damals war es ein Versuch der Russen, die Politik um die EVG in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sie wußten, daß diese Politik ihnen zusätzliche Anstrengungen in der Rüstungspolitik aufdrängte, die sie gerne zu Gunsten ihrer Entwicklungsvorhaben vermieden hätten. Aber das war keine Situation der Schwäche, die man vertiefen konnte, sondern eine Situation der Verhandlungsbereitschaft an einem Objekt, das billiger auszuhandeln war, und wodurch dann auch mehr Sicherheit zu erwarten war als durch das Wettrüsten. In einem Deutschland, mit dem ein Friedensvertrag geschlossen ist, sehen die Russen mehr Garantien dafür, daß dieses nicht in den Kreis der Friedensstörer gerät, als in einem Teildeutschland, das automatisch in die Interessensphären der Weltpolitik gerät. Das gilt für beide Seiten. So, nur so kann man auch den jetzt vorliegenden Entwurf zu einem Friedensvertrag der Russen verstehen. Er bietet ihnen tatsächlich ein Maximum dieser Sicherheit, die sie wünschen, und von der Art, wie sie sich diese Sicherheit vorstellen. Hierbei ergibt sich nun zwangsläufig aus diesem Denken heraus, daß diese 48 Artikel manches fixieren, was aus deutscher Sicht nicht akzeptabel scheint. Es sind die Artikel, die sich mit der Teilung Deutschlands, mit den Militärbündnissen, den Grenzen, den Organisationen der politischen Willensbildung, der Einheit Deutschlands befassen, die Anstoß erregen.

Aber wo steht, daß dieser Entwurf unabänderlich ist oder durch einen Gegenvorschlag nicht ersetzt werden kann? Es ist billig, einfach „nein" zu sagen, wenn einem etwas nicht paßt. Aber hat dieser Entwurf dazu herausgefordert? Aus der Präambel zu diesem Entwurf geht hervor, daß 28 Staaten aus Ost und West diesem Friedensvertrag mit Deutschland beitreten sollen. Wer kann überhaupt daran denken, daß diese 28 einen von einer Seite vorgelegten Entwurf einfach akzeptieren? Das haben die Russen sicher nicht vorausgesetzt; sie wissen, daß, wer verhandeln will, auch bereit sein muß, mit sich handeln zu lassen. Zum anderen haben sie zu solchen Verhandlungen eingeladen. Angesichts dieser Situation kann man nur fragen: wo bleibt der notwendige westliche Gegenvorschlag?

Der Westen verweist auf die nicht vorhandene Einheit Deutschlands, die den Abschluß eines Friedensvertrages torpediert. Das ist nicht ohne Bedeutung, aber die historische Schuld an diesem Zustand — schon vorher dargestellt — ist nicht einfach wegzuwaschen. Die verflossene Zeit hat leider den Zustand der Teilung Deutschlands so in das Bewußtsein der Völker eingeprägt, daß er zum Teil schon als etwas auf lange Zeit n i c h t Veränderliches hingenommen wird. Die Verhandlungen G r o t e w o h l s in Kairo und die Behandlung, die ihm dort zuteil wurde, sprechen eine deutliche Sprache. Müßig ist es, weiter nach der Schuld an diesem Zustand zu forschen. Notwendig ist, aus dem nun gegebenen Zustand das Optimum an Möglichem zu machen! Das werden auch die Russen einsehen müssen, wenn es ihnen mit ihrem Anliegen um die Einheit Deutschlands ernst ist. Alle Beteiligten werden einen Weg suchen müssen, der verhindert, daß eine getrennte Ratifikation eines Friedensvertrages durch zwei deutsche Teilstaaten den de facto-Zustand verewigt.

Der Entwurf der Russen enthält nichts, was darauf hinweist, daß dieser Zustand der Teilung aufgehoben werden muß. In der Tat, das ist nicht tragbar. Dabei ist nicht zu verhehlen, daß die Lösung dieser Frage die schwierigste ist. Sie sollte in den notwendigen Vorverhandlungen nicht ausgeklammert werden, aber auch nicht ohne die Mitwirkung beider deutscher Teilstaaten verhandelt werden. Hier wäre zu klären, daß ein solcher Vertrag nur dann Aussicht auf Verwirklichung hat, wenn ein gesamtdeutsches Organ Vertragspartner wird, das berechtigt ist, im Namen beider Teile Deutschlands zu verhandeln. Insoweit müßten die Russen bewegt werden, ihre Abstinenz in der Wiedervereinigungsfrage zurückzustellen. Eine Zustimmung zu einem solchen Organ, über dessen Zusammensetzung sich die Deutschen selbst zu einigen hätten, sollte ihnen nicht schwer fallen. Dabei ist mir sehr bewußt, daß nach der noch geltenden Konzeption des Westens, einschließlich der Bundesregierung, ein solches Verfahren als Todsünde angesehen wird, weil man nicht mit Pankow sprechen könne. Bleibt die Frage, wie soll dann überhaupt die deutsche Einheit hergestellt werden? Von den Russen ist eindeutig erklärt worden, daß sie das als eine Angelegenheit der Deutschen ansehen. Daß sie diese Erklärung zurücknehmen, ist nach den Erfahrungen, die wir mit der bisherigen Politik der Russen sammeln konnten, nicht anzunehmen. Ob das gut oder schlecht ist, steht nicht zur Debatte. Alle Erklärungen des Westens zu dieser Frage sind bisher Deklamationen geblieben. Die Politik der Stärke hat keine Aussicht, die Russen in die Defensive zu drängen. Spekulationen auf einen neuen 17. Juni können nur in Narrengehirnen entstehen. Aber die Zeit drängt. Die Konsolidierung der beiden Teile Deutschlands ist schon so weit fortgeschritten, daß wirklich keine Zeit mehr zu verlieren ist.

Was soll da das Gerede: Verhandlungen unter Druck gibt es nicht. Der Druck wird von Tag zu Tag stärker, ohne daß die Russen etwas dazu tun müßten. Die Entwicklung, oder besser die Auseinanderentwicklung der beiden Deutschland erzeugt diesen Druck. Das wird allerdings derjenige nicht sehen, der nur gelegentlich nach Berlin fährt, um im Ostsektor das Gruseln zu lernen. Man muß die Entwicklung im anderen Teile Deutschlands an Ort und Stelle in Zeitabständen verfolgt haben, um sich darüber ein Urteil zu bilden. Die Spekulation mit dem Gedanken, daß die Teilung deswegen nicht von Dauer sein kann, weil sie anomal ist, zieht auch nicht. Im Ablauf der deutschen Geschichte ist es nicht die erste Teilung, die Deutschland erlebte.

In dieser Situation kommt es darauf an, daß der Westen und die Bundesrepublick sich bewußt werden, daß die Politik des „Nein"-sagens tatsächlich ein politisches Stalingrad vorbereitet. Das Verharren bei den Okkuptions- und Kapitulationsabkommen ist das Eingeständnis der Unfähigkeit, eigene Vorstellungen zu

entwickeln. Die Geschichte ist daran schon vorbeigeschritten. Die Aufzählung militärischer Potenzen verdeckt die politische Impotenz nicht länger.

Die Welt, aber vor allen Dingen die Deutschen warten auf eine Politik nach vorn, sie warten auf die Alternative des Westens und der Bundesrepublik zu den Vorschlägen der Russen. Wir erwarten, daß der Westen in die Verhandlungen mit eigenen Vorschlägen geht, die Aussicht haben, von beiden Seiten akzeptiert zu werden, damit der Graben zwischen Ost und West nicht weiter vertieft wird.

Für beide Seiten ist eines unbedingt notwendig: Sich darüber klar zu sein, daß verhandeln — aushandeln heißt. Wer nehmen will, muß geben können.

Dr. Achim v. Borries

Die Stunde der Wahrheit

Das Jahr 1959 hat weltpolitisch so bewegt begonnen, wie das Jahr 1958 geendet hatte. Am 31. Dezember war die westliche Antwort auf die sowjetische Berlin-Note vom 27. November übergeben worden. Am 2. Januar überraschte Moskau die Welt mit der sensationellen Nachricht vom erfolgreichen Start der sowjetischen Mondrakete, dem in diesem Augenblick weltpolitisch eine ähnliche psychologische Bedeutung zukommt wie dem ersten ‚Sputnik' vom Herbst 1957, demonstriert er doch einmal mehr die ganz außerordentliche technische Leistungsfähigkeit der Sowjetunion. Zur gleichen Zeit begann der stellvertretende Ministerpräsident Mikojan seine Rundreise durch die USA, die zu wichtigen ‚inoffiziellen' Gesprächen mit Präsident Eisenhower und Staatssekretär Dulles führte und die amerikanische Öffentlichkeit stark beeindruckte. Und kaum hatte am 5. Januar auch Bonn der sowjetischen Regierung seine Antwort in der Berlin-Frage zugestellt, als schon am 10. Januar Moskau mit seinem Vorschlag über eine Friedensvertragskonferenz und mit einem eigenen kompletten Friedensvertragsentwurf die Initiative bereits wieder an sich riß. Es wäre falsch, zu sagen, daß diese schnelle Abfolge vor-entscheidender und sinnfälliger weltpolitischer Ereignisse die westliche Öffentlichkeit kaum mehr zur Besinnung kommen lasse: ganz im Gegenteil wird durch sie der unvermeidliche Besinnungsprozeß rapide beschleunigt, und zwar ebenso in der breiten Öffentlichkeit wie in den Regierungskanzleien des Westens. Denn hinter dieser Besinnung steht ein hartes Muß.

Die sowjetische Aktivität in der deutschen Frage seit Anfang November hat offensichtlich vorbereitenden Charakter. Sie soll der Vorbereitung jenes großen Kompromisses zwischen Ost und West zugunsten einer militärpolitischen Entspannung und eines friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerbs dienen, von dem bereits im Dezember an dieser Stelle die Rede gewesen ist. Es liegt, so darf man schließen, der Sowjetunion heute daran, endlich mit dem Westen konkrete Gespräche zu führen und zu konkreten Vereinbarungen zu kommen, die den Kalten Krieg beenden können. Nicht etwa, weil die Sowjetunion sich schwach fühlt, sondern weil sie heute und für jede absehbare Zeit stark genug ist, jede einseitige, gar gewaltsame Infragestellung des Status quo durch den Westen zu verhindern. Das bedeutet indes nicht, daß sie ihrerseits heute zu einer offensiven Verände-

rung dieses Status quo bereit, an einer solchen überhaupt interessiert ist: es gibt zahlreiche Gründe, die einer solchen Annahme, wie sie heute mit propagandistischer Absicht im Westen wieder herumgeboten wird, widersprechen. Und es bedeutet auch nicht, daß sie unter allen Umständen einer gewissen Modifizierung des Status quo abgeneigt wäre, sofern diese das Ergebnis umfassender Gespräche und Verhandlungen ist, die auf jeden Fall eine militärpolitische Entspannung im mitteleuropäischen Raum zustandebringen. Völlig ausgeschlossen aber erscheint nunmehr jede radikale Veränderung des Status quo unter militärischem Druck des Westens.

Die Zeit des gegenseitigen Abtastens der beiden Supermächte nähert sich ihrem Ende, eine neue Phase konkreter, vermutlich langfristiger Verhandlungen beginnt. Diese Verhandlungen aber können nur auf der Basis des Status quo geführt werden. Der sowjetische Vorschlag zur Lösung des Berlin-Problems, dem am 11. Dezember noch eine weitere Stellungnahme zum Problem der deutschen Wiedervereinigung folgte (die den sowjetischen Standpunkt wiederholte, diese könne nur Sache der beiden deutschen Teilstaaten sein), die Reise Mikojans und der Friedensvertrags-Entwurf gehören in diesem Sinne zusammen: sie sind eine offenherzige und energische Aufforderung zum weltpolitischen Gespräch auf höchster Ebene. In ihren Antwortnoten vom 31. Dezember bzw. 5. Januar hatten sich die Westmächte und Bonn noch einmal auf die alten Positionen des Kalten Krieges zurückgezogen, indem sie die sowjetische Berlin-Lösung mit der Forderung nach der Wiedervereinigung durch „Freie Wahlen" und nach der Bündniswahlfreiheit des wiedervereinigten Deutschland (also faktisch der Nato-Bindung) zurückwiesen, alle anderen Wege zur Wiedervereinigung ausschlossen. Diese Reaktion auf den sowjetischen Vorstoß vom 27. November konnte allerdings eine große Ratlosigkeit und ein zunehmendes Unbehagen im Westen bereits nicht mehr verdecken. Und sie erwies sich denn auch sehr schnell als völlig ungeeignet, der heutigen, politisch und psychologisch komplizierten, Situation gerecht zu werden und irgendwelche konstruktiven Lösungen einzuleiten. Die neuen sowjetischen Vorschläge vom 10. Januar gestatten dem Westen nun ein solches Ausweichen nicht mehr, sie zeigen, daß es faktisch unmöglich ist, das Deutschland-Problem weiterhin mit den Hypotheken des Kalten Krieges zu belasten und seine Lösung noch immer hinauszuzögern. Im Westen setzt sich diese Einsicht mehr und mehr durch, heute selbst in den USA, nachdem ein großer Teil der britischen Öffentlichkeit schon Anfang Dezember aus seinem Wunsch nach ernsthaften Verhandlungen und nach einem Kompromiß kein Hehl gemacht hatte. In den USA werden nunmehr offen die denkbaren Alternativen zur bisherigen Deutschland-Politik Washingtons diskutiert. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, das geschähe einzig unter dem Eindruck des psychologischen Erfolges des Besuches Mikojans. Denn dieser Erfolg und seine Auswirkungen sind ein auslösendes, nicht ein bewirkendes Moment. Die gegenüber den vergangenen Jahren neuartige Aufgeschlossenheit der öffentlichen Meinung in den USA und der Wunsch, den Kalten Krieg zu beenden, haben sehr reale Gründe. Man ist sich heute auch dort darüber im Klaren, daß die endlose Fortsetzung des Wettrüstens nichts Gutes bringen und keine realpolitischen Lösungen der offenen Probleme herbeiführen kann. Man beginnt zu fragen, wohin diese ständigen Rüstungsanstrengungen führen werden. Die militärtechnische Entwicklung sieht die Vereinigten Staaten im Augenblick in einem relativen Rückstand auf dem Gebiet der inter-kontinentalen Raketen. Andererseits wird die nicht mehr lange ausstehende Produktion dieser Waffen das strategische Konzept Washingtons beträchtlich verändern und bisher unersetzliche Positionen entwerten oder doch ihre Bedeutung relativieren. Die amerikanische Regierung handelt also, wenn sie sich mit dem Gedanken eines weltpoli-

tischen Kompromisses vertraut zu machen beginnt, unter einem doppelten Zwange: unter dem Druck der immer vernehmlicher nach einer Beendigung des aussichtslosen und kostspieligen Kalten Krieges rufenden öffentlichen Meinung, und gezwungen von dem gebieterischen Muß der militärpolitischen Umstände. Die amerikanische Geschäftswelt aber, die Mikojans ‚Friedensreden' besonders applaudierte, weiß sehr wohl, welche großen Chancen ihr eine friedliche wirtschaftliche Koexistenz mit der Sowjetunion bieten wird. Man erkennt heute auch in Washington, daß die alte Konzeption in der Deutschland-Politik, die ein Teil dieser Strategie des Kalten Krieges war und am 31. Dezember ein letztes Mal vorgebracht wurde, nicht mehr haltbar ist. Sie hat heute weniger Aussichten als je zuvor, realisiert zu werden. Eine Fortsetzung des Wettrüstens aber kann die Lage nur mehr weiter verschärfen und das politische Klima in einer vielleicht nicht wiedergutzumachenden Weise verschlechtern. Die Westmächte sind durch die sowjetische Überlegenheit auf dem Gebiet der Interkontinental-Raketen gewarnt. So ist der Kompromiß unumgänglich und bietet immerhin auch dem Westen noch einige Möglichkeiten. Die Einsicht setzt sich durch, der Anfang Januar, noch vor der Veröffentlichung des neuen sowjetischen Vorschlages, der New Statesman (London) Ausdruck gab: „Es ist sogar möglich, daß die sowjetische (Berlin-)Initiative die letzte Chance zu einer Lösung der deutschen Frage unter überhaupt für den Westen annehmbaren Bedingungen ist." So gering ist, allen ‚Forderungen' und Protesten zum Trotz, heute der Spielraum der westlichen Deutschland-Politik.

Der neue Vorstoß Moskaus zugunsten eines Friedensvertrages und damit einer verbindlichen internationalen Regelung der deutschen Frage konnte nur diejenigen ‚überraschen', die seit Jahr und Tag die Mühe gescheut haben, sowjetische Noten und andere Verlautbarungen auf ihren Wortlaut und auf ihre politische Substanz hin zu studieren; nicht selten war das Gerede von ‚Propaganda' nur das Alibi für eine fahrlässige eigene politische Denkfaulheit. Immer wieder im Laufe des Jahres 1958 hat die Sowjetunion in geradezu demonstrativer Häufigkeit ihr Interesse an einem solchen Friedensvertrag bekundet und immer wieder vorbereitende Verhandlungen vorgeschlagen. Die westliche Reaktion war stets rein negativ. Insbesondere Bonn hat in dieser Hinsicht nahezu alles versäumt, und zwar mutwillig versäumt. Die zaghaften Ansätze zu einer eigenen Initiative dieser Art, wie Herr Gerstenmaier sie im Frühjahr anregte, wurden von der Bundesregierung schnell erstickt. Die Erklärung des Bundestages zur Wiedervereinigungsfrage vom September blieb rein platonisch. Den zahllosen gesamtdeutschen Beteuerungen sind gesamtdeutsche Taten nicht gefolgt, sondern man blieb im Gegenteil bei den alten Wunschträumen und Maximalforderungen stehen. Die Bundesregierung wollte sogar eine Entspannung abhängig machen von einer vorhergehenden Regelung der deutschen Frage in ihrem Sinne und lehnte alle Vorverhandlungen über einen Friedensvertrag immer wieder ab, weil sie jedem Kontakt mit der DDR aus Prestigegründen noch immer aus dem Wege gehen will. An dem sowjetischen Standpunkt in dieser Frage der Wiedervereinigung und des Friedensvertrages hat sich im Laufe des Jahres 1958 überhaupt nichts geändert; und es ist keinerlei Aussicht, daß sich an ihm 1959 oder 1960 das Mindeste ändern wird. Damit werden wir uns abfinden müssen. Die Sowjets haben mit dem Friedensvertragsentwurf vom 10. Januar ihre Karten offen auf den Tisch gelegt. Sie haben neuerlich betont, daß sie mit den Westmächten über den militärischpolitischen Status eines wiedervereinigten Deutschland bzw. beider deutscher Teilstaaten verhandeln möchten, daß aber der Wiedervereinigungsprozeß selbst eine Angelegenheit der beiden deutschen Regierungen sei. Diese Klarstellung wird zahlreichen noch immer wuchernden nationalpolitischen Illu-

sionen in Deutschland ein bitteres Ende bereiten, sie kann aber auch einem besonnenen und konstruktiven nationalpolitischen Realismus endlich den Weg ebnen. Denn es ist durchaus eine höchstens emotional verständliche, politisch aber unverantwortliche Irreführung, wenn heute emphatisch behauptet wird, dieser sowjetische Friedensvertrag wolle nun die ‚deutsche Teilung' in diktatorischer Weise ‚verewigen', er schließe ‚die Wiedervereinigung' für alle Zeiten aus usw. Dem ist nicht so. Er schließt einzig die Wiedervereinigung im Sinne jener von Moskau schon seit langem zurückgewiesenen westlichen Maximalforderungen aus, regt hingegen Verhandlungen zwischen den beiden auf deutschem Boden existierenden Staaten ausdrücklich an und spricht wiederholt von einem ‚späteren Gesamtdeutschland' im Sinne einer vollständigen Verschmelzung der beiden deutschen Staaten, der die Zwischenphase einer Konföderation vorangehen müsse. Das besagt: eine Wiedervereinigung nach Bonner Rezept ist ein für alle mal ausgeschlossen. Andererseits aber könnten Verhandlungen über das Thema Friedensvertrag und Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten eine andere Form der Wiedervereinigung — eine Wiedervereinigung in Etappen nämlich — einleiten. Das ist die einzige deutsche Chance. Die Sowjetunion ihrerseits ist primär an einer militärpolitischen Entspannung in Mitteleuropa interessiert, und es gibt keinen Grund für sie, nicht auch mit dieser prozeßartigen deutschen Wiedervereinigung einverstanden zu sein, sofern von ihr jene Entspannung gefördert wird. Der Westen hingegen hat bisher immer die Wiedervereinigung unter seinen Bedingungen zur Voraussetzung der Entspannung zu machen versucht. Die Erklärung von Staatssekretär Dulles, freie Wahlen seien nicht unbedingt der einzige Weg zur Wiedervereinigung, bedeutet immerhin bereits eine gewisse Auflockerung in dieser Hinsicht, ebenso wie die Feststellung des Foreign Office, zu vorbereitenden Gesprächen über einen Friedensvertrag sollten — in beratender Funktion — Vertreter beider deutscher Staaten teilnehmen. Das große, unvermeidliche, durchaus positiv zu wertende Umdenken hat begonnen. Man mag der Dulles-Erklärung im ersten Augenblick eine Bedeutung zugesprochen haben, die ihr noch nicht zukommt, aber sie ist doch ein Symptom: die USA denken heute nicht mehr daran, Gespräche mit der Sowjetunion an dem Bestehen auf einer solchen irrealen Forderung von vornherein scheitern zu lassen.

Die weltpolitische und nationalpolitische Verantwortung der Bundesrepublik ist in diesem Augenblick ganz besonders groß. Denn die amerikanische Regierung erwartet nunmehr von ihr und von der deutschen Öffentlichkeit konstruktive Alternativen zur bisherigen westlichen Deutschland-Politik, nachdem nun einmal der Westen zu einem Kompromiß auch in der deutschen Frage gezwungen ist. Man wünscht dringend, daß die westdeutsche Seite dem State Departement diese unausweichliche Modifizierung seines Kurses erleichtert. Die New York Times meldeten am 13. Januar: Beamte in Washington erklärten, es sei die beste Hoffnung für eine Lösung, wenn man die Tür zu Verhandlungen offenlasse und warte, bis eine dritte Macht, möglicherweise die Deutschen selbst, einen Kompromißvorschlag vorlegten. Der Gedanke, daß die Initiative für einen Kompromiß von der Bundesrepublik ausgehen müsse, entspreche einer in den amtlichen Kreisen Washingtons schon seit längerer Zeit vertretenen Auffassung. So bietet sich hier der westdeutschen Diplomatie noch einmal eine große Aufgabe und zugleich die Chance, auf das künftige Geschick der Deutschen entscheidend Einfluß zu nehmen. Anstatt diese Aufgabe zu erfüllen und die Chance wahrzunehmen, blockiert der Bundeskanzler abermals die Diskussion von Alternativen zu seiner nun an ihrem Ende angelangten Politik. Die Mission des Kanzler-Vertrauten Herrn von Eckardt und die eilige Entsendung des Vertreters des Auswärtigen Amtes, Herrn Dittmann, nach Washington zeigen, wie sehr man in Bonn besorgt

ist über die sich abzeichnende Änderung der amerikanischen Haltung und wie sehr man vor allem die Auswirkungen des Mikojan-Besuches fürchtet. Der Bundeskanzler unternimmt offensichtlich alles, den Westen noch einmal auf seinen harten Kurs, also auf alle die gerade wieder ad absurdum geführten westlichen Maximalforderungen festzulegen. Er hat der Sowjetunion, aber auch den Verbündeten noch immer nichts anderes als sein starrsinniges ‚Nein' zu bieten. Es mag ihn mit einer gewissen Genugtuung erfüllen, daß er noch einmal für einen Augenblick eine Schlüsselfigur der westlichen Politik ist. Aber die Rolle, die Herr Adenauer heute spielt, ist weder eine glückliche noch eine würdige. Und sollte es ihm nochmals gelingen, die Entwicklung von Alternativen und damit der Kompromißbereitschaft im westlichen Lager zu hemmen — aufhalten kann er diese Entwicklung nicht mehr! Seine heutigen ‚Erfolge' in dieser Hinsicht sind bloße Pyrrhussiege: je länger er heute die unvermeidliche Entspannung blockiert, desto schmählicher und tiefer wird morgen sein Sturz sein. Denn auch die USA werden nicht mehr lange auf Bonn warten, sondern eines baldigen Tages mit der Sowjetunion ohne Bonn verhandeln, und zwar über Deutschland verhandeln. Der Bundeskanzler beschwört also durch seine absolut sterile Haltung gerade das herauf, was er angeblich verhindern will: eine Verständigung Washington—Moskau über Deutschlands Kopf hinweg . . . . .

Worauf wartet Bonn?

So ist denn heute nur noch die Frage, ob mit oder ob ohne uns — über uns verhandelt werden wird! Dr. Adenauer, assistiert von Herrn von Brentano, versucht den Eindruck zu erwecken, als seien sein ‚hartes Nein' und sein ausdrücklicher Verzicht auf eigene Gegenvorschläge der Ausdruck einer besonders taktischen Weisheit. In Wahrheit ist beides nur Symptom seiner absoluten Ratlosigkeit. Und wenn der Kanzler heute die westdeutsche Öffentlichkeit beschwört, um Gottes willen ‚keine Pläne' zu machen, so hat das einen sehr einfachen, aber auch sehr peinlichen Grund: jeder Plan, der heute überhaupt noch irgendeinen realpolitischen Sinn haben und aus dem Dilemma herausführen soll, muß zunächst einmal dieses Dilemma zugeben und kommt dann an zwei Notwendigkeiten nicht mehr vorbei: dem Verzicht auf Wiedervereinigung durch ‚Freie Wahlen' (als erstem Schritt) und auf Bündniswahlfreiheit Gesamtdeutschlands einerseits, der de facto-Anerkennung der DDR andererseits. Das heißt, jeder Alternativ-Vorschlag überführt heute die bisherige Wiedervereinigungspolitik des Kanzlers ihres absoluten Scheiterns. Dies Scheitern aber soll bis zum Letzten vertuscht werden. Dasselbe gilt von den einmal mehr angestimmten ‚Einigkeits'-Fanfaren: die längst existierenden, in Washington so gut wie in Moskau bekannten Meinungsverschiedenheiten über die Außenpolitik sollen verschleiert, alle Parteien faktisch auf den Kurs des Kanzlers festgelegt werden — eine ‚Solidarität' in der Sterilität und auf Kosten der politischen Zukunft des deutschen Volkes, die nur gewährleistet ist, wenn die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik sich endlich von den irrealen Vorstellungen und Konzeptionen der heutigen Bundesregierung emanzipiert. Es ist ein propagandistisches Ammenmärchen, wenn Dr. Adenauer behauptet, die politische Position der Bundesrepublik sei heute abhängig von solcher ohnehin unglaubwürdigen ‚Einigkeit': als ob sein starres Nein die Haltung der Sowjetunion in irgendeiner Weise beeinflussen könnte, die auf Faktoren beruht, auf die Westdeutschland gar keinen Einfluß mehr hat! Selbst diese ‚Politik' der kleinen taktischen Mittelchen für den Hausgebrauch, mit der der Kanzler jahrelang tatsächlich seine Gefolgschaft zusammengehalten hat — auf Kosten jeder konstruktiven deutschen Außenpolitik — ist heute nur mehr ein Schwächezeichen.

Das erste harte Nein ist nun freilich, vor allem unter dem Druck der amerikanischen Verhandlungsbereitschaft, in ein ‚Vorerst keine Gegenvorschläge' umgewandelt worden. Die naheliegende Frage ist: worauf wartet Bonn eigentlich noch? Auf irgendein weltpolitisches Wunder? Auf einen Rückzug der Sowjetunion? Herr v. Brentano klagt die Sowjets einmal mehr ‚brutaler Härte' und ‚absolut unannehmbarer Vorschläge' an. Wir fragen die Bundesregierung: was haben die Leute, die sich heute über solche ‚harten Bedingungen' entrüsten, seit acht Jahren getan, günstigere Bedingungen der Sowjetunion in der Frage der Wiedervereinigung und des Friedensvertrages zu erreichen? Die Antwort kann nur lauten: sie haben nicht nur Nichts getan zugunsten einer Verbesserung des Klimas zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion und es somit versäumt, überhaupt Voraussetzung für einen anderen Friedensvertrag zu schaffen, sondern sie haben im Gegenteil beinahe alles getan, das deutsch-sowjetische Verhältnis mit immer neuen Hypotheken zu belasten, vor allem durch die Forcierung der westdeutschen Nato-Aufrüstung, bis hin zur angedrohten und vorbereiteten atomaren Bewaffnung, sowie durch eine ständige Hetze gegen die Sowjetunion. Jede Beurteilung des sowjetischen Friedensvertragsentwurfes vom 10. Januar 1959 — sie mag mit der Feststellung enden, dieser sei prinzipiell unannehmbar oder aber er sei zumindest eine Diskussionsbasis — wird von der bitteren Einsicht ausgehen müssen: daß dieser Vertragsvorschlag nicht allein ein Ergebnis des in der Bundesrepublik allzu oft vergessenen Krieges Adolf Hitlers, sondern auch ein ‚Erfolg' der Politik Konrad Adenauers ist, jener Politik des Kalten Krieges auf deutschem Boden, die für Moskau mit den Namen Adenauer, Strauß, Speidel, Heusinger verbunden ist. Die Erinnerungen an die Jahre 1941 bis 1945 sind in der Sowjetunion so gut wie in Polen und in der Tschechoslowakei gerade durch diese westdeutsche Stärkepolitik immer neu erweckt worden, und mit ihnen haben sich neuartige Befürchtungen hinsichtlich der außenpolitischen Ziele des westdeutschen Teilstaates zu dem zweifellos sehr großen sowjetischen Mißtrauen verbunden, das hinter diesem Friedensvertragsentwurf steht. Der Vater dieses Mißtrauens aber heißt Konrad Adenauer. Gerade sein Beharren auf den westdeutschen Maximalforderungen in der Wiedervereinigungs- wie in der Bündnisfrage dürften für Moskau ein Grund mehr sein, an irgendeine Diskussion dieser Forderungen gar nicht zu denken. Bonn ist dem Gespräch mit der Sowjetunion in all diesen Jahren immer wieder aus dem Wege gegangen, um stattdessen die Aufrüstungspolitik voranzutreiben. Das Ergebnis: die sowjetische Haltung ist in der Wiedervereinigungsfrage noch weit unnachgiebiger als etwa 1952 (man vergleiche den damals vom Westen diskussionslos abgelehnten Friedensvertragsentwurf) und auch noch 1955 (Genfer Konferenz). Das Ergebnis ist weiter: Ausbau, Entwicklung und Konsolidierung des ostdeutschen Teilstaates in diesen Jahren, in denen Bonn Verhandlungen ablehnte. Das Ergebnis ist schließlich: eine erhöhte militärische Gefährdung der Bundesrepublik als des exponiertesten Nato-Vorpostens, nachdem die Bundesregierung auch alle Vorschläge für ein Disengagement zurückgewiesen hat. So ist denn politisch, militärisch und psychologisch die Position der Bundesrepublik nicht nur nicht besser, sondern immer schlechter geworden. Und wenn es wirklich die Absicht der Adenauer'schen Aufrüstungspolitik gewesen sein sollte, die Wiedervereinigung in dem immer geforderten Sinne zu erreichen — man hat allerdings längst Grund, an dieser Absicht zu zweifeln — dann hat diese Politik ihr Ziel nicht nur nicht erreicht, sondern gerade — unerreichbar gemacht!

So ist die sowjetische Note vom 10. Januar gewissermaßen das Siegel auf dieses von uns bereits wiederholt festgestellte Fiasko der westdeutschen Politik der Maximalforderungen an Mokau bei gleichzeitiger maximaler Intransigenz

gegenüber Moskau. Der Bundeskanzler hat es seit 1949 versäumt, durch eine Politik der Besonnenheit und des Ausgleichs auch mit der Sowjetunion Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik zu sichern und gleichzeitig die Wiedervereinigung vorzubereiten. Eine solche Politik des Ausgleichs hätte nicht eine Politik der Selbstaufgabe zu sein brauchen; sie hätte nur den Grundbedingungen des deutschen staatlichen Daseins nach 1945 entsprochen.

Wir werden auf den Inhalt des sowjetischen Entwurfes weiter unten näher eingehen. Zunächst muß sich zu der unvermeidlichen Feststellung, daß er nicht zuletzt die Folge der westdeutschen Nato-Politik ist, ein ‚Erfolg' also gerade der Leute, die heute am lautesten und entrüstetsten ‚Nein' rufen, eine weitere grundsätzliche Feststellung gesellen. Es ist völlig unsinnig und nur Teil einer sehr primitiven Propaganda, wenn der Sowjetunion unterstellt wird — wie es beinahe in allen ersten emotionalen Reaktionen geschehen ist —, sie habe jemals etwa die pauschale Annahme dieses Konzepts erwartet oder gar gefordert. Und ob sie auf einer solchen Annahme aller einzelnen Artikel in der von ihr fixierten Form unter allen Umständen bestehen würde, kann überhaupt erst in umfassenden Verhandlungen selbst geklärt werden. Der sowjetische Entwurf gibt freilich unmißverständliche Hinweise auf die heute p r i m ä r e n T e n d e n z e n der sowjetischen Deutschlandpolitik. Und es ist kaum zu erwarten, daß diese Tendenzen sich unmittelbar werden beeinflussen lassen (etwa das Sicherheitsverlangen und damit die Neutralitätsforderung, die Anerkennung des Faktums von zwei deutschen Staaten und der Wiedervereinigung als deren Angelegenheit); am allerwenigsten aber ist eine solche Beeinflussung durch Druck oder Gewalt heute denkbar.

Das schließt aber weder eine Revision zahlreicher einzelner Artikel noch die offene Diskussion aller Punkte des Entwurfs aus, der offensichtlich bewußt so angelegt ist, daß er auch wesentliche Kompromisse erlaubt. Kompromisse aber setzen Verhandlungen voraus. Und so ist denn der sowjetische Vorschlag auch in allererster Linie ein sehr offenherziges Verhandlungs-Angebot, eine Aufforderung zu Verhandlungen und eine Diskussions-Grundlage. Verhandeln m u ß der Westen heute, wie wir gesehen haben. Aber sinnvoll verhandeln k a n n er nur, wenn er in solche Verhandlungen mit einer klaren eigenen Konzeption geht. Welches aber ist diese Konzeption heute, nachdem die alten Forderungen, die die Noten vom 31. Dezember noch einmal vorgebracht hatten, sich als utopisch erwiesen haben? Washington und London sind, wie betont, auf dem Wege zu einer nachgiebigeren Haltung in der deutschen Frage, ohne daß sie bereits konkrete Lösungsvorschläge entwickelt hätten. Sie warten nicht zuletzt auf Bonn. Und wir müssen hier unsere Frage wiederholen: wo steht Bonn? worauf wartet Bonn?

Um das Fiasko der eigenen Politik zu vertuschen, will die Bundesregierung anscheinend abermals auf dem Status quo beharren, gegen dessen Verfestigung sie sich so wortreich wendet . . . . . Aber es wäre ein vielleicht lebensgefährlicher Trugschluß, zu glauben, die Alternative laute heute noch: entweder ‚Annahme' des sowjetischen Vorschlages oder Fortsetzung der ‚alten' Politik. Eine pauschale Annahme steht ohnehin außerhalb jeder Diskussion. Eine Fortsetzung des alten Kurses aber, wie Bonn ihn bisher praktiziert hat, ist ebenfalls unmöglich. Das weiß man in Washington und man weiß es auch in Bonn, aber die Bundesregierung gibt es nicht zu. Denn dieser Status quo ist gar kein ‚Status', er ist nichts einfach Beharrendes, zu dem man bequem und relativ selbstsicher zurückkehren könnte, sondern er hat gerade heute seine eigene D y n a m i k. Fortsetzung der alten Politik, das heißt: Fortsetzung der Aufrüstung, Beginn der Atombewaffnung — die die Sowjetunion als unmittelbare Bedrohung ansehen muß. Es heißt: Fort-

setzung des Rüstungswettlaufes, Verstärkung der sowjetischen Interkontinental-Bewaffnung, zunehmende Entwertung des Nato-Stützpunktes Westdeutschland; es heißt weiter neue Verschärfung des Kalten Krieges in beiden deutschen Staaten; die außenpolitische Konsolidierung der DDR wird weiter fortschreiten, ohne daß Bonn diesen Prozeß wirksam aufhalten kann; die Sowjetunion wird ihre angekündigte Berlin-Aktion durchführen und die Westmächte damit zu jener defacto-Anerkennung der DDR zwingen, auf die man sich in Washington, London und Paris bereits vorbereitet. Es ist ferner nicht ausgeschlossen, daß die Sowjetunion unter diesen Voraussetzungen einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließt, der dann die deutsche Teilung wirklich beinahe unaufhebbar machen würde. Das ist die Logik des ‚harten Nein' der Bonner Regierung. Es ist nicht anzunehmen, daß die Westmächte sich von Dr. Adenauer noch sehr lange eine solche Politik aufzwingen lassen werden. Wir wiederholen mit allem Nachdruck unsere Frage: welches ist heute die Entspannungs- und Wiedervereinigungskonzeption der Regierung Adenauer? Auf diese Frage ist die Bundesregierung heute dem deutschen (und längst nicht mehr nur dem deutschen) Volke eine klare und überzeugende Antwort schuldig, eine Antwort, die dem unwürdigen Versteckspiel dieser Regierung in der Öffentlichkeit ein Ende macht. Wir richten aber in diesem Augenblick auch an die Bundestagsfraktion der CDU/CSU, an die Landes- und Kreisverbände, die einzelnen Mitglieder und die Wähler der Christlich-Demokratischen Union die Frage: stehen Sie ebenfalls hinter diesem: ‚Hartes Nein — Keine Gegenvorschläge' des von Ihnen bestellten Bundeskanzlers? Wie lange noch sind Sie bereit, eine solche international und national verhängnisvolle Politik zu decken? Sind Sie willens, dem Prestige Konrad Adenauers die vielleicht letzten Chancen zu Entspannung und (schrittweiser) Wiedervereinigung zu opfern? Die CDU-Fraktion im Bundestag übernimmt heute die unmittelbare und volle Verantwortung für diese Fortsetzung des alten Kurses. Wie lange noch läßt sie sich ihr Denken durch eine Handvoll Karrieristen des Kalten Krieges verbieten? Ist sie sich ihrer ungeheuren Verantwortung bis zum letzten Mann voll bewußt?

Wo bleibt die SPD?

Man hat heute einmal mehr Anlaß, zu bezweifeln, ob die Bundesregierung jemals ernstlich die von ihr immer wieder mit soviel Emphase postulierte Wiedervereinigung gewollt hat. Hat sie etwa ganz bewußt eine Politik getrieben, die die Spaltung Deutschlands zementieren und das Wiedervereinigungsproblem außerordentlich komplizieren mußte? Solcher Verdacht ist heute längst nicht mehr nur spekulativer Art, sondern hat gute Gründe. Der „Abendländer" Konrad Adenauer war jedenfalls geradezu prädestiniert für die Rolle des Kanzlers eines westdeutschen ‚Rheinstaates' im Geiste großbürgerlicher Restauration. Die Wiedervereinigungspolitik der Sozialdemokratischen Partei ist solchem Verdacht nicht ausgesetzt. Aber die Glaubwürdigkeit ihrer nationalpolitischen Zielsetzung besagt noch nichts über die Zweckmäßigkeit der von ihr vorgeschlagenen Wege zur Erreichung des Zieles. Und die sowjetische Friedensvertragskonzeption ist nicht allein ein Ergebnis der Adenauer'schen Politik des Kalten Krieges, sie überführt auch die Opposition der Unzulänglichkeit ihrer Vorstellungen von Entspannung, Sicherheit und Wiedervereinigung. Es war dies eine Politik des ‚mittleren Weges', anders gesagt: eine Politik der Inkonsequenzen und Halbheiten, die das Zwar-Aber, das Sowohl-als-auch pflegte und damit gescheitert ist. Dieser ‚mittlere Kurs' war keine echte, überzeugende Alternative zur Politik des Bundeskanzlers: die Wahlen zum Bundestag haben 1953 und 1957 offenbar gemacht, daß es unmöglich war, ihn breiten Schichten des Volkes als eine solche anzubieten.

Die Art und Weise, in der die SPD dann die Kampagne gegen die atomare Bewaffnung zugleich proklamierte und blockierte, unter dem Druck einer ängstlichen und konformistischen Partei-Hierarchie, ließ abermals die Unzulänglichkeit dieser ‚Opposition' erkennen. Die SPD hat zwar immer opponiert, aber sie hat es kaum jemals unter den Vorzeichen eines klaren und überzeugenden außenpolitischen Alternativ-Programms getan. Darum blieb diese Opposition faktisch rein verbal und verurteilte sich selbst zur Wirkungslosigkeit. Es waren gewisse Kreise innerhalb der SPD, die der Bewegung ‚Kampf dem Atomtod' immer wieder in den Rücken fielen. Hinsichtlich dieser sozialdemokratischen Politik in der Frage der atomaren Bewaffnung muß man, mit einiger Bitterkeit ein hartes Wort Kurt Tucholskys aus den zwanziger Jahren variierend, sagen: wenn man 1957 SPD wählte, dann wußte man, daß man etwas ‚gegen die Atomrüstung' getan hatte und zugleich wußte man: die Atomrüstung kommt doch . . .! Die Bundesregierung hat wiederholt den Eindruck zu erwecken versucht, als betrachte sie die atomare Bewaffnung der Bundeswehr als eine außenpolitische Trumpfkarte, d. h. als habe sie die Absicht, ‚eines Tages' den Verzicht auf diese atomare Bewaffnung der Sowjetunion anzubieten, um dafür die Zustimmung Moskaus zu einer Wiedervereinigung im Sinne der westlichen Maximalforderungen zu erreichen. Wenn das jemals wirklich die Politik Bonns gewesen ist, dann ist diese Politik restlos gescheitert. Nicht nur hat man ein solches ‚Tauschgeschäft' zugunsten der Wiedervereinigung niemals versucht — und zwar gerade solange nicht, wie es überhaupt noch eine (wenigstens scheinbare) Chance gehabt hätte. Man hat es also versäumt, die angebliche Trumpfkarte rechtzeitig auszuspielen. Denn heute ist sie längst entwertet. Darüber hinaus aber wurde der potentielle politische Wert der atomaren Bewaffnung in Bonn von vornherein weit überschätzt. Denn es war niemals möglich, mit ihr die Sowjetunion einzuschüchtern: die westdeutsche Atombewaffnung wird von Moskau zwar als ernste Bedrohung und als eine gefährliche Veränderung des militärpolitischen Gleichgewichts in Mitteleuropa betrachtet, aber Moskau hat heute keinen Grund mehr, diese atomare Aufrüstung der Bundesrepublik so zu fürchten, daß es seinerseits, um sie zu verhindern, zur Nachgiebigkeit gezwungen wäre. Ganz im Gegenteil veranlaßt gerade sie die Sowjetunion nur mehr zu einer anhaltenden Verstärkung ihrer eigenen Streitkräfte und der der Staaten des Warschauer Paktes. Moskau ist nur unnachgiebiger, nicht aber nachgiebiger geworden. Die westdeutsche Atombewaffnung ist also heute kein politischer Trumpf mehr, aber dafür um so mehr eine politische Hypothek. Ein ähnliches Schicksal aber trifft heute die politische Konzeption der SPD. Diese hat sich in den letzten Jahren wiederholt für eine Politik des Disengagements in Europa, im Sinne etwa Kennans und des modefizierten Rapacki-Planes, ausgesprochen, ohne freilich ihre Vorstellungen in Bonn durchsetzen zu können. Es lag diesen Erwägungen zweifellos die Hoffnung zugrunde, die Sowjetunion werde sich durch eine solche Politik der gegenseitigen militärpolitischen Konzilianz veranlaßt sehen, den bisherigen westdeutschen Wiedervereinigungsvorstellungen eines Tages entscheidende Konzessionen zu machen. Auch die SPD hat also an dem Ziel: Wiedervereinigung durch ‚Freie Wahlen' ausdrücklich festgehalten, gleichzeitig aber eine militärpolitische Neutralität des späteren Gesamtdeutschland zumindest in Erwägung gezogen. Disengagement heute (also Verzicht auf Atombewaffnung) und gesamtdeutsche militärpolitische Neutralität morgen: diesen Preis wollte die SPD für eine Zustimmung der Sowjetunion zu der Konzeption „Wiedervereinigung durch freie Wahlen" bezahlen. Freilich hat sie nicht einmal diese relative und, wie sich heute zeigt, unzulängliche ‚Alternative' zur Politik der Bundesrepublik klar formuliert und entschieden propagiert, sondern immer nur ‚erwogen'. Das lag an der Unentschlossenheit und

Kompromißfreudigkeit der Parteiführung, aber auch an der Widersprüchlichkeit dieser Konzeption selbst, die sich bei einer programmatischen Fixierung nicht mehr hätten verbergen lassen. Denn das Ziel war auch hier immer noch, das Faktum der Existenz zweier Staaten auf deutschem Boden zu umgehen und bei der Wiedervereinigung gleichsam über die heutige DDR ‚hinwegzuspringen'. Anders gesagt: auch diese Politik postulierte noch immer die Liquidation der DDR als ersten Schritt zur Wiedervereinigung. Gleichzeitig aber bedeutete die Bereitschaft, über den Rapacki-Plan zu diskutieren, doch auch schon die Bereitschaft, die DDR-Regierung als Verhandlungspartner zu akzeptieren. An diesem Widerspruch krankt bis heute die offizielle SPD-Politik. Sie gibt faktisch zu, daß die DDR nicht umgangen und nicht liquidiert werden kann: denn es gibt heute keinen Preis mehr, für den die Sowjetunion bereit wäre, einer solchen revolutionären Lösung des deutschen Wiedervereinigungsproblems zuzustimmen. Es kann einzig darum gehen, Möglichkeiten einer evolutionären Lösung zu formulieren. Aber die SPD hat bisher nicht den Mut gehabt, diese bittere Wahrheit offen anzuerkennen und zur Grundlage ihrer Politik zu machen. Sie gibt noch immer nicht zu, daß auch alle Disengagement-Politik und jeder Plan für eine militärpolitische Neutralität Gesamtdeutschlands — so notwendig diese Konzeptionen als Elemente einer deutschen Wiedervereinigungs- und Entspannungspolitik sind — nicht mehr ausreichen, die Sowjetunion zu der für sie heute aus naheliegenden Gründen untragbaren Preisgabe der DDR zu veranlassen. Gerade die neueste sowjetische Note hat das noch einmal deutlich gemacht. Es gilt heute, aus dieser Einsicht die politischen Konsequenzen zu ziehen, anstatt die Einsicht selbst weiter zu unterdrücken. Nichts anderes aber tut noch immer die Führung der SPD. Sie versucht alle Diskussionen in der Partei über einen ersten Schritt zur relativen Wiedervereinigung, wie sie allein vorerst möglich ist, zu ersticken. Sie hält noch immer daran fest, daß das Projekt einer deutschen Konföderation tabu sei — während sie gleichzeitig Konzepte entwickelt, die längst eine defacto-Anerkennung der DDR (und nur um eine solche geht es) einschließen. Das ist eine neue Variante der Politik des Sowohl-als-auch, des Ja-aber, mit der die Sozialdemokratie seit 1949 in der Bundesrepublik immer wieder gescheitert ist. Die Bewegung innerhalb der Partei ist bereits stark. Wenn der Abgeordnete Kalbitzer Mitte Dezember im ‚Vorwärts' zumindest die Diskussion des Themas Konföderation forderte, so gab er damit diesen Strömungen Ausdruck, deren Anhänger bis heute von der Bonner Zentrale der SPD nicht nur desavouiert, sondern — wie die Vorfälle auf dem Deutschen Studentenkongreß gegen die Atomrüstung am 3./4. Januar in Westberlin gezeigt haben — terrorisiert werden. Die Parteiführung läßt sich beschämen von den mutigen sozialistischen Studenten, die — trotz aller widerwärtiger Parteikabalen, mittels derer man sie mundtot zu machen versucht — nicht nur den Kampf gegen die Atomrüstung konsequent führen, sondern auch die Konsequenzen aus dem Scheitern der bisherigen SPD-Politik ziehen und Verhandlungen und Vereinbarungen mit der Regierung der DDR zur Vorbereitung erster Schritte zur Wiedervereinigung fordern. Was Herr Schmidt von der Bundestagsfraktion der SPD bei diesem Anlaß geboten hat, war ein unwürdiges Schauspiel parteipolitischer Ranküne. Es zeigte einmal mehr die Feigheit dieser Art Parteiführung, die zwar wortreich und emphatisch ‚Kampagnen' ankündigt, sich aber immer wieder vor allen Konsequenzen drückt.

Die Reaktion der Sozialdemokratie auf den sowjetischen Friedensvertragsvorschlag war nicht minder zweideutig. Die SPD sagte zwar auch spontan „Nein", sie forderte aber doch auch gleichzeitig — im Gegensatz zur Adenauer-Linie — westliche, westdeutsche Gegenvorschläge. Sie forderte sie — aber sie machte sie nicht! Und nicht etwa aus ‚taktischen' Gründen (in Bonn ist es Mode geworden,

jedes politische Unvermögen in ‚taktische' Weisheit umzufälschen!), sondern weil die SPD bis heute gar keine klare Konzeption hat, die einem Gegenvorschlag zugrundegelegt werden könnte. Wir haben die Widersprüche ihrer bisherigen ‚Alternative' oben aufgedeckt. Das Postulat der Liquidation der DDR läßt sich offensichtlich nach dem 10. Januar nicht mehr aufrechterhalten, w e n n man, wie die SPD, wirklich verhandeln will. Der Rückgang auf die Disengagement-Konzeption genügt nicht mehr. W a s also hat die SPD zu bieten, wenn sie Gegenvorschläge fordert? W a n n wird sie selbst einen diskussionswürdigen Gegenvorschlag machen? Und noch eines. Als der Kanzler sein ‚hartes Nein — keine Gegenvorschläge' gesprochen hatte, protestierte der SPD-Pressedienst mit Recht leidenschaftlich. Er warf Dr. Adenauer vor, dieser wolle heute Deutschland in seinen eigenen Untergang (d. h. den Untergang seiner Politik) hineinziehen wie seinerzeit Adolf Hitler das deutsche Volk bis zum bitteren Ende bluten ließ, nachdem das Fiasko seiner Politik und seines Krieges längst offenbar geworden war. Aber kaum hatte, wie zu erwarten, die CDU wütend geantwortet und die übliche ‚Einigkeits'-Formel wieder hervorgeholt, als auch schon die Opposition kleinlaut wurde und beschwichtigte: so haben wirs ja auch wieder nicht gemeint! So wird heute die SPD-Führung abermals und zwar w i d e r b e s s e r e s W i s s e n zum Helfer des Kanzlers, zum Steigbügelhalter seiner Politik. Gerade in dem Augenblick, wo die Emanzipation von den lebensgefährlichen Wunschvorstellungen der bisherigen Bonner Politik die Schicksalsfrage Deutschlands ist, drückt die SPD-Führung sich abermals an dieser Notwendigkeit vorbei und setzt statt dessen alle ihre Kraft ein, die zahlreichen Sozialdemokraten mundtot zu machen, die heute den M u t haben, diese im Augenblick vielleicht noch unpopulären Konsequenzen zu ziehen und die SPD auf ihre Aufgaben von morgen vorzubereiten.

A u f d e m B o d e n d e r T a t s a c h e n

Der sowjetische Friedensvertrag führt allzulange gehegte Illusionen von Regierung u n d Opposition in Bonn ebenso ad absurdum, wie es schon die Berlin-Erklärung vom 27. November getan hat. Insofern ist er tatsächlich ‚brutal'. Aber die heutige weltpolitische und nationalpolitische Situation erlauben es uns nicht mehr, solchen Illusionen nachzuweinen und die Rolle der ‚Empörten' zu spielen. Sie zwingen uns, diesen Vorschlag gründlich zu prüfen, freimütig und kritisch zu diskutieren, und mit einem konstruktiven Gegenvorschlag zu beantworten. Die Alternative lautet gar nicht, wie Bonn behauptet: ‚Annahme oder Ablehnung', sondern sie lautet für die Bundesrepublik ebenso wie für den übrigen Westen: Verhandeln oder Weiterrüsten! Sie lautet: Wiedervereinigung oder endgültige Spaltung!

Die hyper-patriotische Entrüstung all derer, die heute nichts anderes zu tun wissen, als emphatisch ‚Nein' zu rufen, geht an der Wirklichkeit vorbei. Sie wäre weit überzeugender, wenn sie wenigstens auf irgendeiner eigenen, heute aussichtsreichen Konzeption beruhen würde. Es wird etwa empört gefragt: „Was b i e t e t dieser Vertrag uns denn?" Wird diese Frage besonnen gestellt und mit einer Prüfung des Vertragsentwurfes selbst verbunden, so ist sie nur legitim, ja man wird sie gar nicht umgehen können. Denen aber, die sie nur im Tone der Entrüstung stellen, wird man heute zunächst einmal mit einer sehr ernsten Gegenfrage antworten müssen: W a s e r w a r t e n w i r d e n n e i g e n t l i c h? Was erwarten wir von einem Friedensvertrag, der in erster Linie ein Ergebnis und eine Liquidation des H i t l e r - K r i e g e s gegen nahezu alle Völker Europas, vor allem gegen die Völker Ost-Europas bedeutet? Und der außerdem unter den Kalten Krieg in Mitteleuropa einen Schlußstrich setzen soll, den zwar die Bundesrepublik nicht begonnen, in dem sie aber sehr bald willentlich eine aktive Rolle

gespielt hat. Die Sowjetunion hat es nicht vergessen, daß die entschiedensten Wortführer des militärpolitischen Antikommunismus innerhalb der Nato in Bonn sitzen. Über diese Zusammenhänge wird man sich in der Bundesrepublik endlich Rechenschaft geben müssen. Der Vertragsentwurf (denn um einen solchen handelt es sich vorläufig, weshalb auch etwa der Vergleich mit dem von den Siegermächten gemeinsam abgeschlossenen Vertrag von Versailles von vornherein ganz unsinnig ist, von anderen Faktoren ganz abgesehen) mag ‚hart' sein: aber es ist unerfindlich, wie man mit einem eigenen ‚harten Nein' zu einem günstigeren Ergebnis kommen will! Vollends mit einem moralischen Auftrumpfen ist heute der deutschen Sache ein denkbar schlechter Dienst getan. Je sachlicher die deutsche Seite auftritt, desto besser ist ihre Verhandlungsposition. Niemand verlangt eine moralische oder politische Selbstaufgabe von uns.

Die notwendige Prüfung und Diskussion dieses Vertragsentwurfes wird sich an die von uns bereits betonte Unterscheidung der primären grundsätzlichen Tendenzen und der einzelnen Punkte des vorgelegten Textes halten müssen. Es darf, ohne einer solchen Diskussion vorzugreifen, heute schon gesagt werden, daß eine Modifizierung der sowjetischen Haltung in den G r u n d s a t z fragen sehr unwahrscheinlich, eine Revision zahlreicher einzelner P u n k t e aber durchaus möglich, ja wahrscheinlich ist, wenn die deutsche Seite endlich einsieht, daß eine absolute Unnachgiebigkeit in diesen Grundsatzfragen ihre Verhandlungsposition nahezu hoffnungslos macht. Diese Grundsatzfragen sind offensichtlich: 1. Die W i e d e r v e r e i n i g u n g ist nur e t a p p e n w e i s e möglich, auf dem Wege über Vereinbarungen mit der Regierung der DDR. 2. Beide deutsche Staaten müssen aus den beiden Militärblöcken ausgeklammert werden. 3. Die Frage der endgültigen Ost-Grenze. Hinsichtlich des Problems der Wiedervereinigung entspricht der Friedensvertragsentwurf der seit langem von der sowjetischen Regierung eingenommenen Haltung, die nicht zuletzt auch psychologische und Prestige-Gründe hat. Man darf sogar sagen: die Sowjetunion k a n n heute selbst gar nichts mehr von der Realität der DDR abstrahieren, selbst wenn sie es wollte. Darum ist das westdeutsche Liquidations-Postulat (Freie Wahlen) ein für allemal ein politischer Anachronismus. Die im November an dieser Stelle behandelte außenpolitische Konsolidierung der DDR hat gerade in den letzten Wochen weitere schnelle Fortschritte gemacht, wie die Reise von Ministerpräsident G r o t e w o h l nach Kairo, Bagdad und Neu-Delhi zeigt. Bereits am 19. Dezember mußte sogar der der Bonner Regierung nahestehende Rheinische Merkur mitteilen, die indische Regierung ziehe langsam eine Anerkennung der DDR in Erwägung und bereite die westdeutsche Öffentlichkeit allmählich auf diesen Schritt vor. Die DDR ist aber nicht allein im Nahen Osten und in Asien ganz außerordentlich aktiv, und mit Erfolg aktiv; sie hat auch bereits ihre Beziehungen zu den jungen afrikanischen Staaten erweitert und neue Beziehungen aufgenommen. Bereits in der ersten Dezemberhälfte hat eine Delegation der DDR einen Handelsvertrag und ein Kulturabkommen mit der Republik Guinea geschlossen und sich mit dieser über die Errichtung einer Handelsvertretung auf Regierungsebene geeinigt. Angesichts dieser sich ständig ausdehnenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte der DDR ist die Frage ihrer formellen ‚diplomatischen' Anerkennung bereits mehr oder weniger sekundär geworden. — Die militärpolitische Neutralisierung der beiden deutschen Staaten ist für die Sowjetunion, wie wiederholt dargelegt, ein Kernproblem, das auf ihr Sicherheitsbedürfnis zurückgeht. Ohne eine grundsätzliche Anerkennung dieses Sicherheitsbedürfnisses wird ein Ausgleich mit ihr niemals möglich sein. Es erscheint im übrigen durchaus möglich und müßte gerade von westdeutscher Seite versucht werden, diese militärpolitische Neutralisierung beider deutscher Staaten mit einem D i s e n g a g e m e n t in Mitteleuropa zu

verbinden. Damit würde dann auch dem deutschen Sicherheitsbedürfnis Rechnung getragen. Eine solche Regelung aber würde zweifellos der allgemeinen Entspannung in Europa dienen und damit Voraussetzungen für ein befriedigendes Verhältnis auch der beiden deutschen Staaten schaffen. Sowohl in der Frage der DDR wie in dieser Sicherheitsfrage ist irgendein Nachgeben der Sowjetunion kaum zu erwarten. Und es gibt genug Mittel und Wege, eine Konzessionsbereitschaft der deutschen Seite in dieser Hinsicht weitgehend risikolos zu machen. — Bitter für die Deutschen ist das Problem der Grenzen. Es ist an dieser Stelle wiederholt für einen nationalpolitischen Realismus plädiert worden, der anerkennt, daß die heutige Grenzregelung ein Ergebnis des Hitlerkrieges gegen Osteuropa ist und eine Revision dieser Grenzen heute nur neue Unruhe heraufbeschwören kann. Es ist im übrigen unerfindlich, wie man die Sowjetunion zu einer solchen Revision veranlassen will, die ihr Verhältnis zu Polen neuen schweren Belastungen aussetzen würde. Es wird notwendig sein, an dieser Stelle in nächster Zeit noch einmal dieses sehr schwierige Problem eingehend zu behandeln. Heute sei zunächst nur gesagt: eine Konzessionsbereitschaft der deutschen Seite in dieser Frage dürfte unvermeidlich sein; eine solche Anerkennung der Tatsachen im Interesse des Friedens darf die deutsche Seite aber nicht hindern, in Einzelfragen nach Kompromissen zu streben. Man wird hoffen müssen, daß die Sowjetunion und Polen einen unmißverständlichen westdeutschen Verzicht auf jede Art von Revanchismus und Revisionismus aus Gründen der politischen Vernunft zu würdigen wissen und unter solchen Umständen bereit sind, auch ihrerseits auf dem Boden der Tatsachen Zugeständnisse zu machen. Wir denken etwa an die Möglichkeit einer Rückwanderung früherer Bewohner Schlesiens und Pommerns in diese Gebiete unter Voraussetzungen, die sowohl Deutschland und Polen akzeptieren können.

Die Frage wird akut werden, ob die Bundesrepublik es sich heute noch leisten kann, eine Friedensvertrags-Konferenz oder auch nur vorbereitende Gespräche an ihrer Unnachgiebigkeit in diesen Grundsatzfragen scheitern zu lassen. Je eindeutiger Bonn endlich zu erkennen gibt, daß es zu Verhandlungen und auch zu einer Verständigung bereit ist und seinen irrealen Maximalforderungen absagt, desto aussichtsreicher werden solche Gespräche — ohne daß Anlaß zu irgendwelchen Illusionen hinsichtlich der Grundsatzfragen gegeben ist. Die Zweiteilung Deutschlands als Faktum ist der Ausgangspunkt, nicht das Ziel dieses Entwurfes. Er bietet die Möglichkeiten einer relativen Wiedervereinigung durch Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten, und er gestattet, diese Vereinbarungen mit dem Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems zu verbinden. Das mag weniger sein, als man in Bonn noch immer erwartet haben mag, aber es ist nicht ‚nichts'. Und es muß nochmals die Frage gestellt werden, ob nicht allein auf dieser Basis überhaupt die Voraussetzungen für eine Beendigung des Kalten Krieges in Europa und damit auch für weitere Etappen der Wiedervereinigung geschaffen werden können. — Mit all dem wird hier weder die gründliche Erörterung des sowjetischen Entwurfes vorweggenommen noch für dessen uneingeschränkte Annahme plädiert. Wohl aber für eine sehr nüchterne, unvoreingenommene Diskussion, die sich stets auf dem Boden der Tatsachen hält und sich der Frage nicht verschließt: Was ist denn im Prinzip anderes denkbar?

Freilich wird es notwendig sein, in Gesprächen mit der Sowjetunion einige Punkte sehr genau zu klären, deren Formulierung bisher für die deutsche Seite noch nicht befriedigend, weil nicht eindeutig genug ist. Das betrifft in erster Linie den Paragraphen 20, der das Verbot aller ‚militaristischen' Parteien verlangt, ohne eine unmißverständliche Definition dieses Begriffes zu geben. Es wird unbedingt

notwendig sein, dem sowjetischen Sicherheitsinteresse durch eine eindeutige Friedenspolitik in der Bundesrepublik gerecht zu werden, wie es nur im deutschen Interesse selber ist. Doch darf eine solche Bereitschaft selbstverständlich nicht die Handhabe für willkürliche Eingriffe einer fremden Macht in die deutsche Innenpolitik bieten. So wird über diesen Punkt sehr konkret verhandelt werden müssen. Wir wiederholen aber auch, was vierzehn Jahre nach dem Ende des furchtbaren Hitlerkrieges für alle Deutschen selbstverständlich sein sollte: eine konsequente Ausschaltung jedes Militarismus und Revanchismus, hinter welchen Ideologien er sich auch verstecken mag, durch uns selbst, ist so gut ein Gebot der politischen Vernunft wie der nationalen Selbstachtung. Daß der sowjetische Vertragsentwurf eine ‚kommunistische Eroberung Westdeutschlands' vorbereite oder auch nur die Möglichkeiten zu einer solchen gebe, erweist sich bei einer sachlichen Prüfung des Textes und einer Berücksichtigung der sich immer klarer abzeichnenden Tendenz der Sowjetunion, den Kalten Krieg möglichst undramatisch zu beenden, als ein propagandistisches Greuelmärchen. Die deutsche Seite hat im übrigen auch in dieser Hinsicht genug Möglichkeiten, die Sowjetunion zu konsultieren und eine noch genauere Fixierung des Vertrages vorzuschlagen, der ja bereits den Verzicht beider deutscher Staaten (also auch der DDR) auf Gewaltanwendung bei einer Wiedervereinigung vorsieht. — Ebenfalls noch unklar und möglicherweise sehr gravierend ist der Paragraph 39, der die Außenhandelsbeziehungen der beiden deutschen Staaten betrifft und ihnen schwerwiegende Bindungen auferlegen zu wollen scheint. Er bedarf der Präzisierung, da seine Tragweite vorläufig noch nicht voll zu übersehen ist. Ungünstigenfalls aber wird die deutsche Seite an diesem Punkt unmißverständlich auf das gesamtdeutsche wirtschaftliche Lebensinteresse hinweisen müssen. Es erscheint unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion sich solchen Vorstellungen verschließen wird, sofern ihrem Interesse in den Grundsatzfragen Rechnung getragen wird — ein Interesse, das, wir betonen es noch einmal, durchaus nicht unvereinbar mit dem entsprechenden deutschen und westlichen ist. Die eigene wirtschaftliche Situation und die Aussicht auf eine Ausdehnung der Handelsbeziehungen zu den USA würden Moskau ein Nachgeben, also eine Modifizierung dieses Paragraphen zumindest erlauben, zumal es selbst seinen Wunsch nach einem auch wirtschaftlich gesunden Deutschland betont! — Schließlich das bereits im Dezember ausführlich behandelte Berlin-Problem. Die Sowjets sind offensichtlich nach wie vor fest entschlossen, an der von ihnen angekündigten Regelung nach dem Ablauf der Sechs-Monate-Frist festzuhalten. Dieser Konzeption entspricht denn auch Paragraph 25 des Friedensvertragsentwurfes. Es darf aber in diesem Zusammenhang auch auf einen wichtigen Passus der Note hingewiesen werden, die die sowjetische Regierung gleichzeitig mit dem Friedensvertragsentwurf der amerikanischen Regierung übergeben hat, als Antwort auf deren Note vom 31. Dezember: „Es versteht sich von selbst, daß nach Ansicht der sowjetischen Regierung ihr Vorschlag für eine freie Stadt Westberlin in keiner Weise irgendwelche Zusätze oder Ergänzungen ausschließt." Es sollte möglich sein, in Gespräche über solche Zusätze endlich einzutreten, die den vorgeschlagenen neuen Status Westberlins in befriedigender Form garantieren.

Das Notwendige und das Mögliche

So wird man in dieser Situation auf die Frage: „Was bietet Moskau?" zunächst einmal mit der Antwort auf eine andere Frage reagieren müssen: „Was bietet Moskau nicht?" Es bietet nicht (und wir haben gesagt, warum): die Wiedervereinigung — nach dem Bonner Rezept. Und es bietet auch nicht: die Revision der deutschen Ostgrenzen nach den Hoffnungen eines großen Teiles des deutschen Volkes,

der jahrelang von einer unverantwortlichen Regierungspropaganda über den Ernst der Lage hinweggetäuscht worden ist und sich leider hat hinwegtäuschen lassen. Der sowjetische Vorschlag in der heutigen Form ist zunächst einmal als Diskussionsgrundlage und als Hinweis auf die erwähnten primären Tendenzen der heutigen sowjetischen Deutschlandpolitik anzusehen. Er schließt weder die Wiedervereinigung noch die Sicherheit Deutschlands aus, sondern er weist lediglich andere, für die Westdeutschen noch immer neue W e g e zu diesen Z i e l e n. Erst auf dem Verhandlungswege wird sich eine Einigung darüber erzielen lassen, aber der sowjetische Entwurf macht bereits deutlich, was von der Sowjetunion zu erwarten ist und was nicht. Die Bundesregierung ist zu Verhandlungen weder bereit noch auf sie vorbereitet. Um so wichtiger ist jetzt die freimütige Diskussion in der Bundesrepublik. Es zeigt sich, daß die beiden großen Parteien noch immer nicht den M u t haben, dem deutschen Volke endlich die Wahrheit zu sagen: und sie tun es nur darum nicht, weil sie damit ihr eigenes Scheitern eingestehen würden. Das erste, was heute not tut, ist dieser Mut zur Wahrheit, und mag es zunächst auch ein Mut zur Unpopularität sein! Die kollektive politische Willensbildung, ohne welche die deutsche Nation heute weniger denn je existieren kann, bedarf, gerade in diesem Augenblick des schmählichen Versagens der großen Parteien, der freien Urteilsbildung und der entschlossenen Zusammenarbeit aller Einsichtigen. Die Deutschen erwachen heute in die Wirklichkeit. Da man sie allzulange in Wunschträumen hat dahindämmern lassen, ist es ein bitteres Erwachen. Es kann frei machen. Aber es steht auch zu befürchten, daß diese Bitterkeit in eine grenzenlose Enttäuschung umschlägt, die sich bei einer aktiven Minderheit dann in einem neuen nationalen Radikalismus Luft machen und ganz Europa in eine furchtbare Katastrophe führen könnte. Wer aus rein parteipolitischen Opportunismus den heute lebensnotwendigen Besinnungs- und Aufklärungs-Prozeß weiterhin hemmt oder gar diffamiert, bereitet faktisch einem solchen neuen nationalistischen Fanatismus der Enttäuschten, weil Getäuschten den Weg!

Es gibt heute nur noch zweierlei: entweder Entspannung und r e l a t i v e W i e d e r v e r e i n i g u n g, durch Verhandlungen mit den Westmächten, der Sowjetunion und der DDR — o d e r aber Atomrüstung, Fortsetzung des Kalten Krieges, sogar gegen den Willen der USA, und damit das Ende aller Sicherheit und die a b s o l u t e S p a l t u n g Deutschlands. Einen dritten ‚mittleren' Weg gibt es Anfang 1959 nicht mehr. Es ist zu hoffen, daß die Deutschen sich illusionslos und besonnen auf diese Wirklichkeit einstellen und ihre Wahl treffen. Die fadenscheinige „Einigkeit" der Parteien in Bonn ist, wo sie wirklich existiert, nur noch eine — Kameraderie der Gescheiterten. Das Gebot der Stunde heißt: E i n i g k e i t i n d e r V e r n u n f t. In wessen Namen spricht heute Bonn sein ‚hartes Nein — keine Gegenvorschläge'? Die Antwort ist Sache jedes einzelnen Bürgers der Bundesrepublik. Neue und schwere Probleme, neue Aufgaben, aber auch heilsame neue Möglichkeiten unserer nationalen Existenz zwischen Ost und West kündigen sich an. Sie verlangen von uns die Aktivierung aller geistigen und moralischen Reserven. Wir können ihnen nicht länger ausweichen, aber wir haben auch keinen Grund, sie zu fürchten, wenn wir zu jener Einigkeit der Vernunft bereit sind. Die Frage aber wird von nun an nicht mehr verstummen: ob die Regierung Konrad Adenauers, des Kanzlers des Kalten Krieges, all diesen neuen Problemen überhaupt gewachsen ist, und ob die Deutschen ihr Schicksal auch heute noch den Bonner Atomwaffenpolitikern anvertrauen wollen. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren, wenn die Z u k u n f t gewonnen werden soll.

Hermann Schwann

Eine Minute vor Zwölf!

Die mehr als verworrene Situation in der Welt erfordert, daß man den verschiedensten Vorstellungen Raum gibt, um dem Suchenden die Möglichkeit einer umfassenden Unterrichtung zu bieten und um der immer deutlicher zu Tage tretenden Ratlosigkeit in Bonn zur Verfügung zu stehen. Wir haben deshalb den früheren Bundestagsabgeordneten Hermann Schwann, dem anläßlich seines 60. Geburtstages eine Zeitung von der Bedeutung der „Welt" bescheinigt, daß er „zum Fachmann für Außenpolitik" wurde, gebeten, und seine Meinung über die Lage mitzuteilen. D. Red.

Als die Regierung der UdSSR die Welt mit ihrem Entwurf eines Friedensvertrages für Deutschland überraschte, begann das Rätselraten um die wahren Gründe und Hintergründe dieser Aktion oder richtiger Reaktion, um die Frage des Warum, warum im jetzigen Augenblick und warum so und nicht anders. Die einen glaubten, daß es den Sowjets darauf ankäme, abzutasten wie stark die Einheitsfront des Westens sei, andere vermuteten, daß durch eine harte Sprache in der Außenpolitik über innenpolitische Spannungen und Schwierigkeiten in der UdSSR hinweggetäuscht werden solle. Eine dritte Meinung ging dahin, daß man das ultimative Vorpreschen in der Berlinfrage, das in der Welt eine unerwartete Verurteilung erfahren habe, etwas abmildern mußte. Seltener schon war die Auffassung, daß man Berlin, das „Loch im Westen", zumachen müsse, weil der Flüchtlingsstrom vor allem in der berufsmäßigen Zusammensetzung der jetzigen Flüchtlinge anfange, an die Substanz zu gehen. Eine weitere Meinung ging dahin, daß die Sowjets das Zustandekommen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Freihandelszone in Westeuropa torpedieren möchten. Alle Überlegungen dieser Art zusammengenommen sind vielleicht eine Teilerklärung für das sowjetische Vorgehen, aber nicht die entscheidende. Die Regierung in Moskau erkennt sicher klarer als die Beteiligten z. B. die Unmöglichkeit, die widerstrebenden, überindividualistischen Völker des Westens in einer Gemeinschaft unter einem Hut zu halten. Sie weiß außerdem, die wirtschaftliche Potenz eines zusammengefaßten Kleineuropa, die für den Weltmarkt kaum größer wird als die Summe der Einzelwirtschaften, vielleicht sogar kleiner, infolge der aus der Zusammenfassung notwendigen vermehrten Bürokratie, richtig einzuschätzen.

Auf die ganz einfache Begründung, daß die Sowjets endlich Ruhe und Frieden an ihrer offenen, für sie politisch und wirtschaftlich weniger interessanten europäischen Grenze haben wollen und müssen, kamen die wenigsten. Man weiß nicht oder will nicht wissen, daß den Sowjets sehr daran liegt, sich mit freiem Rücken in Europa und von hier ungestört den viel wichtigeren und bedeutungsvolleren, aber auch risikoreicheren Fragen in Asien und Afrika zuwenden zu können. Es wäre völlig falsch, dieses sowjetische Ruhe- und Sicherheitsbedürfnis in Europa als Zeichen der Schwäche zu werten. Das mag die Ursache für frühere sowjetische, freundlichere Vorschläge etwa im Jahre 1947 oder 1952 oder 1954 gewesen sein. Dieses Gefühl der Schwäche, vor allem der militärischen Unterlegenheit, ist nach dem Gleichziehen auf dem Gebiet der Kernwaffen, bei der erdrückenden Überlegenheit in konventionellen Waffen und bei dem Vorsprung in der Fernraketentechnik absolut auszuschalten.

Die Sowjets wollen zurück zu der Systematik des Weltrevolutionärs Lenin, der in seinem Kalender die Durchdringung Asiens nach der Gewinnung Chinas, dann Afrikas, Südamerikas und Nordamerikas in dieser Reihenfolge festlegte und Mittel- und Westeuropa als letzte von Afrika aus über Italien, Spanien und

Frankreich zu erobernde Station ins Auge faßte. Sie müssen sich an diese empfohlene Reihenfolge halten, weil Lenin bei der Konstruktion seiner Vorstellungen offenbar nicht ausreichend einkalkuliert hatte, daß die ideologisch gewonnenen Völker, vor allem China, andere kommunistische Vorstellungen entwickeln, von der Lehre abweichen und eigene Wege gehen könnten. Damit wäre das Gelingen der Weltrevolution schon stark gefährdet. Außerdem hat die Erfahrung gelehrt, daß die europäischen Staaten mit ihrem organisch gewachsenen und historisch bedingten Individualismus nur sehr schwer für eine starre Einheitsdogmatik zu gewinnen sind. Wenn sie in Europa Einfluß mit ihrer Ideologie gewinnen wollen, dann müßten sie, bei sich selbst beginnend, „liberalisieren", um ihre westlichen Freunde, wie Polen und Ungarn, die Tschechoslowakei, innerlich überzeugt bei der Stange zu halten und um Jugoslawien zurückzugewinnen. Dabei laufen sie dann erst recht Gefahr, Asien zu verlieren; denn der dortige Status verträgt diese Liberalisierung auf gar keinen Fall. Die Bonner Stärkepolitiker sollten aus dieser Feststellung nicht etwa den Beweis für die Richtigkeit ihrer Alles- oder Nichts-Politik ableiten. Die Spekulation auf einen Zerfall des Ostblockes kann ebenso wenig eine Maxime für den einzuschlagenden politischen Weg sein wie die immer wieder vorgetragene Hoffnung auf soziale Spannungen und Schwierigkeiten innerhalb der UdSSR selbst. Wer auf derartige Entwicklungen spekuliert, ist kein Politiker, sondern nur Spekulant.

Diese Betrachtungen haben lediglich den Zweck, zu zeigen, warum eine auf weite Sicht planende Regierung in Moskau mit allen Mitteln danach strebt, ja streben muß, die Befriedigung in Europa so oder so zu erreichen. Aufgabe der Politik in Bonn muß sein, bei dem So oder So die Bundesrepublik nicht unter das Fußvolk geraten zu lassen.

Unabhängig davon, ob die jetzigen Machthaber im Kreml noch so glühende Anhänger des Weltrevolutionsgedankens sind, wie die Gründer der UdSSR oder nicht, in jedem Falle sind die riesigen Räume und fruchtbaren Völker in Asien und Afrika für die Sowjetunion sehr viel interessanter und entscheidender als das alte, übervölkerte und aussterbende Europa. Schon in wenigen Jahrzehnten wird sich das Schwergewicht der Zahl, und nicht nur der Zahl, so verschoben haben, daß die weiße Rasse, zu der auch die Slawen zählen, an Bedeutung erheblich verliert. Die Sowjets haben als erste begriffen, daß es sich für sie und für ihre Zukunft sehr lohnt, sich der Entwicklungsländer mit ganzer Kraft und ungehemmter Aktivität anzunehmen. Hier und nur hier liegt, von allem Ideologischen einmal abgesehen, die Chance für die Zukunft. Sie wissen auch, daß sie es hier leichter haben, mit den früheren Zwingherren, den auf brutale Ausbeutung und mühelosen Gewinn eingestellten Kolonialmächten, zu konkurrieren. Der in vierzig Jahren vollzogene Aufstieg zu einer Weltmacht erster Ordnung ist ein großartiges Werbemoment für die kommunistische Idee; denn der gegen alle Widerstände von außen errungene Lebensstandard in der UdSSR ist vom Standpunkt der Entwicklungsländer und von ihrem bisherigen Niveau aus gesehen paradiesisch. Die Methoden des Aufstiegs sind zwar brutal und grausam, aber man kann darüber durchaus verschiedener Meinung sein, ob es humaner ist, viele Millionen von Menschen hungern, verhungern und verelenden zu lassen, oder ihnen mit Gewalt einen besseren Lebensstandard zu schaffen. China schickt sich jedenfalls an, diesem Beispiel folgend, in sehr viel kürzerer Zeit als die Sowjets die gleiche Position zu erkämpfen oder sogar noch darüber hinaus zu wachsen.

Der Westen hat es demgegenüber ungleich viel schwerer; jeder Werbung für seine Ideologie und für seine guten Absichten tritt das harte und in seiner Absolutheit sicher manchmal ungerechte Argument entgegen: Warum habt ihr das, was ihr heute versprecht, nicht in die Tat umgesetzt, als ihr allein die Macht hattet?

Die Riesenzahl von Analphabeten als billigste Arbeitskräfte, die primitive Lebenshaltung, die jeder Beschreibung spottenden hygienischen Verhältnisse bei Beginn der „Befreiung", die geringe Zahl vielfach gekaufter, im Wohlleben prassender einheimischer Kollaborateure im Gegensatz zu der großen Masse der Hungernden klagt ihn und seine von ihm meist unter der Flagge des Christentums verbreitete Ideologie an. Die Glaubwürdigkeit der Werbung des Westens für seine Gesellschaftsordnung wird weiter untergraben durch die von ihm heute angewandten Methoden der militärischen Interventionen, etwa in Ägypten, in Libanon oder Jordanien, durch die Brutalität, mit der der Versuch gemacht wird, sich gegen das Freiheitsstreben, gegen eine unaufhaltsame Entwicklung zu stemmen. Der „schmutzige" Krieg in Nordafrika gefährdet nicht nur das französische Ansehen in der Welt, sondern in gleichem Umfang das seiner Verbündeten und der weißen Rasse. Auch die Pläne des Wirtschaftsministers Erhard nach seiner kostspieligen Ostasienreise, die er in die Vorstellung zusammenfaßte, das „freiheitliche" Indien gegen das „kommunistische" China als Musterbeispiel und als Visitenkarte des Westens in Asien und Afrika entwickeln zu wollen, erwecken in höchstem Grade das Mißtrauen dem Westen gegenüber und gerade derjenigen, denen man helfen will. Die Völker Asiens wissen um die Kräfte, die in China mobilisiert werden, sie wollen nicht ein drittes Mal für fremde Interessen auf die Schlachtbank geführt werden. Sie sehen die Leistungen des Kommunismus in China mit Bewunderung. Sie haben die richtige Vorstellung, daß China eine Weltmacht sein wird, lange bevor sich der sogenannte Westen über die Methoden und Verfahren, die in Indien zur Anwendung kommen sollen, in zahlreichen Konferenzen und langjährigen Beratungen geeinigt haben wird. Nicht zuletzt haben sie nicht unberechtigte Zweifel, ob die Entwicklung eines Landes nach jahrzehntelanger Unterdrückung und Vernachlässigung durch „freiheitliche" Methoden überhaupt möglich ist.

Hier also in Asien und in Afrika wollen die Sowjets mit allen Kräften antreten, und deshalb erstreben sie mit allen Mitteln Ruhe und Ordnung in Europa und die Ausschaltung jeder Bedrohung von dieser Seite her. Es gab eine Zeit, unmittelbar vor dem Budapester Blutbad, da sie um dieses Friedens und um der Sicherheit willen sogar angeboten haben, ganze Gebiete in Osteuropa, die unter ihrem Einfluß standen, darunter auch Ungarn, zu räumen, vielleicht oder möglicherweise in dem Gedanken an eine spätere Rückkehr, wenn die Dinge in Asien und Afrika ihren Wünschen entsprechend laufen. Auch dieses Angebot entstammte nicht irgendeiner Angst, sondern kühler und nüchterner Abwägung der Vorteile. Die Chancen auch dieser Zeit hat der Westen, an der Spitze Bonn, verpaßt, weil es die Friedensabsichten der Sowjets völlig falsch als Schwäche auslegte. Die Gefährdung dieser Sicherheit sah man in Moskau zunächst in der atlantischen Stützpunktpolitik der USA und in dem mit riesigem Aufwand geschaffenen Paktsystem zur Einkreisung der Sowjets. Die Feststellung Churchills, des Sprechers westlicher Mentalität, „wir haben das falsche Schwein geschlachtet", unterstrich die sowjetische Sorge, ebenso wie sie durch Kraftäußerungen aus der Bundesrepublik, z. B. des Verteidigungsministers Strauß, „wir werden im Kriegsfall die Sowjets ausradieren", keinesfalls beruhigt, wenn auch nicht geängstigt wurden. Alle Beteuerungen, daß diese Stützpunktpolitik nur rein defensiven Charakter trage, wurden tausendfach unglaubwürdig durch die bei ihrer Errichtung laut hinausgetönte Begleitmusik wie „Todfeinde", „der Westen wird von Gentlemen, der Osten von Banditen regiert", durch die vom Westen, insbesondere von Dulles und Adenauer betriebene Politik des „Hart am Rande des Abgrundes" und durch die auf Grund dieser Methode zweifellos so empfundene und aufgefaßte Absicht eines Kreuzzuges. Die Spuren schrecken! Zweimal hat die

Einkreisungspolitik — vom Westen eingeleitet — zur Vernichtung des Eingekreisten geführt. Die als defensiv deklarierten, aber als offensiv, die eigene Sicherheit gefährlich bedrohend empfundenen Stützpunkte müssen fallen. Diesem Ziel galt und gilt die sowjetische Politik. Zu seiner Erreichung war man bereit, einen sehr hohen Preis zu zahlen. Man muß einmal die vom Kanzler der Bundesrepublik als „belanglos" vom Tisch gefegte sowjetische Note vom 10. März 1952 und den beigefügten Grundriß für einen Friedensvertrag mit Deutschland durchlesen — kein Zweifel! Alle Westmächte, mit Ausnahme vielleicht der Bonner Regierung, würden sie heute mit Handkuß als Grundlage von Verhandlungen akzeptieren. Warum ist der Preis bei einem Vergleich mit dem jetzt vorliegenden Friedensvertrag so sehr viel niedriger? Der Gründe gibt es sicher eine Reihe. Es mag sein, daß auch einige emotionale Gründe hineinspielen nach der geradezu unvorstellbar arroganten, dummen und ungezogenen Behandlung, die Sowjetdiplomaten, der Kreml und das in der UdSSR herrschende System durch die Bonner Regierungsprominenz erfahren haben. Auch das ewige Nein des Westens, insbesondere aus Bonn, ohne selbst für beide Seiten diskutable und interessante Gegenvorschläge zu machen, mag zur Verschärfung der Bedingungen beigetragen haben. Bei dem sehr nüchternen und realen Sinn und bei der Zielstrebigkeit der ihrerseits auch keineswegs zimperlichen Verantwortlichen im Kreml — die Russen sind nicht umsonst die besten Schachspieler — sind diese gefühlsbetonten Überlegungen aber wahrscheinlich nur zweitrangig und nicht der entscheidende Grund für die Verschlechterung der Bedingungen. Die Sowjets brauchen für ihre großen zukunftsträchtigen Pläne Frieden. Sie können, ohne sich selbst und vor allem die Durchführung ihrer Asien- und Afrikapläne zu gefährden, unter gar keinen Umständen einen Krieg gebrauchen. Da sie den europäischen Frieden in Verhandlungen mit dem in der Rußlandpolitik von Bonn gesteuerten Westen nicht erreichen konnten, sind sie dazu übergegangen, erstens die Politik des Hart-am-Rande-des-Abgrundes, wie sie vom Westen bisher betrieben wurde, zu kopieren. Darüber hinaus machen sie zweitens den durchaus nicht aussichtslosen Versuch, die Unterhaltung von der bisher unfruchtbaren Ebene der vier Siegermächte zu verlagern, entweder auf die höchste Ebene des direkten Gespräches zwischen Moskau und Washington oder auf die Ebene aller am Krieg gegen Deutschland beteiligten Staaten.

Die bisher für die UdSSR dem Westen gegenüber ungewöhnliche Nachahmung der Politik der Stärke glauben sich die Kremelgewaltigen leisten zu können, vor allem aus dem Wissen um ihre derzeitige militärisch technische Überlegenheit. Sie stoßen dabei hinein in militär-strategische Überlegungen, insbesondere in Washington und im Pentagon. Man ist dort von den Vorstellungen einer „massiven Vergeltung" im Falle eines Angriffes auf einen Stützpunkt, etwa die Bundesrepublik, seit längerer Zeit bereits ausgewichen in die von dem militärischen Berater der US-Regierung und dem Cheftheoretiker der amerikanischen Militärstrategie, K i s s i n g e r , entwickelte These vom „begrenzten" Krieg. Dazu plante man, die Stützpunkte der USA so modern auszurüsten, daß sie gegebenenfalls überhaupt, zumindest aber im Anfangsstadium, einen etwaigen Angriff allein zurückzuweisen in der Lage wären. Eine derartige von Washington inspirierte, von dem Verteidigungsminister Strauß offenbar angestrebte modernste Aufrüstung z. B. des Stützpunktes Bundesrepublik erhöht zwar die Sicherheit des amerikanischen Kontinentes, sie bedeutet aber gleichzeitig eine unangenehme Störung der Sicherheit der Sowjetunion. Die USA haben inzwischen festgestellt, daß die UdSSR einer so weitgehenden Aufrüstung nicht tatenlos zusehen würde. Hinzukommt, daß auch die eigenen westlichen Verbündeten diese betonte Aufrüstung eines einzelnen Bündnispartners mit großem Mißtrauen betrachten, zumal

sie selbst aus rein finanziellen und anderen Gründen ihre bisherigen, sehr bescheidenen Natoverpflichtungen nicht einhalten konnten. Deshalb ist man in eingeweihten Kreisen der USA bereit, die Theorie des „begrenzten" Krieges, wenn eben möglich, fallen zu lassen. Die Risiken sind zu groß, und zwar Risiken nach zwei Richtungen: einmal hinsichtlich des Ausbruches eines „begrenzten" Krieges an sich, der mit der völligen Vernichtung des Stützpunktes, also z. B. der Bundesrepublik, enden muß, aber auch hinsichtlich des aus dieser Vernichtung resultierenden amerikanischen Prestigeverlustes. Der Kurs von westlichen „Garantien" ist nach dem zweiten Weltkrieg und den hier gemachten Erfahrungen keinesfalls sehr hoch. Er würde eine nochmalige Abwertung kaum überleben. Vorsichtshalber wird dieses Mal allerdings keine Garantie des Überlebens der Stützpunkte mehr gegeben, sondern nur die Garantie eines Menschenopfers von Millionen für die Verbündeten der USA zur Sicherheit der Gemeinschaft der Verbündeten (praktisch also der amerikanischen Sicherheit).

Um dem Vorwurf des Defaitismus und einer prosowjetischen Haltung zu begegnen, scheint es notwendig, die Behauptung einer sich anbahnenden oder schon vollzogenen Schwenkung in Form von amerikanischen Zitaten zu erhärten. Im vorletzten Heft der „Foreign Affairs" liest man etwas verklausuliert: „Die Stützpunkte in den atlantischen Ländern würden nicht fähig sein, einen Angriff abzuschrecken, den sie nicht überleben können ... Sie würden unserer Abschreckungsmacht eine größere Bürde aufladen, da sie mehr denn je äußerste Risiken für den Angreifer darstellen müßten — größere Risiken, als im Anblick dieser Gefahr zu warten ... Wenn das so ist, dann würden sie einen allgemeinen Krieg eher herausfordern als abschrecken ..." Im „Foreign Policy Bulletin" wird diese Änderung des Kurses ebenfalls behandelt. Man darf natürlich nicht offen darüber sprechen, da das „zu Unannehmlichkeiten ohne Ende" führen müsse. „Daher müssen die Beamten in den vorderen Büros mit Entschiedenheit und wiederholt bestreiten, daß Alternativen erwogen werden, während die Experten in den Hinterräumen verschiedene Pläne und Vorschläge studieren."

Wer diese Änderung für Propaganda hält, wie z. B. der bundesrepublikanische Botschafter in Washington, sitzt mit Sicherheit in den „vorderen" Büros, ist also Beamter, aber kein Experte.

Die USA sind durchaus bereit zu Gesprächen und zu einem Verzicht auf den Ausbau, sogar zur teilweisen Aufgabe ihrer Stützpunkte, zumal sie die amerikanische Sicherheit nicht wie früher erhöhen, wohl aber die amerikanischen Risiken vergrößern. Wer das nicht glaubt, wird eines Tages grausam überrascht werden. Die Bonner Verantwortlichen sollten einmal die Voraussagen nachlesen, die ich für den Fall einer atomaren Aufrüstung der Bundeswehr führenden Parlamentariern der Bundesrepublik am 18. November und am 2. Dezember 1957, also v o r jener Natotagung im Dezember 1957, da der verhängnisvolle Beschluß gefaßt wurde, gemacht habe. Die erste Voraussage der Gefährdung Berlins ist eingetreten, die zweite des Zweiergespräches Moskau—Washington zeichnet sich ab, selbst wenn sich seine Verwirklichung noch einige Zeit hinzieht. Die weiteren Voraussagen, den zukünftigen Status der Bundesrepublik betreffend, werden mit absoluter Sicherheit eintreffen; das heißt, daß die Bundesrepublik trotz aller Natobeschlüsse keine Atomwaffen bekommt, daß die Bundesrepublik Glied einer „verdünnten" Zone in Europa wird und daß die Nato wie der Warschauer Pakt aufgelöst werden. Das sind die von mir im Jahre 1957 präzise gemachten politischen Voraussagen, die im übrigen jeder andere genau so hätte machen müssen, wenn er sich mit nüchternem Blick für Realitäten an die Analyse der Weltlage begeben hätte. Auf die weiteren beim Abschluß der von mir abgelehnten Pariser Verträge bereits gemachten Voraussagen und auf die ebenfalls stipulierten wirtschaftlichen

Folgen ist hier nicht einzugehen, da sie nur die logische Konsequenz einer verfehlten Politik darstellen.

Die USA sind ebenso wie die UdSSR daran interessiert, daß die Lage in Europa sich irgendwie stabilisiert; denn sie haben inzwischen gelernt, daß die bisherige Politik die angestrebten Ziele nicht erreicht hat, daß der sogenannte Kalte Krieg oder die Politik der Stärke den sowjetischen Einfluß nicht zurückgedrängt, sondern nicht unwesentlich ausgedehnt hat. Ihre eigene Wirtschaftsrezession und der Empfang des Vizepräsidenten Nixon in Südamerika hat ihnen die Augen geöffnet. Beide Staaten drängen auf Verständigung!

Demgegenüber haben die Verantwortlichen in der Bundesrepublik immer noch nicht begriffen, daß jede Grundhaltung, die den Krieg heute noch als Mittel der Politik ansieht, zumindest für Deutschland und Europa tödlich ist. Eine Bündnispolitik, zumal wenn sie nicht nachweisbar und glaubhaft ausschließlich auf dem Willen zur Verteidigung beruht, rechnet praktisch mit der Möglichkeit des Krieges. Dabei geriet der Natopakt besonders deshalb in den Verdacht, nicht rein defensive Aufgaben zu haben, weil ihr europäischer Spitzenvertreter, der bundesrepublikanische Regierungschef, gestartet war mit der von ihm selbst geprägten, von seinen Jüngern bis zum Überdruß wiederholten These: „Ein Krieg zwischen den USA und der UdSSR ist unvermeidlich und wir müssen dafür sorgen, auf der richtigen Seite dabei zu sein." So primitiv liegen die Dinge nicht oder nach der technischen Entwicklung nicht mehr. Atomwaffen sind eben nicht, wie der Bundeskanzler meint, „eine Weiterentwicklung der Artillerie", sondern kriegsausschließende Massenvernichtungsmittel. Und für Deutschland gibt es im Kriege keine richtige Seite. Für die Bundesrepublik darf es auch kein Zweifrontendenken geben, keine Aufteilung der Welt in West und Ost. In keinem Fall dürfen wir für eine der beiden Seiten Partei ergreifen. Im letzten liegt in dieser mehr als simplen Vorstellung eines unvermeidbaren Krieges die Ursache für das harte — man darf sagen unannehmbare — Friedensangebot. Die Verantwortlichen in Bonn glaubten sich der Bezahlung eines Preises für die Wiedervereinigung entziehen zu können, oder vielleicht wollten sie die Wiederherstellung der deutschen Einheit tatsächlich nicht. Der Preis war zunächst im Jahre 1947 zehn Milliarden Golddollar. Er wurde von den heutigen westlichen Verbündeten abgelehnt. Dann wurde er herabgesetzt in der sowjetischen Note vom 10. März 1952. Noch dreimal hätte man eine politische Entspannung in Europa und die Wiedervereinigung verhältnismäßig preiswert bekommen können: Im Jahre 1954 durch Verzicht auf die Bündnispolitik, 1955 durch Zustimmung zum Edenplan und im Jahre 1957 durch Verzicht auf Atomwaffen und durch Austritt aus der Nato, selbstverständlich im Einvernehmen mit unseren derzeitigen Verbündeten; der US-Präsident Eisenhower selbst hatte den cordon sanitaire und später die „verdünnte" Zone als Lösung vorgeschlagen. Der Zeitpunkt rückt unerbittlich näher, den die Sowjets ankündigten: „Die Deutschen werden den Beschluß zur Atom-Aufrüstung noch einmal bitter bereuen." Und wenn dieser Zeitpunkt da ist, haben die Verantwortlichen in Bonn nicht etwa das Recht, die US-Verbündeten oder Großbritannien als perfid oder sonstwie zu schelten. Sie mußten wissen, daß die USA amerikanische und die UdSSR sowjetische Politik und nicht deutsche Politik machen müssen. Eine Regierung, die diesen Grundsatz verläßt, würde selbst in einer Diktatur, auch in Moskau, einfach weggefegt. Eine Regierung in der Bundesrepublik, die deutsche und europäische Politik machen wollte, mußte von sich aus darauf verzichten, der militärischen, politischen Zweifrontenbildung auch die wirtschaftliche folgen zu lassen. Nicht Kleineuropa, sondern Gesamteuropa mußte das Ziel sein. Die Deutschen konnten nur eine einzige Aufgabe als die ihnen vom Schicksal zugewiesene ansehen, den zwischen West

und Ost gezogenen Graben in zäher und verbissener Arbeit zuzuschütten, zwischen These und Antithese die Synthese zu entwickeln, im eigenen wiedervereinigten Land die beiden Ideologien zu einem friedlichen Wettbewerb zu bringen. Hier und nur hier konnte der Hebel angesetzt werden. Um es konkret zu sagen: Wer deutsche und europäische Politik machen wollte, mußte die vorauszusehenden sowjetischen Forderungen, soweit sie im gesamtdeutschen Interesse lagen, vorweg lösen. Sie durfte gar nicht auf die Vorlage eines Planes von R a p a c k i warten, sie mußte von sich aus, durchaus im Einverständnis mit den Westmächten, eine für beide Mächtegruppen interessante Entspannung im mitteleuropäischen Raum versuchen, sie mußte den Gedanken des Disengagements aufgreifen, selbst in die Debatte werfen und zu realisieren versuchen. Und als der Rapacki-Plan kam, mußte sie zielbewußt danach streben, den in diesem Plan vorgesehenen Raum zu erweitern und nicht nur auf die vier vorgeschlagenen Partner zu beschränken. Das hätte im wohlverstandenen Interesse von Ost und West gelegen. So hätte ein Klima und Vertrauen auf beiden Seiten geschaffen werden können, das die Absendung des jetzt vorliegenden Friedensvertragsentwurfs verhindert hätte. Doch wozu soll man Dinge immer wieder anführen, die zur rechten Zeit von mir und von vielen anderen bis zur Erschöpfung vorgetragen wurden und die bei Regierung und Parlament auf völlig taube Ohren stießen.

Die Tatsache, daß wir uns in den letzten zehn Jahren deutscher und westlicher Politik von den proklamierten Zielen der Wiedervereinigung, der politischen Entspannung, der Abrüstung immer weiter entfernt haben, beweist doch, daß der gewählte Weg falsch war. Am Ende dieser Entwicklung wird bei Fortsetzung der bisherigen Politik die Bundesrepublik in die Rolle von Südkorea und von Formosa kommen, in die Rolle des lästigen Störenfriedes, den man nur als früheren Verbündeten eine Zeitlang deshalb am Leben läßt, um das eigene Gesicht nicht zu verlieren. Diese Aussicht wird auch durch das (abklingende) Wirtschaftswunder nicht verbessert. Erfahrungen der Vergangenheit haben nur einen Sinn, wenn man die Lehren für die Zukunft daraus ableitet.

Die Note und der Friedensvertragsvorschlag der Sowjets liegen vor. Soll man empfehlen, einen Gegenvorschlag ebenfalls mit Maximalforderungen auszuarbeiten und den Versuch zu machen, beide Vorlagen gegeneinander auszuhandeln? Soll man den bequemeren Standpunkt einnehmen, die Hände in den Schoß zu legen und abzuwarten mit der Begründung, daß für das deutsche Schicksal die vier Siegermächte verantwortlich seien? Soll man den Vorschlag als undiskutabel zurückweisen und sich auf ein hartes Nein beschränken? Keiner dieser Wege bietet eine wirkliche Chance, solange nicht der energische Wille sichtbar wird, die primitive und falsche Vorstellung der Aufteilung der Welt in Ost und West zu den Akten zu legen. Nach dem Fortgang der Entwicklung und nach der Verhärtung der Positionen genügt ein bloßes Lippenbekenntnis dazu heute allerdings nicht mehr.

Der neue Anfang müßte gesetzt werden durch die Aufgabe der Hallstein-Doktrin. Ein Land in der Lage der Bundesrepublik kann es sich ohne schwerste Schädigung der eigenen Interessen einfach nicht leisten, auf diplomatische Beziehungen zu allen Regierungen dieser Erde zu verzichten und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ländern zu verweigern, die mit der nicht ohne die Schuld des Westens entstandenen DDR Botschafter ausgetauscht haben. Der Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien war eine politische und wirtschaftliche Dummheit, und die etwaige Wiederholung einer derart törichten Handlung gegenüber Ägypten wäre sicher keine kleinere. Die grundsätzliche Abkehr von dieser falschen Doktrin kann seitens jeder Bundesregierung ohne Konsultation der Verbündeten sofort erfolgen.

Auch die zweite Maßnahme der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen Regierungen dieser Erde läßt sich aus eigener Machtvollkommenheit kurzfristig verwirklichen. Die Sonderstellung, die die Volksrepublik China durch die verfehlte und erfolglose Embargopolitik der USA, unserem Hauptverbündeten, im internationalen Verkehr noch einnimmt, zwingt vielleicht eine Regierung der Bundesrepublik zu einer gewissen Rücksichtnahme. Deshalb hatte ich im Oktober 1956 vorgeschlagen, zunächst eine ständige Wirtschaftsdelegation mit China auszutauschen; heute kann und muß eine Bundesregierung genau so weit gehen wie Großbritannien, das eine Botschaft eingerichtet und vorläufig mit einem Geschäftsträger und noch nicht mit einem Botschafter besetzt hat. Das in kürzester Zeit zu verwirklichende Ziel bleibt aber auch in diesem Fall die vollständige Normalisierung des diplomatischen Verhältnisses.

Die dritte Maßnahme einer Regierung, die deutsche und europäische Politik machen will, muß kurzfristig alle Staaten Europas, auch die DDR!, mit Ausnahme der Atommächte, zu einer Konferenz mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Atomwaffen" einladen. Das Ziel dieser Konferenz sollte darin bestehen, mit möglichst vielen Staaten Europas eine Konvention zu schaffen, die die Atomwaffenherstellung, -lagerung und -ausrüstung bei den Konventionsmächten verbietet. Die Verbündeten der Bundesrepublik können in einem derartigen Schritt keinen Verstoß gegen die geschlossenen Verträge sehen, da sie selbst bei ihrem Abschluß die ABC-Waffen für die Bundesrepublik ausgenommen hatten. Sie können an einem selbständigen Vorgehen der Bundesrepublik in dieser Frage, das der Entspannung und dem Frieden dienen wird, keinerlei Anstoß nehmen, weil sie militärische, den Frieden bedrohende Interventionen anderer Verbündeter widerspruchslos geduldet und weil sie anderweitige Vertragsverletzungen z. B. bei den vereinbarten Truppenkontingenten ebenfalls laufend hingenommen haben. Auch gegen eine spätere Einladung an alle Regierungen dieser Erde, sich dieser Atomkonvention anzuschließen, wird es keine rechtliche oder moralische Einspruchsmöglichkeit geben. Das Zustandekommen dieser Konvention wäre ein erster hoffnungsvoller Schritt in Richtung Gesamteuropa.

Der Wille, den Besitz von Atomwaffen möglichst auf die USA, die UdSSR und Großbritannien zu beschränken und selbst darauf zu verzichten, wäre ein handfester Beweis für den Friedenswillen der Deutschen. Er berechtigt durchaus zu direkten Verhandlungen mit der UdSSR und zu der konkreten Frage an sie, ob sie keine Veranlassung sähe, ihren Friedensvertragsvorschlag einmal gründlich zu überprüfen, zumal sehr wesentliche Teile ihrer Forderungen bereits eine Vorweglösung gefunden hätten. Daß die Sowjets nicht mehr den Preis zahlen werden, den sie im Frühjahr 1957 gelegentlich der Londoner Atomkonferenz zu zahlen bereit waren, muß man in Rechnung stellen. Aber der absolute Verzicht auf Atomwaffen durch eine größere Zahl europäischer Staaten bedeutet eine so einmalige und nicht so rasch wiederkehrende Gelegenheit zur vollkommenen Befriedigung des sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses in Europa, daß man ein weitgehendes Entgegenkommen der Sowjets und größeres Verständnis für die deutsche Situation erwarten kann. Der Einwand, daß die Bundesrepublik bei dem freiwilligen Verzicht auf Atomwaffen ein später einmal höher zu verwertendes Faustpfand aus der Hand geben würde, ist in keinem Fall stichhaltig.

Vor einer Tatsache aber sollten die in Bonn Verantwortlichen die Augen nicht verschließen: Selbst wenn es ihnen gelingen würde, noch einmal den Westen zu einem harten Nein zusammenzufassen, es wäre das letzte Mal. Die Folge wäre nicht nur die Vertagung der deutschen Frage um Jahrzehnte (nach Dulles um 50 oder 100 Jahre). Das Nein würde außerdem in kurzer Zeit die völlige Isolierung der Bundesrepublik bedeuten. In Zukunft würde ohne unsere Mitwirkung über

das Schicksal, über den militärischen und politischen Status beider Deutschland beschlossen, ein Disengagement geschaffen und damit an diesem neuralgischen Punkt der Weltpolitik die von West und Ost gewünschte Entspannung auf dem Rücken der Deutschen unter Beibehaltung des status quo verwirklicht.

Wenn es zu einer Konferenz kommt, sei es eine Zweier- oder Viererkonferenz, oder zu einer Konferenz der am Krieg beteiligten Mächte, oder wenn die Uno, in der wir als Nichtmitglied uns nicht selbst vertreten können, sich mit der deutschen Frage beschäftigt, werden alle Konferenzen nicht über die Verewigung des jetzigen Zustandes hinauskommen, wenn die Bundesrepublik nicht im Sinne der nur angedeuteten Vorschläge k u r z f r i s t i g a k t i v wird, wenn sie von sich aus nicht zur Schaffung des notwendigen Klimas für diese Verhandlungen energische und mutige Schritte tut.

Dr. W e r n e r G e r t h

Berlin als dritte Kraft

Die Sowjetnote über Berlin hat die Deutschlandfrage, die in der großen Politik jahrelang auf Eis lag, zum Tauen und in Fluß gebracht. Bemühten sich bisher nur einige wenige Deutsche mit heißem Herzen, der Lösung der Deutschlandfrage näher zu kommen, so scheint jetzt die Gelegenheit gekommen, deutscherseits die Initiative zu ergreifen und mit Vorschlägen, Anregungen, Gesprächen und dem Aufzeigen vieler verschiedener Wege dazu beizutragen, die Diskussion in Fluß zu halten, damit sie nicht eher gestoppt werden kann, als bis ein brauchbarer Hafen angesteuert ist.

Um im Bilde zu bleiben: Dieser Hafen kann und muß nicht sofort der große Hafen der deutschen Einheit für die Großschiffahrt sein. Wir müssen sehr bescheiden anfangen mit dem Ausbaggern gemeinsamer Berührungspunkte, Notwendigkeiten, Diskussionsgrundlagen und vielleicht auch gemeinsamer Anschauungen. Wir müssen ohne ideologische Scheuklappen an die Lösung des Problems gehen, selbst auf die Gefahr hin, daß wir von dem einen oder anderen mißverstanden werden, daß propagandistische Winkelzüge eine ehrliche Überzeugung zu mißbrauchen suchen und die Hafeneinfahrt für geraume Zeit blockieren. Die deutsche Einheit fällt uns nicht von heute auf morgen in den Schoß dank einer Viermächteerklärung. Sie muß von uns selbst im gegenseitigen Gespräch erarbeitet werden.

Dazu gehört, daß wir das Gespräch suchen. Es ist meines Erachtens sinnlos, vor der Wirklichkeit der DDR die Augen zu verschließen und zu tun, als gebe es nur eine sowjetisch besetzte Zone. Zieht man die politische Selbständigkeit der DDR in Zweifel, darf man auch der Bundesrepublik keine außenpolitische Eigenständigkeit zuerkennen, die sie de facto und de jure nur teilweise besitzt. Die Freiheit der Entscheidung, die Natopolitik mitzumachen oder nicht, ist schon längst ad absurdum geführt worden.

Die sowjetischen Vorschläge zur Lösung der Berlinfrage sind gar nicht so abwegig, wenn man sie auf ganz Berlin ausdehnt. Man hätte zu ihnen ja sagen sollen unter der Voraussetzung, daß Ostberlin den gleichen Bedingungen unterworfen werden müsse. Ein solches geeintes freies Berlin, dessen politische und wirtschaft-

liche Freiheit durch die UN garantiert werden könnte, ist sehr wohl in der Lage, als dritte Kraft neben der Bundesrepublik und der DDR eine Rolle zu spielen. Man sage nicht, darauf hätte sich die Sowjetunion nicht eingelassen. Dies zu sagen und gleichzeitig zu glauben, die Einheit Deutschlands zu erreichen mit Anschluß Gesamtdeutschlands an die Natopolitik ist einer jener gefährlichen romantischen Irrtümer, deren die offizielle deutsche Politik viele aufweist. Es sollte zunächst einmal versucht werden. Einem Nein der Sowjets könnte man dann mit mehr Gelassenheit entgegensehen als dem ultimativen Charakter der bisherigen Berlin-Note. Eine Konföderation der drei provisorischen Staaten — auch die Bundesrepublik ist nur ein Provisorium, das sollte man nie vergessen — Berlin, Bundesrepublik und DDR, wobei jeder zunächst seine Selbständigkeit behält, müßte der erste Schritt zur Wiedervereinigung sein. Es gibt so viele Berührungspunkte und gleiche Interessen bei aller dogmatischen Verschiedenheit, die eine solche Konföderation realisierbar erscheinen lassen.

Voraussetzung ist allerdings die Integrität Berlins. Die Gefahr, daß die Stadt, die vom Territorium der Deutschen Demokratischen Republik umschlossen ist, politisch und wirtschaftlich abgeschnürt werden kann, ist nicht von der Hand zu weisen. Hiergegen sind weitgehende Sicherungen einzubauen und vertragliche Bindungen zu übernehmen. Die Versorgung Berlins mit Wirtschaftsgütern aller Art durch das Gebiet der DDR sowie der allgemeine und ungehinderte Personen- und Güterverkehr sind zu garantieren. Die äußere Sicherheit dieses Stadtstaates kann durch eine starke deutsche Polizeitruppe oder durch UN-Einheiten erfolgen.

Auch im Westen mehren sich, nachdem der erste Schock auf die sowjetische Berlin-Note überwunden ist, die Stimmen, die einen eigenen Berliner Stadtstaat gar nicht so absurd finden. Der Ansicht, aus Berlin einen internationalen UN-Staat zu machen, müssen wir allerdings energisch entgegentreten. Berlin war die Hauptstadt des alten deutschen Reiches und soll dereinst wieder die deutsche Hauptstadt werden. Das sind keine alten Ressentiments, die noch von früher mitgeschleppt werden, das erscheint mir vielmehr als notwendige Schlußfolgerung aus der heutigen politischen Situation. Berlin, das in keinem der beiden konkurrierenden deutschen Staaten liegt, kann als dritte Kraft der Ausgangs-, Ausgleichs- und Angelpunkt einer gemeinsamen deutschen Politik werden. Es kann — zwischen Ost und West stehend — die Rolle des vermittelnden Dritten übernehmen auf dem Wege zur deutschen Einheit, vielleicht sogar in einem größeren Rahmen. Ausgangspunkt einer deutschen Konföderation muß die Lösung der Bundesrepublik und der DDR aus den militärischen Paktsystemen sein. Austritt aus der Nato hier, Austritt aus dem Warschauer Pakt dort. Auch der Verzicht auf eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr gehört meines Erachtens zu den Präambeln einer deutschen Konföderation. Dieser Verzicht sollte keinem zu schwer fallen, wenn es darum geht, die widernatürliche Grenze mitten durch Deutschland, die Entfremdung Deutscher von Deutschen zu beseitigen.

Bei Gesprächen mit offiziellen und inoffiziellen Vertretern Pankows sollte man nicht immer gleich am guten Willen des anderen zweifeln. Aus solcher „Erkenntnis" heraus von Anfang an auf das Gespräch zu verzichten, bedeutet, die deutsche Einheit weiterhin zu verzögern. Aus der Tatsache der bedingungslosen Kapitulation kann nicht der Verzicht auf ein innerdeutsches Gespräch abgeleitet werden. Wenn Chrustschow wiederholt erklärt hat, die Wiedervereinigung sei allein Sache der Deutschen, so würden auch die westlichen Alliierten ernsthaft nichts gegen ein innerdeutsches Gespräch einzuwenden haben, es sei denn, daß die Bundesrepublik doch nicht in ihren Entscheidungen so frei ist, wie sie nach außen hin gern zeigt.

Fragen, die unschwer im Rahmen einer deutschen Konföderation gelöst werden könnten, sind zum Beispiel die des Reise- und Grenzverkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten, einer Währungseinheit, eines geregelten Güter- und Personenverkehrs, die Aufstellung gemeinsamer deutscher Sportmannschaften, Förderung des Kulturaustauschs und ähnliches. Über diesen ersten Schritt hinaus dann bis zur restlosen Wiedervereinigung in einem einzigen deutschen Staat vorzudringen, bedarf zäher Verhandlungsbereitschaft. Die Angst, dabei der kommunistischen Infiltration zu unterliegen, ist grundlos für den, der in seinen eigenen demokratischen Anschauungen gefestigt ist. Bleiben die anderen Mächte in Fragen der Wiedervereinigung ausgeschaltet, dann verliert auch die Drohung einer gewaltsamen Lösung ihr Gewicht. In einem theoretisch denkbaren Fall, daß die DDR ihre kommunistische Staatsdoktrin dem übrigen Deutschland mit Gewalt aufzwingen möchte, stehen zahlenmäßig genügend eigene Kräfte gegenüber. Eine Sicherung läßt sich auch hier durch Verzicht auf bewaffnete Gewalt in innerdeutschen Angelegenheiten einbauen.

Kann so die Wiedervereinigung durch innerdeutsche Gespräche vorangetrieben werden, so ist die Gestaltung eines Friedensvertrags weitgehend von den anderen Mächten abhängig. Aber wir müssen darauf bedacht sein, daß in einem künftigen Friedensvertrag die deutsche Spaltung nicht verewigt wird. Wir müssen unseren Anspruch auf die Einheit Deutschlands Nachdruck verleihen. Das können wir aber nur, wenn wir selbst den ersten Schritt in dieser Richtung tun, wenn wir nicht mit schönen Reden den Wunsch zur Einheit proklamieren, sondern ernsthaft darangehen, abgerissene Fäden wieder zu knüpfen und die ersten Brücken zu schlagen. Das Mißtrauen und die Mißverständnisse, die zwischen Deutschen diesseits und jenseits des eisernen Vorhangs herrschen, müssen überwunden werden und sind zu überwinden, vorausgesetzt, daß auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden ist.

Major a. D. Hans-Moritz von Frankenberg u. Proschlitz

Die Fronten auf den europäischen Meeresgebieten

Betrachten wir den Globus, so stellen wir fest, daß der Hauptteil der Erdoberfläche — nämlich 71 % — von Wasser bedeckt ist. Die Meere unseres Planeten hängen miteinander zusammen, verbinden auf dem Wasserwege die Kontinente oder dringen durch schmale Zugänge tief in die Landmassen ein, wodurch geschlossene Meere, wie Ostsee oder Mittelmeer, gebildet werden. Durch die jeweilige Lage der Staaten, entweder am Rande der Meere oder im Innern der Kontinente, ordnet man diese als Ring- oder Kontinentalmächte ein.

Bei einer militärpolitischen Betrachtung der Weltlage haben wir auf der einen Seite den Kontinentalblock der Sowjetunion mit den durch den Warschauer Pakt verbündeten Landmächten, auf der anderen Seite die von Meeren umgebenen westeuropäischen Nato-Mächte, welche von ihrem größten und stärksten Verbündeten, den USA, durch den Atlantik getrennt sind. So ergibt sich, daß die Meere der westlichen Halbkugel von großer Bedeutung für die strategische Planung und in einem Kriege von großer Bedeutung sind. Ohne eine Beherrschung der See und des darüberliegenden Luftraumes werden in Zukunft keine strategischen Operationen möglich sein. Denn ganz Westeuropa und zahlreiche Einzelbasen

sowie vorgeschobene Stützpunkte, Frontabschnitte und Inseln sind von der See teilweise oder ganz umgeben und müssen infolgedessen über See ihren Nachschub erhalten.

Strategie und Taktik des Seekrieges stehen angesichts der Entwicklung im Schiffsbau, in der Waffentechnik (Atomraketen) und besonders durch die in absehbarer Zeit allgemein zu erwartende Anwendung der Atomenergie als Antriebskraft vor entscheidenden Wandlungen. Die bewegliche Basis für See-Luftstreitkräfte in Gestalt des überschweren Flugzeugträgers, also die Verschmelzung der Marine mit eigenen Luftstreitkräften, ist z. Zt. die Grundlage des westlichen strategischen Denkens für die „aeronavale Strategie".

General von Senger und Etterlin sagt dazu in der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung" bereits 1955:

„Schließlich scheint es uns auch, daß man nur mit See-Luftstreitkräften jene aeronavale Umfassung . . . wirksam durchführen kann, durch die der Vorteil der Beherrschung der Meere zur Geltung gebracht wird. Wenn es dem Westen gelänge, rings um den eurasischen Kontinent luftstrategische Angriffsbasen zur See vorzutreiben, dann müßte zumindesten eine Zersplitterung der feindlichen Abwehr eintreten. Solche und ähnliche Erwägungen haben sicher in den Vereinigten Staaten bei der politisch-strategischen Entscheidung mitgesprochen, die strategische See-Luftmacht nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern auszubauen."

Atlantik

So wurde der Bau des schweren Flugzeugträgertyps, trotz seiner leichten Verwundbarkeit durch ferngesteuerte Raketen, vorangetrieben, da er zum Schutze der über die Ozeane gehenden Nachschublinien unbedingt erforderlich ist. Für die fünf Weltmeere, für die strategisch wichtigen Seegebiete Nord- und Ostsee sowie das Mittelmeer bauen die USA je einen Großträger. Bis 1963 sollen 13 strategische US-Flugzeugträger neben denen Englands, Frankreichs, Australiens, Kanadas und Hollands einsatzbereit sein. Neben diesen dienen Korvetten, Zerstörer mit Hubschraubern usw. dem Zweck, die Frachtschifftonnage zu schützen und über See an die Hauptfronten zu bringen. So benötigt eine Tonne Kriegsmaterial rd. 50 Tonnen Schiffsraum.

Da alle Natoländer über den Atlantik bis in die Nordsee und das Mittelmeer mit Geleitzügen versorgt werden müssen, wird eine Zahl von etwa 2500 Sicherungs- und Geleitfahrzeugen ständig zwischen Europa und Amerika erforderlich sein, um eine ausreichende Versorgung sicherzustellen. Dadurch werden natürlich die Rüstungshaushalte erheblich belastet, denn ein Küstenminensuchboot von 370 t kostet heute schon 7 Mill. DM und ein Zerstörer ebensoviel wie früher ein kompletter Panzerkreuzer.

Wenn man bedenkt, wie die Angriffsmöglichkeiten der U-Boote durch Unterwasserabschuß von Atomraketen bis zu einer Entfernung von 2000—3000 km gesteigert sind, und zusätzlich neben den Schiffen auch alle Nachschubhäfen der großen Gefahr atomarer Schläge durch U-Boote ausgesetzt sind, dann kann man ermessen, welchem verlustreichen Risiko der westeuropäische Nachschub ausgesetzt ist.

Der Oberbefehlshaber des Kommandos Nordatlantik, Admiral Wright, sagte gem. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 16. 6. 1956, Europa brauche seine Seestreitkräfte, um überleben zu können. Risse die Verbindung ab, dann würde die gesamte atlantische Verteidigung zusammenbrechen.

Und den Atlantik als rückwärtiges Gebiet hinter der Front in Westeuropa charakterisiert Admiral Wright folgendermaßen:

„Welche Bedeutung im atlantischen Denken der ungestörte Seeverkehr während kriegerischer Ereignisse haben kann, zeigen drei verschiedene, aber in sich un-

teilbare Aufträge: der Krieg in Europa auf der Erde, die Luftkriegführung über dem amerikanischen Kontinent und die Sicherung aller Seeverbindungen zwischen den Kriegsfronten. Wenn wir einen dieser Aufträge nicht erfüllen können, dann muß das ganze Verteidigungssystem der freien Welt zusammenbrechen."

Admiral R u g e , der Oberbefehlshaber der Bundesmarine, schließt sich dieser Beurteilung an, wenn er über den Atlantik, „die Rollbahn für Massentransporte", in der Zeitschrift „Wehrkunde" schreibt, „das atlantische Bündnis steht und fällt mit der Beherrschung der Weltmeere als der großen Rollbahn dieser Erde."

Ebenso wie der Atlantik sind aber auch das Eismeer und die Seegebiete um den Nordpol in die strategischen Pläne einbezogen. Mit der Unter-Eis-Fahrt des US-Atom-U-Bootes „Nautilus" von Honolulu—Island—Beringstraße bis zum Nordpol in 16 Tagen ist die nördliche Seeflanke der Sowjetunion, die bisher durch eine Eisbarriere geschützt war, gefährdet. Bei einem Abschuß von atomaren „Polaris"-Raketen (ab Ende 1960 einsatzbereit) aus der Gegend östlich Spitzbergen würden Murmansk (400 Meilen), Leningrad (1180 Meilen) und Moskau (1420 Meilen) in deren Wirkungsbereich liegen. Da aber auch die Sowjetunion große U-Boote bis 5000 t vom Stapel laufen ließ, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß diese ebenfalls Atom-U-Boote besitzt. So müssen die USA damit rechnen, daß auf dem gleichen Wege sowjetische Atom-U-Boote überraschend in der Hudson-Bay auftauchen. Deshalb hat sich die seestrategische Lage durch die erfolgreiche Tauchfahrt der „Nautilus" wahrscheinlich nicht radikal zugunsten der USA geändert, auch wenn Admiral N a r b y siegessicher verkündet, im Herbst 1960 könnte eine Flotte von 50 Atom-U-Booten der USA rings um das sowjetische Vorfeld stationiert sein. Die Sowjetunion verfügt z. Zt. über 600 von 1200 geplanten U-Booten mit größten Reichweiten, denen die USA nur 300 Boote entgegenstellen können. Die sowjetischen U-Boot-Atomraketen „Comet II" und „Comet III" mit Reichweiten von 2200 bis 3600 km und einem Schub von 99 000 kpo, die sich — im Gegensatz zur US-Rakete „Polaris" — bereits in Serienproduktion befinden, sind also auch weiterhin eine große Gefahr für die 8000 sm offene amerikanische Küste.

O s t s e e

Während die Nordsee nur ein Teilnachschubgebiet ist, stellt die Ostsee, trotzdem sie ein geschlossenes Meer ist, im Rahmen der Strategie der Nato ein wichtiges Operationsgebiet dar. Bei der strategischen Betrachtung des Ostseeraumes fallen dabei der Bundesmarine im Rahmen der Gesamtstrategie zur See wichtige Aufgaben zu. So schreibt der „Deutsche Soldatenkalender":

„Der linke Flügel des mitteleuropäischen Frontabschnittes liegt an der Ostsee. Ihre Ausgänge bilden eine Schlüsselstellung erster Ordnung . . . In diesem Raum und für ihn als Basis eine lebendige, der Gegenwart und ihren Möglichkeiten Rechnung tragende Wehrmachtstrategie zu entwickeln, sollte die große Aufgabe der kommenden Wehrmacht sein. Und diese besondere Strategie des Ostseeraumes muß ohne sichtbare oder überhaupt wahrnehmbare Grenze in die größere Strategie der küstennahen Räume und Randmeere, die von den Westmächten zu entwickeln und zu realisieren ist, eingefügt werden."

Deshalb hatten auch Minister S t r a u ß und Admiral R u g e vor kurzem die Forderung erhoben, den Befehlshaber Mitte der Nato auf den Ostseeraum, der dem Befehlsbereich Nord untersteht, auszudehnen. Diese Forderung wurde aber im Hauptquartier der Nato abgelehnt, wohl aus der Befürchtung heraus, daß der bereits große Einfluß der Bundeswehrführung innerhalb der Nato sich noch stärker auf die anderen Alliierten unangenehm auswirken könnte.

Welche offensiven Absichten die Bundesmarine im Rahmen der Gesamtstrategie der Nato verfolgt, deutet Admiral Ruge im „Flottenkalender 1957" an:

„Daß die deutschen Streitkräfte ihren vollen Wert erst im Rahmen der Bündnisse aus den strategischen Möglichkeiten des Ringes von Brückenköpfen und Stützpunkten um den Landblock erhalten, gilt besonders für die Marine ... Die Hauptbedeutung der deutschen Marine liegt aber darin, daß sie durch die Erfahrung der beste Bürge für das Offensein der Ostsee-Eingänge ist. Erst wenn sichergestellt ist, daß die Ostsee jederzeit für Flotten, die von außen kommen, zugänglich ist, wirkt der Druck der großen Seemächte in die Ostsee hinein auf die 1000 km sowjetisch besetzte Küste, die fast in ihrer ganzen Länge zum Landen gut geeignet ist. Diesen Druck üben die großen Seemächte schon im Frieden aus, und eine deutsche Marine ist daher gewissermaßen ihr verlängerter Arm und eine wesentliche Voraussetzung für die Politik des Zusammengehens mit ihnen."

So erfolgt eine starke Massierung westdeutscher Marineeinheiten in den Kriegshäfen Flensburg-Mürwick, Eckernförde, Kiel und Travemünde-Neustadt. 60 % der Bundesmarine sind hier stationiert. Flottenadmiral Zenker, unter dessen Kommando vom 6. bis 10. Oktober 1958 das Nato-Manöver „Tiger bleu" in der Nordsee mit französischen, belgischen und westdeutschen Marineeinheiten durchgeführt wurde, schrieb, ähnlich wie Admiral Ruge, vor einiger Zeit im Bulletin der Bundesregierung folgendes über die Aufgaben der deutschen Nato-Marine im sogenannten „Konfliktsfall": „Für die leichten Seestreitkräfte werden sich in unseren Gewässern bzw. dem Küstenvorfeld der Ostsee reichliche Möglichkeiten zur erfolgreichen Betätigung bieten." Er meint, daß die Ostsee so weit in den Raum eines möglichen Gegners hineinführt, daß dieser eine offene Flanke besitzt. An dieser Flanke will Zenker aktiv tätig sein, „um den verbündeten Seemächten den Zugang zu diesem Gebiet offen zu halten, damit sie hier ihre Kampfmittel zum Einsatz bringen können."

Zenkers strategische Pläne zielen also gegen die Küsten- und Hafenstädte der Sowjetunion, Polens und der DDR, denn nicht umsonst wird die Bundesmarine für den beabsichtigten Flankenstoß mit Zerstörern, Schnellbooten, Hochsee- und Küstenminensuchern, Räumbootflottillen, Geleitschiffen und 2 Geschwadern Landungsschiffen für Panzer, Geschütze und Truppentransporte ausgerüstet.

Wenn Zenker wieder in die „offene Flanke" der Sowjetunion steuern will, dann muß an die furchtbaren Erfahrungen des letzten Krieges erinnert werden. Dazu kommt, daß die Stärkeverhältnisse in der Ostsee und bei deren Anliegerstaaten heute ganz andere geworden sind. Ausreichend vorhandene Landstreitkräfte können mit den heutigen modernen Mitteln jeden Punkt der Küste überwachen und feindliche Landungsoperationen rechtzeitig zerschlagen. Für Schlachtschiffe und Flugzeugträger ist, strategisch gesehen, ohnehin kein Raum in der Ostsee, da diese durch kleine Kampfmittel im Küstenvorfeld zu sehr gefährdet wären. Gerade in der Seekriegsführung mit kleinen Kampfmitteln ist aber die sowjetische Marine besonders erfahren. Ihre Schnellboote, die 55 Seemeilen, d. h. rund 100 st/km, laufen, haben sich als „Moskitos der Meere" einen gefürchteten Namen gemacht. Für die Sowjetunion kommt außerdem als Vorteil hinzu, daß sie kleinere und mittlere Seestreitkräfte von der Ostsee durch den Weißmeerkanal bei Leningrad über den Onega-See und die ostkarelische Seenplatte nach Norden, oder in umgekehrter Richtung in die Ostsee, verschieben kann.

Die Beurteilung der strategischen Lage ergibt, daß mit der neuen Technik in der Seekriegsführung und in Verbindung mit Luftwaffe, atomaren Waffen und Raketen die Ostsee keinerlei Möglichkeiten für einen Seekrieg bietet.

Mittelmeer

Betrachten wir in diesem Zusammenhang auch noch die Seestrategie im Mittelmeer. Winston Churchill erzählt in seinem letzten Erinnerungsband „Triumph

und Tragödie", wie er 1942 die Amerikaner erst mit großer Mühe zur Landung in Nordafrika bewegen und ihnen nur schwer die Bedeutung des östlichen Mittelmeeres klarmachen konnte. Heute schreibt der US-General James M. Gavin in seinem kürzlich erschienenen Buch „Krieg und Frieden im Zeitalter des Weltraums", Westeuropa umfaßt nur wenig mehr als 2½ Mill. qkm dicht bevölkerten Landes, Afrika dagegen besitzt rund 30 Mill. qkm und hat weniger Bewohner als Europa. Zwei Hauptwasserwege durchziehen das Gebiet. Im Norden der Ärmelkanal, der kein Hindernis mehr für einen militärischen Angriff ist. Weiter südlich das Mittelländische Meer, das noch immer ein erhebliches Hindernis für Landoperationen darstellt, das aber mühelos von Raketen und Flugzeugen überquert wird. Der Nahe Osten kann als Landbrücke betrachtet werden, die Europa, Asien und Afrika verbindet. Allein die Tatsache, daß es sich hier um eine Landbrücke handelt, beleuchtet die Wichtigkeit des Nahen Ostens.

Aus dieser neu gewonnenen Erkenntnis, daß Europa und Afrika zusammen ein strategisches Operationsgebiet bilden, baute das Pentagon seit 1946 in aller Stille im Mittelmeerraum starke Kampfkräfte zur See und Luftstützpunkte in den Randstaaten auf. Im östlichen Mittelmeer haben die anglo-amerikanisch-französischen Flotten, von denen die 6. amerikanische Flotte der stärkste Kriegsschiffsverband ist, eine besondere Bedeutung. Admiral Gantham, Oberfehlshaber des atlantischen Kommandos in Malta, weist der 6. Flotte folgende strategische Rolle zu:

„Die Hauptaufgabe der amerikanischen 6. Flotte bleibt, amphibische Landungskräfte von See aus zu unterstützen und mit Hilfe der Flugzeugträger die atlantische Luftoffensive der Atomträger auszulösen. Die 6. Flotte ist der bewegliche Arm des atlantischen Kommandos Süd in Neapel und eine Ergänzung der auf der Erde stationierten strategischen Luftstreitkräfte. Diese Waffenkombination hat den Sinn, die feindliche Front atomar auszuflankieren."

Und der inzwischen abgelöste Admiral Fechteler sagte bereits 1956:

„Nur noch mit der 6. Flotte kann man dort unten erfolgreich einen lokal begrenzten Druckknopfkrieg zur Auslösung bringen, der mit seinen atomaren Vernichtungsmöglichkeiten die sowjetischen Erdoperationen in einem empfindlichen Maße zu stören hat."

Mit diesem Ziel im Auge schob man sich immer näher mit Land- und Luftstützpunkten an den Osten heran. 1956 begann man das Hauptquartier der 17. US-Air-Force von Rabat in Marokko nach Tripolis in Libyen zu verlegen, mit der eindeutigen Begründung, daß die Basen in Tripolis dem etwaigen Aufgabenbereich um 100 Meilen näher lägen, wodurch nur noch 1500 Meilen Anflug nötig wären! Die Eisenhower-Doktrin und der Beitritt der USA zum Militärausschuß des Bagdadpaktes zeigen, auf welche Ziele die amerikanische Militärpolitik im Nahen Osten hinsteuert: die Ausgangspositionen einzunehmen, die vom Vorderen Orient aus Angriffe auf die Sowjetunion und die Balkanstaaten des Ostblocks gestatten. Neben den geplanten Luftwaffeneinsätzen sucht man günstige Ausgangsstellungen, insbesondere auch in Persien, für die US-Fallschirmjäger und Marineinfanteristen, die, wie es bei ihrer Verlegung in die Türkei anläßlich der Libanonbesetzung hieß, „jederzeit bereit wären, an irgendeiner brenzlichen Stelle des Mittelmeeres an Land zu gehen und in ihrem Sinne für Ruhe und Ordnung zu sorgen."

So bedeuteten der Angriff auf Ägypten und die für dauernd geplante Besetzung Jordaniens und des Libanon im Grunde nichts anderes, als verbesserte Aufmarschpositionen gegen den Landblock der Sowjetunion vom Mittelmeergebiet aus zu schaffen. Den gleichen Zwecken dienen die errichteten Stützpunkte in Spanien, die Ausrüstung Italiens und der Türkei mit „Jupiter"-Raketen, die unbedingte Inbesitzhaltung Zyperns als Wächter vor dem Suezkanal, der Bau von Luftstützpunkten in Südgriechenland, die Aufstellung von Atomkampfgrup-

pen im Mittelmeerraum (SETAF) und die Anlage von neun großen Nato-Flugplätzen in der Türkei.

Die bedeutendsten Flugplätze aber stellt Marokko, obwohl es kein Nato-Land ist. Hier liegt die 5. Luftdivision der US-Air-Force. „Marokko ist strategisches Hinterland Europas geworden, ist die Drehscheibe für den Ferneinsatz und das größte amerikanische Arsenal in Übersee", schreibt der militärpolitische Mitarbeiter der „Frankfurter Allg. Zeitung", Major a. D. Weinstein, nach einem Besuch dieser Flugplätze.

Und die „New York Herald Tribune" erklärte:

„Augenblicklich bilden die schweren Flugzeugträger der US-Kriegsmarine, die im Mittelmeer patrouillieren, eine ganz erhebliche strategische und taktische Luftmacht zur Unterstützung der Nato und des prowestlichen Türkei-Nahost-Verteidigungsblocks. Diese schwimmenden Flugplätze wiederum werden durch den sogenannten nordafrikanischen Gürtel amerikanischer strategischer Luftstützpunkte, Versorgungs- und Nachschubzentren unterstützt, die sich in einem schmalen Streifen von Marokko bis zur Türkei hinziehen . . . Alle zusammen hängen sie von dem aus vier Stützpunkten bestehenden Anker in Marokko ab."

Sämtliche vorstehend genannten Teilfronten unterstehen dem atlantischen Kommando, das seinen Sitz in Norfolk in den USA hat, mit der Aufgabe, „schon jetzt in Friedenszeiten enge Verbindungen zwischen den Führungsspitzen der acht Nato-Marinen herzustellen, so daß im Ernstfalle alle atlantischen Staaten wie eine Seemacht auftreten können!" Es bleibt dabei aber fraglich, ob bei diesem verzettelten strategischen System eine einheitliche militärische Führung und Waffenwirkung möglich ist.

Gegenüber der westlichen Mittelmeerstrategie hat die Sowjetunion starke U-Bootkräfte nach Albanien gelegt, wo modernste U-Boothäfen gebaut worden sind. Überwasserstreitkräfte stehen im Schwarzen Meer bereit. Bulgarien, Rumänien und Albanien haben starke Verteidigungsstellungen an den Küsten errichtet. Im übrigen verlassen sich die Kontinentalmächte des Ostblocks auf die sowjetischen Raketen, „vor denen", wie es von sowjetischer Seite hieß, „sich niemand verstecken könne."

Atomkriegsdrohung oder Entspannung

Fassen wir die Seekriegsstrategie zusammen, so ergibt sich für die Westmächte ein Bedarf von Millionen Tonnen Frachtschiffsraum, von zahlreichen Flugzeugträgern, Über- und Unterwasserstreitkräften, Tausenden von Flugzeugen, einer Kette von Stützpunkten und die Notwendigkeit unendlich langer Nachschublinien, nicht nur um die ganze Kriegsmaschine in Bewegung zu setzen und zu halten, sondern ihr auch die notwendige Versorgung über See zuzuführen. Als Grundlage der seestrategischen Pläne kommt ferner klar zum Ausdruck, daß der Angriff mit Kernwaffen aller Art aus den verschiedensten Seegebieten gleichzeitig gegen den Ostblock geführt werden soll.

Die Oststaaten dagegen haben den Vorteil eines zusammenhängenden riesigen Territoriums, wodurch einmal ihre gefährdeten Objekte sehr weit verstreut liegen, zum anderen der Kampf auf der inneren Linie mit verhältnismäßig kürzeren Nachschublinien geführt werden kann, sicherlich dabei mit dem Ziel, nicht in passiver Verteidigung Offensivschläge des Gegners abzuwarten, sondern in aktiver Abwehr zum Gegenangriff überzugehen.

Damit zeigt sich als Schlußfolgerung, daß in und um Europa militärische Schwerpunkte gebildet werden, die eine große Gefahr für den Frieden und die Sicherheit Europas darstellen.

Es ist deshalb notwendig, daß die Kräfte in allen Völkern, die den Frieden und damit das Leben auf der Erde erhalten wollen, immer wieder jede, auch die geringste Möglichkeit der Entspannung und jede neue Idee der Befriedung des mitteleuropäischen Raumes in der Öffentlichkeit unterstützen und ihre Durchführung von den Regierungen fordern müssen. Für Mitteleuropa liegen bereits entsprechende Vorschläge für ein Auseinanderrücken der beiden Blöcke, für eine militärische Entspannung, für eine atomwaffenfreie Zone in Form des Eden-, Gaitskell-, Pfleiderer- oder Rapacki-Planes vor. Wenn man im Rahmen dieser Vorschläge in Verhandlungen eintritt und Blockpolitik sowie die trennende Gegenüberstellung Ost/West fallen läßt, wird die Welt von der tödlichen Gefahr, in der sie schwebt, befreit werden und sich dann auch Vertrauen und der rechte Weg zu der notwendigen globalen Abrüstung finden.

Prof. Hermann Oberth

Gedanken zur Raumrakete

Angesichts der neuen russischen Interplanetaren Rakete erheben sich vor allem drei Fragen:

1. Warum haben die Russen die Amerikaner nun zum zweiten Male überrundet?
2. Wie wird sich die Weltraumtechnik weiter entwickeln?
3. Was ist von der neuen russischen Ankündigung vom baldigen Start einer bemannten Rakete zur Venus zu halten?

Zur Frage, warum Rußland heute den Vereinigten Staaten voraus ist, möchte ich folgendes sagen: Der Totalitarismus arbeitet reibungsfreier als die Demokratie, wenn der Mann an der Spitze etwas kann. Dies kommt zwar selten vor, ist aber immerhin auch manchmal möglich, und gegenwärtig kann der Leiter auf dem russischen Raketensektor ohne Zweifel viel.

Als die Amerikaner 1945 die deutschen Fernraketen und die dazu gehörigen Ingenieure erbeutet und nach White Sands geschafft hatten, da haben sie erst fünf Jahre beraten, was mit dieser Beute geschehen solle. Es geschah aber zunächst wenig, und auch als sie sich nach einigen Jahren entschlossen, den Weltraum in ihr Arbeitsprogramm einzubeziehen, da erhoben sich Tausende von Fragen: Mit welchem Raketentyp die erste Forschung begonnen werden solle, wer ihn zu bauen und wer ihn zu bezahlen hätte usf. Die Russen hatten es in dieser Hinsicht einfacher: Der Mann am Hauptschalter brauchte bloß zu sagen: „Du machst jetzt dies, du das — die Mittel haben wir." Rußland arbeitete von Anfang an klar auf ein bestimmtes Ziel hin, die Vereinigten Staaten dagegen haben beinahe acht kostbare Jahre verloren und kämpfen selbst heute noch mit mancherlei inneren Reibungen und Rivalitäten. Hier versuchte jede Instrumente- und Maschinenfabrik einen raketentechnischen Entwicklungsauftrag zu bekommen. Ihre Ergebnisse hielten sie so gut sie konnten vor der Konkurrenz geheim. So wurde dieselbe Erfindung oft unabhängig voneinander an mehreren Stellen zugleich gemacht und mit unnötigen Kosten vervollkommnet und weiterentwickelt. Auch waren die Ingenieure der betreffenden Firmen oft genug nicht Fachleute auf dem gesamten Raketengebiet. Sie versuchten manches, von dem ein erfahrener

Raketentechniker nach halb- bis einstündiger Rechenarbeit bereits gesagt hätte, daß da nichts Gescheites herauskommen kann. Ich erinnere nur an den Antrieb mit Fluor oder einer Fluor-Sauerstoffmischung als Oxydator für die Unterstufen von Großraketen oder an den Thermonuklear-Antrieb. Dabei wird irgend eine Substanz, die bei hohen Temperaturen ein leichtes, schnell ausströmendes Gas liefert, in einem Atommeiler bis zur Temperatur erhitzt, die dieser gerade noch aushält. Wie zu erwarten war, waren die Ausströmungsgeschwindigkeiten nicht so hoch wie die, die mit den stärksten chemischen Treibstoffen bereits erreicht worden sind, denn bei der chemischen Rakete können im Inneren der Brennkammer weit höhere Temperaturen erreicht werden, weil das betreffende Gas überall durch eine kühlere Schicht von der Wand getrennt ist. Zur Erklärung bemerke ich, daß es für die Wirksamkeit einer von der Erde startenden Rakete wesentlich ist,

a) im Vergleich zum Mehrgewicht möglichst viel Treibstoff mitzunehmen,
b) denselben mit möglichst hoher Geschwindigkeit auszustoßen.

Weiter wird das Verhältnis des Treibstoffgewichts zum Leergewicht auch dadurch verschlechtert, daß man bei bemannten Raketen die Beobachterkammer überhaupt gegen die starke radioaktive Strahlung panzern müßte. Bei unbemannten Raketen wieder müßte man wenigstens die empfindlichen Geräte zur Messung der kosmischen Strahlen anfangs schützen und später irgendwie vom übrigen Gerät trennen und weit fort treiben. Das würde natürlich ebenfalls eine Mehrbelastung und Komplikation bedeuten. Schließlich würde durch Thermonuklearraketen die Luft in unverantwortlicher Weise radioaktiv verseucht, wenn sie in großer Zahl abgeschossen würden. Das alles waren Umstände, die den Russen wenigstens zu einem augenblicklichen Vorsprung verholfen haben.

Wird er von Dauer sein? Ich möchte diese Frage verneinen. Auch der technische Raketenleiter in Rußland kann Mißgriffe begehen (ich halte es z. B. für einen solchen Mißgriff, daß inzwischen sämtliche deutschen Raketeningenieure entlassen oder auf unbedeutende Posten gestellt wurden). Dabei wird niemand wagen, ihn zu kritisieren. Oder der Lenker des Raketenwesens könnte einmal etwas sagen, was höheren Orts übel vermerkt wird (große Männer sind ja mitunter etwas wahrheitsliebend), so daß man ihn durch einen Nichtskönner mit guten Beziehungen und erwiesener Linientreue ersetzen würde.

Auch hat die Zersplitterung der Kräfte in Amerika nicht nur Nachteile mit sich gebracht. Es ist dabei sozusagen das ganze Gebiet durchkämmt worden, und Amerika ist daher in der Grundlagenforschung heute zweifellos weiter als Rußland. Bei seiner besseren Industrialisierung hat es dann den Vorsprung Rußlands auch rasch einzuholen begonnen, was ja auch der Umstand lehrt, daß die USA nicht etwa acht Jahre, sondern schon wenige Monate nach dem Start des Sputnik I den „Explorer I" um die Erde sandten. Aus dem erwähnten Grunde möchte ich auch die Frage verneinen, ob Rußland irgend einen Raketentreibstoff oder ein Raketentriebwerk kennt, woran heute in Amerika nicht auch gearbeitet würde. Es kann allerdings sein, daß die betreffende amerikanische Entwicklung noch nicht so weit ist wie die russische.

Ein weiterer Umstand hat den Russen auch viel genützt: Sowohl Russen als auch Amerikaner lieben das Heroische und Gigantische. Die Amerikaner haben aber auch gute Kaufleute und ausgezeichnete Feinmechaniker. Unter den kommunistischen Beamten findet sich beides weniger. Amerika gab daher bis vor kurzem jenen Projekten den Vorzug, die mit kleinen Raketen und geringen Nutzlasten auskamen, und es gibt in Amerika auch heute noch Instrumententeile, die man unter dem Mikroskop zusammensetzen muß. Rußland arbeitete von Anfang

an auf starke Triebwerke und große Nutzlasten hin, was ich selbst ja auch immer empfohlen habe. Es ist nämlich leichter, verläßliche Geräte zu bauen, je schwerer sie sein dürfen. Es gibt z. B. Uhren, die man statt des Steines an einem Fingerring tragen kann, aber ein gewöhnlicher Wecker, wie man ihn für 10 bis 20 Mark bei jedem Uhrmacher kaufen kann, ist störungssicherer und verläßlicher! Und Verläßlichkeit ist hier die Hauptsache. Die meisten Großraketen haben über 100 000 und die Mondrakete sogar fast 300 000 Einzelteile, die alle funktionieren müssen! Man stelle sich vor, was es heißen würde, wenn in einer Stadt von 300 000 Einwohnern nicht gearbeitet werden könnte, wenn auch nur einer von ihnen nicht am Arbeitsplatz erscheint. — Es ist bekannt, daß die Amerikaner vor der russischen Mondrakete selbst drei Raketenschüsse nach dem Mond versucht haben, die aber nicht zum Ziele führten, weil irgend ein elender Maschinenteil versagt hat. Glücklicherweise arbeitet jetzt auch Amerika auf stärkere Triebwerke hin.

Daß bei dieser Kompliziertheit des Raketentriebwerkes zum Gelingen eines Schusses natürlich auch Glück gehört, liegt auf der Hand. Von den Amerikanern erfährt die ganze Welt infolge der Neugier ihrer Reporter, wenn sie einen ungewöhnlichen Raketenschuß vorhaben. Die Russen hingegen geben bloß ihre Erfolge bekannt. Wer weiß, wieviel Mondschüsse ihnen seit dem Start des letzten Sputnik bis zum Start des „21. Parteitages" mißlungen sein mögen.

Wie wird nun die weitere Entwicklung verlaufen?

Ich glaube, wir werden früher oder später zur bemannten Raumfahrt kommen. Unbemannte Raketen sind gut, um die Strahlungsverhältnisse, die Meteoritengefahr und anderes im Weltraum auszukundschaften, denn wenn wir einmal Menschen emporschießen, müssen wir natürlich wissen, wovor wir sie zu schützen haben. Es gibt heute Institute für Raumfahrtmedizin. Dort werden alle Zustände und Verhältnisse, die uns unsere Registrierraketen, Satelliten und Mondraketen nach der Erde gefunkt haben, künstlich nachgeahmt, und unsere Schutzmaßnahmen dagegen werden ausprobiert, und es gibt keine Gefahr, deren wir nicht Herr werden könnten. Auf die Dauer aber wird ein seelenloser Automat das menschliche Gehirn nicht ersetzen können.

Der erste Schritt auf dem Wege zu einer bemannten Weltraumfahrt wird der Bau einer bemannten Weltraumstation sein, die in einer Höhe von 400—700 km über der Erde von Westen nach Osten, möglichst nahe dem Äquator über der Erde kreist. Höher sollte man nicht gehen, sonst kommt man in eine Zone besonders scharfer kosmischer Strahlen, die besondere Schutzmaßnahmen nötig machen würde. Diese Station besteht eigentlich nur aus zwei Raumschiffen, die durch ein Stahlseil miteinander verbunden sind und um einander rotieren, um der Mannschaft das Gefühl der Schwere vorzutäuschen, denn die Station kreist ja um die Erde, und ihr Gewicht ist durch die Zentrifugalkraft aufgehoben.

In der Mitte des Seiles ist die Fliehkraft am wenigsten zu spüren. Hier haben die Gegenstände scheinbar kein Gewicht, und hier wird aus Drahtnetz eine große Hohlkugel errichtet, die als Montagehalle dient. Dort wird ein sogenanntes elektrisches Raumschiff zusammengebaut. Es stößt seine Treibstoffe auf elektrischem Wege ab. Dabei können zehnmal höhere Abstoßungsgeschwindigkeiten als bei chemischen Treibstoffen erreicht werden. (Der Leser muß schon verzeihen, daß ich hier aus Geheimhaltungsgründen keine bestimmten, bisher erreichten Zahlen nennen darf.) So kann das elektrische Raumschiff trotz der starken Panzerung der Mannschaftsräume gegen kosmische Strahlung gleichwohl mit geringem Treibstoffverbrauch hohe Geschwindigkeiten erreichen. Wenn das erste elektrische Raum-

schiff seine Probefahrt in der Nähe der Weltraumstation zur Zufriedenheit bestanden hat, wird es zum Mond aufsteigen und diesen umkreisen. Es kann nämlich nicht auf einem größeren Weltkörper landen, es ist dazu zu leicht und weitausladend gebaut, und seine Rückstoßkraft ist zu gering. Es kreist vielmehr als Satellit um den Mond, während eine kleinere Rakete mit chemischen Treibstoffen mit Expeditionsteilnehmern zum Mond nieder- und später wieder von ihm zum elektrischen Raumschiff aufsteigt, welches dann zur Station zurückkehrt.

Später werden dann auf dem Mond Bergwerke, Wohnräume, Verhüttungs- und Fabrikanlagen entstehen, während um den Mond eine zweite Station kreist und diese Dinge in Empfang nimmt und zusammenbaut. Sie stellen sich nämlich vom Monde geholt etwa tausendmal billiger, als wenn man sie von der Erde heraufbringen würde.

Bauten im Weltraum — Die Sterntag-Stationen (Fixed orbit stations)

Wenn eine Station 36 000 km hoch über dem Erdboden kreist, so braucht sie zu einem Umlauf genau einen Tag. Wenn sie von Westen nach Osten kreist, so schwebt sie stets über demselben Ort, weil sich auch die Erde in der gleichen Zeit einmal um ihre Achse dreht. Dabei überblickt die Station dreisiebentel der gesamten Erdoberfläche. Drei solche Stationen würden die gesamte Erde beherrschen. Sie könnten dazu dienen, Fernsehwellen, die man ihnen von der Erde aus zusendet, verstärkt an die ganze Erde zurückzustrahlen, entweder direkt oder auf dem Umweg über die Nachbarstationen. Auf diese Weise würden unsere Fernsehkanäle überflüssig, und man könnte jeden Fernsehempfänger auf der ganzen Erde gebrauchen. Weiter könnten diese Stationen auch scharf gebündelte Ultra-Kurzwellen nach der Erde senden, die nur in einem sehr kleinen Bereich wahrnehmbar sind. Wegen der hohen Hertzzahlen könnte man diesen Wellen eine Modulation aufdrücken, die selber als Trägerfrequenz für weitere Modulationen dient, so daß auf dem gleichen Strahl gleichzeitig 10—100 000 Telegramme, Ferngespräche und sogar Bildreportagen laufen könnten, wobei das Briefgeheimnis gewahrt bliebe.

Weiter kann man auch große Flächen aus leicht gespanntem, sehr dünnem Metallblech um die Erde kreisen und das Sonnenlicht nach der Erde strahlen lassen. Ein solcher Spiegel könnte Hunderte von Kilometern groß sein, denn er wiegt ja nichts, und wenn er aus Einzelfacetten besteht, so könnte man diese zur Nachtbeleuchtung großer Städte verwenden. Wenn man das Licht mehrerer Facetten auf einen Eisberg konzentriert, so kann man ihn wegschmelzen. In gleicher Weise könnte man auch den Weg zu Häfen im hohen Norden eisfrei halten.

Man könnte auch künstlich barometrische Tiefdruckgebiete erzeugen und mit dem dadurch entstehenden Wind die Zugstraßen der natürlichen barometrischen Minima beeinflussen. Man könnte im wahrsten Sinne des Wortes „das Wetter machen" und Wüsten und Steppen zu Regen und anderen zu sehr vom Regen heimgesuchten Gebieten zu schönem Wetter verhelfen.

Ferner könnte man das Klima der Polarländer verbessern. Allerdings könnte man mit einem solchen Spiegel auch viel Schaden machen, z. B. ganze Städte zerstören, Munitionslager in die Luft sprengen und anderes mehr.

Schließlich könnte man auch noch an große Sonnenkraftwerke denken, die um die Erde rotieren und elektrische Energie erzeugen. Ich werde in nicht zu ferner Zeit zeigen, wie diese elektrische Energie aus dem Weltraum zur Erde gebracht werden kann. Augenblicklich kann ich darüber noch nicht sprechen, denn es handelt sich um eine US-Patentanmeldung, die noch nicht heraus ist.

Nun noch einige Worte zum russischen Weltraum-Propaganda-Feldzug. Natürlich hätten die Russen mit dem „21. Parteitag" statt der 1400 kg schweren Instrumentenladung auch eine Zelle mit einem Selbstmordkandidaten oder einem Gefangenen und etwas flüssige Luft und Proviant in die Planetenräume schießen können. Er hätte sogar eine, wenn auch nur geringe Chance gehabt, die Rakete wieder zur Erde zurückzulenken, denn ein Mensch ist hier den seelenlosen Steuerungsautomaten unbemannter Raketen überlegen. Indessen würde man bei solchen bemannten Propagandaflügen eigentlich nichts erfahren, was man nicht auch mit unbemannten Raketen erfahren könnte. Der Weg zu einer lukrativen bemannten Weltraumfahrt wird vielmehr über die Sprungbrettstation und das elektrische Raumschiff gehen.

Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner

Der Salto mortale der bayerischen SPD

Der Salto mortale der Bundes-SPD, den Rudolf Pikola im Heft 11/58 dieser Blätter schildert, kann ergänzt werden durch den ebenso schlimmen Salto, den die SPD sich in Bayern auf kulturellem Gebiet geleistet hat. Es ist kein Trost, daß sie dabei nicht allein steht. Eigentlich ist dies Bild des Salto fehl am Platze. Denn gute Saltospringer fallen wieder auf ihre eigenen Füße; das ist hier nicht der Fall. Diese politischen Springer landen im Leeren.

Wenn man die Geschichte der bayerischen Lehrerbildung seit, sagen wir einmal, 1953 schreiben wird, so wird man ein Mosaik erhalten, in dem die Farben aller Beteiligten seltsam durcheinander wirbeln und nur ein erkenntlicher Faden sich ungestört und unaufhaltsam vom Anfang bis zum Ende durchzieht. Dieser Faden ist schwarz. Das berühmte heiße Eisen ist kalt geworden. Das bayerische Lehrerbildungsgesetz ist als glatter Sieg der niemals von ihrer Grundkonzeption abgewichenen CSU am 2. Juni 1958 Tatsache geworden.

Seit Jahrzehnten kämpft die SPD für die Gemeinschaftsschule. Das Kampffeld war in Bayern allerdings abgesteckt durch den Artikel der Verfassung über das Verhältnis von Bekenntnis- und Gemeinschaftsschulen. Gerade durch diese Begrenzung gewann der Kampf um die Lehrerbildung für die beiden kulturellen Lager erhöhte Bedeutung. Die CSU verlangte immer die Voll-Konfessionalisierung auf Grund ihrer Auslegung des bayerischen Konkordates, die SPD schien von der simultanen Lehrerbildung mit Berücksichtigung ihrer Auslegung des Konkordates nie abgehen zu wollen. So trat dieser hochpolitische Streit um dies Kernstück bayerischer Kulturpolitik in das entscheidende Stadium. Der Endkampf begann in der Legislaturperiode der großen Koalition 1950 bis 1954. Je mehr von den ungezählten Einzelheiten dieses Kampfes, der offen und hinterhältig, klar und verschwommen, offen und verbrämt ausgetragen wurde, bei dieser Betrachtung weggelassen werden, desto schärfer treten die Konturen der gegenteiligen Fronten hervor.

Im Landtag jener Periode herrschte Inflation an Gesetzentwürfen zu dem Thema. SPD, BP, FDP verlangten mit eigenen Entwürfen simultanen Gesamtcharakter der Lehrerausbildung an Universitäten, die CSU konfessionellen Charakter an

selbständigen pädagogischen Hochschulen. Zu der simultanen Ausbildung sollte eine Sonderausbildung entsprechend dem Konkordat angefügt werden. Die CSU steht eindeutig zum Bekenntnischarakter der pädagogischen Hochschule. Auch weiß sie nur zu gut, daß das zusätzliche Zugeständnis der Einrichtung von simultanen Anstalten „entsprechend dem Bedarf" bei den bayerischen Verhältnissen eine Farce ist —, wie auch im endgültigen Gesetz von 1958. Kommt die Lehrerbildung in irgendeiner Form an die Universität, so kann sie nicht voll-konfessionell sein. Das widerspricht dem Charakter unserer Universitäten. Es gibt theologische Fakultäten dort, aber keine konfessionellen Institute. Man hätte deshalb schon damals den Pferdefuß in dem Vorschlag von pädagogischen Hochschulen an Stelle der Universitätsausbildung erkennen können. Die Fronten verhärten sich. Beide Parteien holen Rechtsgutachten ein. Die SPD läßt sich von bedeutenden Juristen nachweisen, daß das Konkordat auf keine voll-konfessionalisierte Anstalt Anspruch erhebt, die CSU das Gegenteil. Sprecher der SPD bis in die höchsten Spitzen, Vertreter ihrer Organisationen wie der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, legen in Wort und Schrift unzweideutiges Bekenntnis zu freier Universitätsbildung ab. Der bayerische Lehrer- und Lehrerinnen-Verein tut desgleichen. Der Arbeitskreis der SPD-Juristen zusammen mit dem kulturpolitischen Arbeitskreis der SPD lehnen die Konfessionalisierung ab. Die Fronten scheinen klar. Nun hatten die Universitäten schon vorher auf eine etwas rhetorisch gefaßte Anfrage des Kultusministeriums die Übernahme der Lehrerausbildung mit Begründungen abgelehnt, die für den Lehrerstand nicht immer schmeichelhaft waren. Auch die Universitäten kennen anscheinend jene Kunst des Salto mortale. Hatten sie im Jahre 1929 unter Führung von hervorragenden Pädagogen wie Aloys F i s c h e r die Ausbildung der Lehrer an der Universität als der einzigen hierzu geeigneten Unterrichtsstätte geradezu gefordert, so fanden sie nun auf einmal, daß die Lehrer nicht an die Universitäten gehören. Wie das Gutachten der Münchener Universität zustande kam, wäre allerdings einer Untersuchung durch das Kultusministerium wert gewesen. Denn die dabei in Betracht kommenden Vorgänge waren wohl nicht nur außerhalb des Ministeriums bekannt. Aber da die Universitäten frei sind, konnten die geplanten konfessionellen Hochschulen gar nicht in ihren Rahmen passen. Dieser Tatbestand war 1929 nicht gegeben. So legte man das Gesetz einstweilen ad acta und einigte sich für die laufende Regierungsperiode auf die organische Entwicklung der praktischen Reformen auf dem Verwaltungswege. Die CSU hatte schweres Geschütz auffahren lassen in Gestalt höchster Würdenträger der Kirche, die von der Kanzel gegen die freie Lehrerbildung donnerten. Nichts konnte ihre Festigkeit und die Wankelmütigkeit des Ministerrates erschüttern. Auch nicht eine der bekannten Scholastika-Versammlungen über das Thema Lehrerbildung, in der der Redner der CSU nicht nur von Vertretern anderer politischer Richtungen, sondern auch von Eltern, Ärzten und Journalisten restlos zugedeckt wurde. Nun wird auch leider die protestantische Kirche radikal nach dem Grundsatz, daß sie hinter der katholischen Kirche in ihren Forderungen nicht zurückstehen darf. Daß diese sogenannten Reformen nur durch die Verwaltungsmaschine des der CSU ergebenen Kultusministeriums vorwärtsgetrieben würden, beachtete man leichtsinnigerweise nicht weiter. Die Versuche zu einer Kompromißlösung gingen fort, obwohl für jeden Kenner bayerischer Kulturpolitik ein Kompromiß in der entscheidenden Frage unmöglich ist. Die neue Vierer-Koalition gegen die CSU gebiert einen neuen Gesetzentwurf. Nun schon staatliche pädagogische Hochschulen freien akademischen Charakters mit dem Zugeständnis bestimmter konfessionsgebundener Professuren. Stolz verkündete die Koalition, sie werde über die heißen Eisen gehen, ohne sich die Fußsohlen zu verbrennen. Den in dünnen Schwaden aufsteigenden,

bereits recht heißen Rauch wollte man nicht wahrnehmen. Eine Studienkommission von vorwiegend jenseits des Maines herstammenden Gelehrten brachte einen Vorschlag in Tutzing ans Licht. Mit seiner Überkomplizierung der bürokratischen Verwaltung und einer verschleiert empfohlenen Konfessionalisierung von zwei Anstalten unter einem Dach war er trotz ausgezeichneter Einzelgedanken eine unbrauchbare Lösung. Man hätte die darin enthaltenen Pferdefüße vielleicht vermeiden können, wenn man ein paar von den reichlich vorhandenen bayerischen Volksschul-Pädagogen zugezogen hätte. So fruchtete auch dieser Versuch nichts. Wieder wettert die CSU und die Kirche gegen den Koalitionsentwurf. So schwelt das Übel weiter. Ein neuer Kultusminister, dessen Laufbahn wie die seines Nachfolgers von seltsamen Wandlungen begleitet war, legt als erste Reform Lehrerbildungsanstalten zusammen. Das war eine längst geplante Maßnahme, die allerdings von Kennern der Lage aus praktischen Gründen zwar zu befürworten war, die aber zugleich die straffere Konfessionalisierung gegenüber den bisher doch noch etwas lockeren Methoden ermöglichte. Hier zeigte sich schnell die Gefahr einer Verwaltungsregelung ohne Gesetz.

Die Vierer-Koalition unter Führung der SPD hatte ihre Chance nicht genützt. Und doch war gerade das Zustandekommen dieser ungewöhnlichen und auch innerlich auseinanderstrebenden Koalition gegen die CSU in weiten Kreisen des Bayernlandes mit herzlicher und hoffender Schadenfreude aufgenommen worden.

1958 geht die SPD in Opposition. Der Gesetzentwurf der Vierer-Koalition verschwindet in der üblichen Versenkung. Schnell taucht ein neuer Plan auf mit dem stolzen Namen des Ministerpräsidenten, der Seidel-Plan. Er geht unter anderem auf Quellen außerhalb Bayerns zurück, da, wo sich gewisse bayerische Politiker in gewissen Fragen, die Bayern selbst lösen sollte und könnte, Rats erholen.

Dieser neue Plan setzt an Stelle der „christlich-abendländischen" Grundlage der Lehrerbildung nur die christliche. Wenn man nur hätte folgern können, daß die Verfasser desselben das Wort „abendländisch" ausgemerzt haben, weil das Wort so schlimme lange Perioden krassester Intoleranz in sich begreift! Aber diese Folgerung muß schnell dem Gegenbeweis im Artikel 13 weichen, wo entgegen dem immerhin das Konkordat in eigener Beurteilung weitgehend berücksichtigenden Entwurf der Vierer-Koalition mit alter CSU-Klarheit ausgesprochen wird: die pädagogischen Hochschulen haben bekenntnismäßigen Charakter und über die Berufung von Lehrkräften — nicht nur in konfessionsgebundenen Fächern! — müssen die Kirchen gehört werden. Da hätte man das leider so oft mißbrauchte Wörtchen „abendländisch" im obigen Sinne zur Stütze dieses von „so klarer Toleranz" deutenden Paragraphen ruhig stehenlassen können! Auch der alte Trick der CSU bezüglich der Errichtung einer simultanen Anstalt bei Bedarf taucht wieder auf.

Der Seidel-Plan stößt in der Öffentlichkeit auf bemerkenswerten Widerstand. Auch die SPD ist nicht einverstanden. Aber man spannt die öffentliche Meinung wieder nicht vor den eigenen Wagen. Man redet und verhandelt weiter. Abermals werden die Universitäten gefragt. Fast jubilierend werden die Antworten der bayerischen Universitäten als eine Zustimmung zu dem unter der Herrschaft der CSU nunmehr gezimmerten Gesetz hinausposaunt. Leider zumeist von Leuten, denen die Grundsätze des akademischen Bereiches reichlich fremd sind. Erlangen und im Anschluß daran München erklären sich bereit, „die theoretisch-wissenschaftliche Ausbildung der Lehrerstudenten in Erziehungswissenschaft und den für den Lehrberuf wichtigen wissenschaftlichen Nachbardisziplinen s e l b s t v e r a n t w o r t l i c h zu übernehmen, also insbesondere in Pädagogik, Psychologie, Soziologie und Philosophie". Würzburg würde bereit sein, Vertreter der Erziehungswissenschaft an der pädagogischen Hochschule lehren zu lassen. Das

ist alles nichts anderes als eine sehr deutliche Absage an die Voll-Konfessionalisierung der Lehrerbildung. Es verlohnt sich nicht, angesichts dieser unbestreitbaren Tatsache auf Verlautbarungen von sogenannten Pädagogen einzugehen, selbst wenn sie an der Spitze von Fachorganisationen stehen, daß jetzt auf einmal die alten Ideale der nach geistiger Freiheit und Universitätsausbildung strebenden Lehrerschaft erfüllt seien. Die Universitäten hatten nur das getan, was jeder Akademiker von ihnen erwarten mußte, nämlich die Wahrung der Freiheit wissenschaftlicher Ausbildung. Obwohl die Bedenken auch bei der SPD nicht schweigen, so läßt sich die liberale Politik in dem Gestrüpp von Einzelfragen auf bequeme Krummwege locken, die keinen Ausblick mehr auf das Ganze gestatten. Das Ende, das verhängnisvolle Ende ist das bayerische Lehrerbildungsgesetz der CSU-Regierung vom 2. Juni 1958. Es wird als dringlich verkündet und schon am 1. August gleichen Jahres in Kraft gesetzt. Warum diese Hast? Fürchtet man, daß doch wieder das Gewissen vieler Mitbeteiligter und Mitbetroffener erwachen würde?

Mit diesem Gesetz hat die SPD und mit ihr die FDP ihren Salto mortale ins Leere vollendet, hinein in eine völlig ungewisse, für ihre kulturpolitischen Ideen unter Umständen tödliche Zukunft. Sie stimmen im Landtag zu. Auch die anderen Nicht-CSU-Parteien stimmen zu. Aber sie hatten ja nie so festgefügte Grundsätze in diesem Bereich wie die SPD und FDP. Sie können sich Konjunkturritterei erlauben. Das Gesetz ist nun nicht mehr ein Gesetz der CSU-Mehrheit und ihrer Satelliten, sondern ein Gesetz auch der SPD und FDP; sie haben mitverantwortlich gezeichnet.

Das Gesetz ist das Gegenteil der ursprünglichen Absichten der liberalen Parteien und der weitaus überwiegenden Mehrheit der bayerischen Lehrerschaft. Die Folgen sind unabsehbar. Wann wird man über die Konfessionalisierung der auf die pädagogischen Hochschulen vorbereitenden höheren Schulen zu verhandeln beginnen? Wann werden neue Vorstöße der Konfessionen in den akademischen Bereich einsetzen? Das Gespenst der Konfessionalisierung höherer Schulen und des Einbruchs der Intoleranz in die Freiheit der Universitäten steigt auf.

Schon im Laufe dieses Jahres 1958 haben führende Pädagogen, im Schulsystem erfahrene und erprobte Experten des liberalen Lagers, scharfe Kritik an dem Gesetz geübt.

Und wie berechtigt diese Kritik ist, zeigt ein unabhängiger Blick auf einige wesentliche Artikel des Gesetzes.

Artikel 11: Die pädagogischen Hochschulen haben bekenntnismäßigen Charakter nach Maßgabe dieses Gesetzes. Damit ist die uralte Konzeption der SPD von der freien Lehrerbildung und damit von der Gemeinschaftsschule zerschlagen. Artikel 13 bestimmt, daß die Studenten nicht nur Religionspädagogik und Religionslehre, sondern eine durch Rechtsverordnung der Staatsregierung festzusetzende Zahl von Vorlesungen in Philosophie, Psychologie, Pädagogik und Methodik weltanschaulich bedeutsamer Fächer, einschließlich Seminaren und Übungen, entweder an einer katholischen oder evangelischen pädagogischen Hochschule hören und darüber an der gleichen Hochschule die erste Prüfung ablegen müssen. Damit ist die „selbstverantwortliche" Betreuung der Lehrerstudenten durch die Universität in diesen Fächern hinfällig. Die Zahl der vorgeschriebenen konfessionellen Pflichtstunden wird keinem Studenten mehr Zeit lassen zum Hören freier Vorlesungen an einer Universität, geschweige denn zur Teilnahme an Universitätsseminaren und Übungen. Was nützt die in Artikel 2 vorgesehene Immatrikulation der Lehrerstudenten an einer Universität, wenn der Student dort nicht in vollem Ausmaß sich dem freien akademischen selbstgewählten Studium in einzelnen Fächern hingeben kann? Werden alle Professoren der Universitäten

als Lehrer von den konfessionellen Leitern der pädagogischen Hochschulen anerkannt werden? Oder wird man sich auch hier auf ordinariats-gefügige Dozenten beschränken? Was nützt es dem Studenten, wenn er an einer pädagogischen Hochschule studiert, die so weit von der nächsten Universität entfernt ist, daß ein Studium selbst im kleinen Ausmaß an dieser eine technische Unmöglichkeit wird? Aber es steht ja dort in Artikel 3 zur Zufriedenheit und Beruhigung aller friedliebenden Politiker und aller Kleriker, daß die pädagogische Hochschule eine institutionell selbständige Einrichtung der Universität ist. Ob sie es in Wirklichkeit ist oder jemals werden kann, das überläßt man frohgemut der schwarzen Zukunft. Wenn nur die Gegenwart gewonnen scheint! Haben sich denn die Universitäten überhaupt zur Übernahme der pädagogischen Hochschulen als Einrichtung der Universität bereit erklärt? Bis heute noch nicht. Gott sei Dank, müssen wir sagen; denn sonst wäre der erste Schritt zur Konfessionalisierung der freien Universitäten dadurch getan, daß ein Konfessionsinstitut ein Stück der Universität wird. Dieser Artikel ist illusorisch; denn die Universitäten können und dürfen in dieser Form nicht zustimmen. Aber das Gesetz durchbricht sich ja selbst. Denn der Artikel über die Genehmigung von nichtstaatlichen pädagogischen Hochschulen macht jenen Artikel 3 hinfällig. Das gibt das Gesetz durch den Genehmigungsparagraphen ja seelenruhig zu. Diese privaten Institutionen müssen keiner Universität angeschlossen sein. Artikel 2, 3 und 4 sind ausdrücklich als Bedingungen für private pädagogische Hochschulen in dem Genehmigungsartikel ausgelassen. Die bischöfliche pädagogische Hochschule in Eichstätt ist bereits durch den Kultusminister feierlich eröffnet worden. Es ist ein klerikales Lehrerseminar, dessen Errichtung, ganz gleich, ob es gut oder schlecht ist, dem Gesetz ins Gesicht schlägt, das vorgibt, den Lehrern endlich die langersehnte Universitätsausbildung zu schenken. Aber SPD und FDP haben ja zugestimmt. Weiterhin: Der Vorstand des Instituts trägt nicht der Universität, nicht der Fakultät und dem Senat gegenüber die Verantwortung für seinen Betrieb, sondern dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Damit ist eine neue Schranke zwischen dem konfessionellen Betrieb der pädagogischen Hochschule und der freien Atmosphäre des akademischen Lebens aufgerichtet. Ebenso werden dem Institut für die Durchführung von Forschungsaufgaben nähere Bestimmungen des Ministeriums in Aussicht gestellt. Damit entfällt die Freiheit der Forschung, ein weiteres Bollwerk freier Universitätsausbildung. Selbst wenn eine simultane pädagogische Hochschule „bei Bedarf" errichtet werden sollte — jeder weiß, daß bei der Struktur des bayerischen Volksschulwesens und der Intoleranz bei Berufung von Lehrern dieser Bedarf nie in Erscheinung treten wird — muß nach dem Gesetz dem Verlangen der Kirchen nach Errichtung konfessioneller Lehrstühle für Religionspädagogik und Religionslehre stattgegeben werden. Nichts enthält das Gesetz über ein Wahlfach, was von verschiedenen Gesichtspunkten aus einen großen Mangel darstellt, nichts über die seit Jahren diskutierte, von den Universitäten verlangte und gerade für die Lehrer besonders wichtige politische Bildung, nichts über ein Studium Generale, an das sich sogar die Universitäten schüchtern heranwagen, wie Freiburg. Gerade diese Bewegungen hätten dem Ministerium Gelegenheit geboten, die in wertvollen akademischen Gremien erarbeiteten Pläne zu politischer und kultureller Allgemeinbildung zu verwerten. Nichts dergleichen geschah. Der pädagogischen Hochschule in Augsburg wurde, wie wir hören, gesagt, sie sei nun Universität — natürlich kleinsten konfessionellen Kalibers —, weil man einerseits treu dem Gesetz den Universitätscharakter der Hochschule betonen wollte, andererseits aber genau wußte, daß ein gleichzeitiges Studium an der Universität München, was wieder dem Gesetz entsprechen würde, ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Nichts ist erreicht worden als eine Ausdehnung des Studiums auf sechs Semester und eine gehobene Stellung der Lehrer an den pädagogischen Hochschulen. Mit der freien, echt akademischen Universitätsausbildung auch nur in der theoretischen Grundsausbildung ist es für lange vorbei.

Und dazu noch das Letzte. In der Präambel sind die stolzen Worte zu lesen, daß das Gesetz entsprechend den Erfordernissen der bayerischen Verfassung, des Konkordates und des Kirchenvertrages beschlossen wurde. Ohne Zweifel ist die Erfüllung des Artikels 107 der bayerischen Verfassung, der von der Glaubens- und Gewissensfreiheit handelt, durch die Tendenz dieses Lehrerbildungsgesetzes in einem der entscheidenden Bereiche unseres kulturellen Lebens gefährdet. Aber auf das sei nur nebenbei hingewiesen. Klar und deutlich steht vor uns der Artikel 108: die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Jeder kann sich ausrechnen, für wieviel Wissenschaften dieser Artikel bei diesem „Universitätsstudium" des Lehrers außer Kraft gesetzt wird. Die Wissenschaft ist unteilbar. Wo soll der Lehrer die unteilbare Wissenschaft finden? Bei den konfessionellen Instituten oder den freien Fakultäten? Denn hören darf er ja bei beiden! Aber geprüft werden darf er nur bei einer. Auf die bayerische Verfassung hätte man sich lieber nicht berufen sollen. Und was das Konkordat anlangt, so haben sich ja die liberalen Parteien, allen voran die SPD, von erstklassigen Juristen schon vorher bestätigen lassen, daß dieses Gesetz nicht dem Konkordat entspricht. So ist selbst die Präambel im innersten Kern unwahr und heuchlerisch.

Jubelnd wurde das Gesetz von allen Unterzeichnern als die Krone politischer Weisheit und lobenswerten Einheitswillens der Parteien zum Wohl unseres Volkes in den Himmel gehoben. Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnen-Verein feierte im Hotel „Vierjahreszeiten", dem teuersten Münchner Hotel, in einem festlichen Empfang, an dem eine Anzahl Spitzenprominenter teilnahm, Arm in Arm mit der katholischen Erziehergemeinschaft diesen Sieg der Demokratie und des Parlamentarismus! Man kann hierzu nur mit verwundertem Kopfschütteln sagen: die armen Lehrer — wobei das Wörtchen arm in zweierlei Bedeutung genommen werden kann.

Das ist das Ende eines langen Freiheitskampfes und das Kernstück der bayerischen Erziehung und daher der bayerischen Kulturpolitik. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer, der sich doch eigentlich hinter diesen grandiosen Erfolg seiner Partei und seiner bayerischen Fachgenossen stellen müßte, gibt seinem kritischen Aufsatz über das Gesetz in „Volk und Schule" die Überschrift: „Der Vatikan hat gewonnen". Das kann nur heißen: die SPD hat verloren.

Die Frage ist berechtigt, zu welcher Partei in Bayern sich ein liberaler, freiheitlich gesinnter Bürger, der das Christentum nun in seiner positiv abendländischen Wirkung und Tiefe auffaßt und es als allgemeine tolerante Grundlage unserer europäischen Sittlichkeit anerkennt, schlagen soll? Wir haben keine mehr. Das Spiel ist für lange Zeit verloren. Und jene Bürger gehen, wie man so zu sagen pflegte, in die innere Emigration. Dort können sie wenigstens echt und aufrichtig bleiben, bis eine der liberalen Parteien sich wieder von Bindungen löst, die ihr inneres Gefüge zu zerstören drohen, bis die Freiheitsparagraphen der bayerischen Verfassung auch für den betrogenen Lehrer Geltung haben.

Ulrike Meinhof, stud. phil.

Der Studentenkongreß gegen Atomrüstung in Berlin

Der Studentenkongreß gegen Atomrüstung in Berlin war die bisher größte Veranstaltung der studentischen Atomrüstungsgegner in der Bundesrepublik. Geplant seit Juni 1958, fand er zu einem Zeitpunkt und an einem Ort statt, an dem die Bedeutung dieses Ereignisses von seinen Gegnern nicht verschwiegen, von seinen Freunden nur begrüßt werden konnte. Schon vor Beginn wurde der Kongreß durch die Westberliner Presse mit allzu deutlichem Mißbehagen als „Dilettantismus" und als „politische Ahnungslosigkeit" bezeichnet, und wieder waren es die bösen Kommunisten, die nach Meinung dieser Presse Regie bei den Studenten führen würden. — Aber man hatte sich auf diesem Kongreß gegen jede „Unterwanderung" sorgfältig abgeschirmt. Man war nicht gewillt, sich von irgendeiner Seite gängeln zu lassen, — auch nicht von bonn-geneigten Politikern in Westberlin und einer regierungstreuen Presse.

So begann es

Der Kongreß wurde am 3. Januar morgens in Anwesenheit aller Teilnehmer: des Plenums, des Präsidiums, der Referenten und der Kongreßleitung eröffnet. Als Erster hatte Prof. Helmut Gollwitzer (Berlin) als Mitglied des Präsidiums das Wort. Seine Begrüßung gab auch inhaltlich dem Kongreß Auftakt und Richtung, indem er mit aller Klarheit formulierte, was allen bewußt war und was zu diesem Zeitpunkt und an diesem Ort gesagt werden mußte: Die Atomrüstung gibt uns keine Sicherheit, sie hat als erstes Berlin gefährdet. — Nach ihm sprach Dr. Walter Menzel als Vorsitzender des Arbeitsausschusses Kampf dem Atomtod (Bonn) und als beauftragter Vertreter des Parteivorstandes der SPD. Kurt Mattik, als stellvertretender Vorsitzender der Berliner SPD, wurde, als er an das Mikrophon trat, von einem Teil des Plenums mit Zischen begrüßt, was offensichtlich weniger seiner Person als dem politischen Kurs seiner Berliner Parteifreunde galt, die er vor dem Kongreß zu vertreten hatte. Mißfallenskundgebungen wiederholten sich, als er — fast apologetisch für die Bonner Politik eintretend — die Gefahr der westdeutschen Atomrüstung durch den Hinweis auf die „Gefahr totalitärer Kräfte in unserer Welt" zu verharmlosen suchte. Solche Argumentation erinnerte allzusehr an die Regierungsterminologie und ihre Verschleierungsmethoden; Dr. Müller-Gangloff sprach als Vorsitzender des Berliner Arbeitsausschusses gegen den Atomtod; Bertil Svahnström von der „Aktionsgruppen mot Svensk Atombomben" (Stockholm) überbrachte Grüße aus Schweden; Prof. Wagner (London) überbrachte Grüße aus England; Manfred Rexin, als studentischer Sprecher der Kongreß-Leitung, teilte Grußadressen mit von Dr. Günther Anders, Stefan Andres, Philip Noel Baker, Prof. Max Born, Albrecht Goes, Prof. Walter Jens, Gertrud von Le Fort, Frau Prof. Riemeck und Prof. Walter Hagemann (die Grüße letzterer wurden mit anhaltendem Beifall entgegen genommen), Bertrand Russell, Herbert Wehner, Prof. Konrad Zweigert, dem Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, dem Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz, dem Vorsitzenden der IG Bergbau, Guthermut, dem Vorsitzenden der IG Metall, Brenner, u.v.a.m. Brenner forderte in seiner Grußadresse den Kongreß auf, die Zusammenarbeit zwischen studentischer Jugend und westdeutscher Arbeiterschaft im Kampf gegen die Atomrüstung zu intensivieren, eine Aufforderung, die mit Zustimmung angehört und durch Abstimmung im Plenum positiv beantwortet wurde.

Schon diese Eröffnungssitzung hatte über das Anliegen der in Berlin versammelten Studenten keinen Zweifel gelassen: Man wollte ohne Rücksicht auf Eigeninteressen irgendwelcher Gruppen des öffentlichen Lebens über jene Fragen diskutieren, die heute von vordringlicher Bedeutung sind. Man wollte gemäß altem akademischen Brauch durch „keinerlei äußere Rücksichten eingeschränkt" nach der Sache und der ihr immanenten Wahrheit fragen. Man war weder bereit, sich Phrasen anzuhören, noch die bestellten und erwarteten politisch destruktiven Bekenntnisse abzuliefern.

Der Kongreß — eine Arbeitstagung

Der Kongreß war seiner gesamten Anlage nach ein Arbeitskongreß. Hier hatte man die Möglichkeit, über alle lokalen Schwierigkeiten hinweg Erkenntnisse auszutauschen, neue Fragen zu hören und weitere Antworten zu finden. Fast alle Teilnehmer standen seit nunmehr bald einem Jahr im politischen Kampf gegen die Atomaufrüstung, hatten seit Beginn des Winter-Semesters durch Diskussions- und Vortragsabende, durch Flugblattaktionen und Zeitschriftenartikel den Kongreß vorbereitet, waren zur Zielscheibe öffentlicher und persönlicher Diffamierungen ihrer CDU-orientierten Kommilitonen geworden und hatten die politischen Ereignisse des zweiten Halbjahrs 1958: Libanon, Formosa, Genf, Berlin in besonderer Weise zur Kenntnis genommen — Ereignisse, welche die Verhinderung der Atomaufrüstung erneut zwingend gemacht haben und welche — nachdem sie öffentlich und intern schon seit Monaten Gegenstand vieler Diskussionen und Auseinandersetzungen gewesen waren — auf dem Kongreß neu zur Sprache gebracht werden mußten. So vorbereitet ist weitaus die Mehrheit der Teilnehmer nach Berlin gefahren und auf solcher Grundlage ist in den fünf Arbeitsausschüssen diskutiert worden. Sie nannten sich: „Atomrüstung und Demokratie" (Referenten: Dr. Robert Jungk, Zürich, und Dr. Hanfried Lenz, München); „Atomrüstung und Wiedervereinigung" (Referenten: Probst D. Heinrich Grüber, Berlin, und Erich Kuby, München); „Atomrüstung und Außenpolitik der Weltmächte" (Referenten: Helmut Schmidt, MdB, Hamburg, und Prof. Dr. Gerd Burkardt, Hannover); „Atomrüstung und die Verantwortung des Wissenschaftlers" (Referenten: Prof. Dr. Wilhelm Weischedel, Berlin, und Prof. Dr. med. W. Bauermeister, Köln); „Atomrüstung und christliche Verantwortung" (Referent: Prof. Dr. Martin Fischer). Die gegenwärtig betriebene psychologische Vorbereitung der Aktion „Macht das Tor auf" und die schon vor dem Kongreß erfolgte Diffamierung der Teilnehmer durch die Westberliner Presse verpflichtete den Kongreß zu sauberer und rationaler Argumentation.

Diskussionen in verschiedenen Arbeitsgruppen und ihre Ergebnisse

Die Hauptthemen der Diskussion waren bestimmt durch die gemeinsame Ablehnung der bundesrepublikanischen Atomrüstung, welche eine Bedrohung der innenpolitischen Rechtsstaatlichkeit in der BRD und des mitteleuropäischen und internationalen Friedens darstellt. — So stand in der Arbeitsgruppe „Atomrüstung und Demokratie" die These von Robert Jungk „Atomrüstung und Demokratie schließen einander aus" im Vordergrund. Diese Formulierung fand in der abschließenden Plenarsitzung keine Mehrheit, während die Hauptresolution, welche die Diskussionsergebnisse der Arbeitsgruppen weitgehend zusammenfaßt, nahezu einstimmig angenommen wurde. Es heißt darin:

„Demokratie beruht auf der Möglichkeit des Nebeneinanderbestehens politischer Gegensätze. Der mit der Atomrüstung zusammenhängende Fanatismus und die Konzentration der Verfügungsgewalt in den Händen weniger unterhöhlen

aber dieses Prinzip. So ist die Bewegung gegen die Atomrüstung eine Bewegung für die Demokratie, wie sie der Westen proklamiert und nach deren Regeln auch dieser Kongreß über Spielraum für seine Arbeit verfügt."

In dem Arbeitsausschuß „Atomrüstung und Wiedervereinigung" ging es um die zentralen Probleme der gegenwärtigen Deutschlandpolitik in Ost und West, um die Gefährdung des Weltfriedens durch eine atomare Aufrüstung im zweigeteilten Deutschland und um die Notwendigkeit einer Überwindung der deutschen Spaltung, als Voraussetzung der mitteleuropäischen Entspannung. Ein durch Wahl berufenes Redaktionskollegium — dem u. a. Erich Kuby angehörte — verfaßte gegen Ende der letzten Arbeitssitzung dieses Ausschusses jene berühmt gewordene Resolution, die den Kongreß zu einem Politikum ersten Ranges gemacht hat und damit die Hoffnungen all derer endgültig zerschlug, die in der deutschen Studentenschaft noch heute den Hort der Reaktion und die Hochburg eines restaurativen Konservatismus gesichert glaubten. Die sorgfältig formulierte Resolution lautet:

„Die weltpolitische Lage wird in Kürze die beiden Teile Deutschland zwingen, miteinander zu verhandeln. Damit solche Verhandlungen möglich werden, ist es nötig, daß Formeln wie ‚Mit Pankow wird nicht verhandelt' aus der politischen Argumentation verschwinden. Das Ziel notwendiger Verhandlungen, die bisher stets von der Bundesregierung zurückgewiesen wurden, muß sein: 1. Die Umrisse eines Friedensvertrages zu entwickeln, 2. die möglichen Formen einer interimistischen Konföderation zu prüfen."

Über den Verlauf der Plenarsitzung, die anläßlich dieser Resolution beinahe gesprengt worden wäre, wird noch zu berichten sein.

Im Mittelpunkt der Aussprache im Arbeitsausschuß „Atomrüstung und Außenpolitik der Weltmächte" standen zunächst — im Anschluß an das Referat von Helmut Schmidt — militärstrategische Fragen einer schrittweisen mitteleuropäischen Abrüstung. Aber auch hier gelang es den Diskutanden, zu Fragen von politischer Bedeutung vorzustoßen, die hinter militärstrategischen Erwägungen meist nur verdeckt werden: Fragen eines Disengagement à la Healey/Gaitskell, Eden, Kennan, insbesondere Rapacki, hinsichtlich ihrer Relevanz für die Sicherung des Friedens, für einen Abbau der Positionen des kalten Krieges in Mitteleuropa und für eine Lösung des Deutschlandproblems. Die Möglichkeit von Verhandlungen mit den Ländern des Rapackiplanes und speziell mit der Regierung der DDR über Friedensvertrag und Konföderation wurde einbezogen in die Diskussion. Unumgänglich blieb darüberhinaus das Gespräch über die Ursachen des Verhaltens der SU und der USA in der Abrüstungsfrage, auf Grund der verschiedenen Wirtschaftssysteme einerseits und der außenpolitischen Interessen dieser Staaten andererseits.

Das Intermezzo in der Humboldt-Universität

Am Abend des ersten Tages folgten etwa hundert Kongreß-Teilnehmer einer Einladung des Rektors der Humboldt-Universität, Prof. Hartke, zu einer Aussprache mit Ostberliner Professoren, Studenten und dem Staatssekretär Girnus über das Thema: „Gemeinsam gegen den Atomtod". Die Westberliner Besucher — die „östlich infiltrierten", wie unsere Presse meint — protestierten daselbst an Ort und Stelle gegen die Inhaftierung ihrer Jenaer Kommilitonen und zischten, als Staatssekretär Girnus diese Proteste zurückwies unter Hinweis auf die anders gearteten Rechtsnormen in der DDR. Man diskutierte in aller Freimütigkeit über die Fragen um Friedensvertrag und Konföderation und beschloß — mit sechs Gegenstimmen — die Vorbereitung eines gesamtdeutschen Studentenkongresses gegen Atomrüstung. Diesen Beschluß interpretierte Prof. Schottländer (West-

berlin) folgendermaßen: Es könne sich dabei nicht um eine Aktionseinheit mit den Studenten der DDR handeln, vielmehr sollte praktiziert werden, was die Studenten in Ost und West von ihren Regierung verlangen, nämlich gesamtdeutsche Gespräche und eine Annäherung der beiden deutschen Teilstaaten.

Höhepunkt — Krach — Verständigung

In der abschließenden Plenarsitzung des Kongresses wurden zunächst folgende Beschlüsse gefaßt bzw. gebilligt: Die Kongreßleitung wurde beauftragt, an den Deutschen Gewerkschaftsbund, die Deutsche Angestelltengewerkschaft und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Briefe zu senden mit der Aufforderung, den Kampf gegen die Atomrüstung mit neuer Energie fortzusetzen. Sie wurde weiterhin beauftragt, an die Bundesregierung mit der Forderung — an die Regierung der DDR mit der Bitte heranzutreten, auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr resp. der Nationalen Volksarmee zu verzichten. Es wurde beschlossen, der Regierung der DDR die Bitte des Kongresses vorzutragen, man möge das Urteil über Studentenpfarrer Schmutzler revidieren. An die Delegationen der in Genf versammelten Atommächte soll ein Brief geschickt werden mit der Aufforderung, die Verhandlungen fortzusetzen und eine Einigung zu erzielen. Schließlich soll eine Informationszentrale eingerichtet werden, die alles Material über Atomrüstung und den damit verbundenen Fragenkomplexen sammelt und den örtlichen Studentenausschüssen verfügbar macht.

Es folgten die Berichte der einzelnen Arbeitsausschüsse. Schon als die Resolution der Arbeitsgruppe „Atomrüstung und Wiedervereinigung" verlesen wurde, spürte man ein erleichtertes Aufatmen im Saal. Das befreiende Wort war gefallen, auf das man weitgehend vergeblich gedrängt und gewartet hatte. Gleich nach Verlesung dieser Entschließung stand ein offensichtlicher Gegner der Resolution auf und beantragte Abstimmung ohne Debatte. Es war der gleiche Student, der bei dem Resolutionsentwurf der Demokratiearbeitsgruppe eine Debatte durch solchen Antrag verhindert und damit die Entschließung zu Fall gebracht hatte. Er gehörte zu jenen, die die Mitglieder der Wiedervereinigungsgruppe später beschuldigten, „mit Hilfe von Geschäftsordnungstricks ohne Debatte . . . eine Entschließung durchgesetzt zu haben, die die Wiedervereinigungspolitik der DDR sehr wesentlich unterstützt". — Sein Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, denn die Zeit drängte: zwei Stunden später sollte die Schlußkundgebung am Funkturm stattfinden. — Nachdem die Resolution — sicher zur Überraschung des Antragstellers — mit überwältigender Mehrheit (70 bis 80 %) angenommen war, verlas der studentische Sprecher der Kongreßleitung einen Brief von Prof. Stammer, in dem sich dieser von der Arbeitsweise des Ausschusses „Atomrüstung und Wiedervereinigung" distanzierte; er zog sich dadurch das Mißfallen des Plenums zu. Nach ihm erhielt Helmut Schmidt (Hamburg) das Wort, der die Vermutung aussprach, diese Resolution sei „an anderem Ort psychologisch vorbereitet worden", und das Plenum der „Kollaboration" mit der FDJ bezichtigte. Das Plenum erwiderte diese Unterstellung mit Pfui-Rufen und Zischen. Helmut Schmidt gab zurück: „Ihr Verhalten erinnert mich an das Benehmen der Regierungsparteien im Bundestag!", aus dem Plenum wurde pariert: „Und Sie verdächtigen ganz nach Kanzlerart!", woraufhin Helmut Schmidt seine Rede am Funkturm absagte und den Kongreß verließ. Eva Müthel und einige andere Präsidiumsmitglieder schlossen sich ihm an. Was nun folgte, war außerordentlich beschämend. Der studentische Sprecher der Kongreßleitung verlas eine angebliche ADN-Meldung: „Studenten-Kongreß anerkennt DDR", die man ihm zugeschoben hatte. (Die Meldung war fingiert, sie ist, wie inzwischen festgestellt worden ist, von ADN nicht gebracht worden!). Danach wurden „Distanzierungserklärungen" von abwesenden

Präsidiumsmitgliedern verlesen, die z. T. ebenfalls glatt erfunden waren, gleich der fingierten „ADN-Meldung".

Seit Helmut Schmidts demonstrativem Abgang war ein wachsender Tumult entstanden, der sich auf Grund der vorgetragenen Distanzierungserklärungen noch steigerte. Die lang aufgestaute Verbitterung der Studenten gegenüber der amtlichen Bonner Politik und den Halbheiten der Oppositionsparteien im Parlament war zum Durchbruch gekommen.

Die etwas ratlos gewordene Rest-Kongreßleitung bot ihren Rücktritt an. Der Vermittlung des Schweden Bertil Svahnström, des Studentensprechers Rexin, vor allem aber Probst Grübers war es zu danken, daß man sich schließlich doch wieder einigte. Die Kongreßleitung wurde erneut bestätigt und war bereit, die Kundgebung am Funkturm durchzuführen. Unter dem großen Beifall des Plenums erklärte sich Probst Grüber bereit, an Stelle von Schmidt zu sprechen. Man hörte nun noch in Ruhe die Berichte der anderen Arbeitsgruppen an und verließ, teils erleichtert, teils skeptisch den Saal. Der Rest gehörte der Presse.

Die Gegensätze auf der Plenarsitzung konnten nicht verhindern, daß man sich auf der Kundgebung zu gemeinsamer Demostration „für ein kernwaffenfreies Deutschland", gegen die „Hitlerei" und für die Demokratie wieder zusammenfand. Die dadurch erneut bekundete Übereinstimmung in den grundsätzlichen Fragen konnte nur diejenigen verwundern, die nicht erkannt haben oder nicht erkennen wollen, daß auch die Minderheit (die gegen die „Wiedervereinigungsresolution" gestimmt hatte) letztlich die Notwendigkeit von Verhandlungen und West-Ost-Gesprächen bejaht. Lediglich über Zeitpunkt und Form dieser Kontakte bestanden Meinungsverschiedenheiten; aber die Aktualität der umstrittenen Resolution und die Notwendigkeit, sich mit ihrem Inhalt auseinanderzusetzen, ist von niemandem bestritten worden, denn es war kein Kongreß für den kalten Krieg, nur ohne Atomwaffen, sondern ein Kongreß für den Frieden und die Verständigung zwischen den Völkern.

Es ist beschlossen worden, die Diskussion des Kongresses fortzusetzen und sie in einer „Woche für ein kernwaffenfreies Deutschland" weiter in die Studentenschaft hineinzutragen.

Prof. Dr. Anton Neuhäusler

Anachronismus der Menschheit

Hoheiten und Staatsmänner werden in Ländern, die sie offiziell besuchen, mit jenen in seltsame Haltung gebannten Menschen empfangen, die man als Soldaten mit präsentiertem Gewehr bezeichnet. Die so Geehrten dürfen dann die Front abschreiten. Es ist Symbol der kriegsgesättigten menschlichen Tradition, daß die Nationen als Clou der Ehrenbezeigung noch immer nichts Besseres zu „präsentieren" haben als ausgerechnet das Gewehr. Gewiß, man überreicht auch Blumen, vor allem, wenn es sich um weibliche Hoheiten handelt, aber das vorgehaltene Schießeisen, samt den ins Stillgestanden gegossenen Menschen mit Blickwendungs-Mechanismus, wird auch ihnen nicht erspart, und sie sind darüber auch nicht ungehalten.

Auch wenn man versuchen würde, die besondere Ehrung zu analysieren, die gerade im Senken der Gewehre vor dem Gast besteht, würde die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß immer noch, seit Völkergedenken, Soldaten die politischen Ehrenjungfern abgeben müssen und daß sie folglich nur mit dem Gewehr winken bzw. blinken können. Die Nationen, einschließlich der wiedererstarkten deutschen Halbnation, glauben immer noch — oder werden glauben gemacht —, das Waffenstarren gehöre schon als Überschrift auf die Visitenkarte oder auf das Willkommschild: Weil die Ehre der Nation in ihrer Wehrkraft liege, deshalb seien auch die Repräsentanten dieser Wehrkraft vornehmlich berufen, Ehre gegenüber dem Ausland zu bezeigen. In Wahrheit ist es, untrennbar damit verbunden, immer auch ein unbewußtes, primitives die Zähne zeigen — dank einem abgründigen Mangel an Zivilität, das heißt an Courage, nichts als ein Mensch, ein Bürger, ein Volk zu sein. Ohne Uniformen, Todesspritzen und entschlossene Gesichter unter dem Helm oder der Bullenmütze fürchten die Nationen — oder wenigstens ihre Politik- und Protokollchefs — das Rückgrat oder sogar das „Gesicht" zu verlieren. Als ob solche verkrampfte Attitude, perennes Sinnbild der Völkerverkrampfung, überhaupt ein echtes, ein menschliches Gesicht abgeben könnte, als ob nicht gerade dieses dadurch bis zur Unkenntlichkeit entstellt und verstellt würde.

Das aber ist — an unserem nebensächlich scheinenden Beispiel plötzlich aufdringlich geworden — der große Widerspruch in unserer schon gereiften Menschheitsstunde: Wir Völker, wir Deutsche, Franzosen, Briten, Skandinavier, Italiener, Spanier, Balkanesen, Amerikaner, Russen, Asiaten des vorderen und ferneren Orients, Afrikaner und Australier (die Nichtgenannten sind nicht vergessen), wir kennen unsere Gesichter. Wir haben uns ins Gesicht gesehen, nicht nur in das erstarrte und verzerrte des Feindes, sondern längst schon in das Gesicht des Freundes, des menschlichen Bruders. Wir haben uns, oft schon während, immer öfter aber nach der grauenhaften Verkennung und Verrennung des letzten Völkermordens, wirklich ins Gesicht gesehen, in das nichts als menschliche Antlitz: in Lazaretten und Gefangenenlagern — im seltenen Aufleuchten samaritärer Begegnung — in Okkupationen, in denen nur befohlener und suggerierter Haß die immer wieder durchbrechende Tendenz zur „Fraternisierung" bannen konnte. Später geschah es in beherzten Fühlungnahmen der „Feinde" und „Sieger" in unserem Land, in Kongressen, in Jugendlagern, im Studenten- und Dozentenaustausch, in Reisen — für die wir die ewig „forschen" Deutschen im Ausland nicht heranziehen wollen — in Staatsbesuchen, die, trotz der unerläßlichen Frontabschreitung, trotz Protokoll und Etikette, doch auch menschliches Begegnen im Namen der vertretenen Völker bedeuten konnten. Wir kennen das Gesicht des Bruders und der Schwester Mensch aus unvergeßlichen Filmen, amerikanischen, russischen, französischen, um nur einige der Reihe zu nennen. Wir kennen Literatur und Kunst, Denken und Fühlen der „fremden Menschen", die nur die gleichen Menschen in der faszinierenden völkischen Variation sind. Gerade im Bewußtsein aller Verirrungen und Exzesse der Feindschaft — von denen es freilich noch an vielen Orten traurige Reminiszenzen gibt — in der Abhebung von ihnen müssen wir sagen: Noch nie sind uns die Schuppen der Blindheit für das echt Menschliche so radikal von den Augen gefallen wie in der Gegenwart, die den Gegensatz menschlicher Gegnerschaft, als Feindschaft, und menschlicher Begegnung, als Freund- und Bruderschaft, erlebt hat, wie es bisher in der Geschichte nicht der Fall war und sein konnte.

Unter aller Verdeckung und Verschüttung erscheint heute der Mensch offenbarer als je zuvor. Er ist endlich bereit, den anderen Menschen, sei er wes Volkes und welcher Rasse immer, als den anderen Menschen zu erkennen, anzuerkennen und ihm wohlzuwollen; denn Wohlwollen ist größer, fundamentaler, über-

dauernder als Haß, der sich nur noch in beschämende Reservationen flüchtet. Der Mensch ist zur Menschlichkeit bereit gerade zwischen zwei Polen des Grauens: zwischen dem der Vergangenheit — das lebendig und wirksam zu erhalten wir nicht genug tun können, um die Vergeßlichen zu überstimmen — und zwischen dem einer möglichen Zukunft, das überhaupt unausdenkbar ist (und das deshalb von vielen Verantwortlichen, die gar nicht fassen können, was sie eigentlich zu verantworten haben, in seiner Eigentlichkeit ignoriert wird!). Sinnlose Verstrickung: Furcht vor Vernichtung oder Unterjochung durch einen „Feind" — der nie in einem Volk selbst liegt — Knäuel des Mißtrauens der Regierenden, aber auch Erstarrung der Verantwortlichen in utopischen Vorstellungen, in Prestigefurcht, in Kompromißunfähigkeit, lassen die ungeheure, weltumfassende Woge menschlicher Sympathie und Friedensbereitschaft, Feindschaftsmüdigkeit und Verbrüderungssehnsucht einfach nicht zur tragenden Welle der Geschichte werden. Dämme aus Irrtum, Mißverständnis, Verstocktheit, Imponiergehabe, bannen sie in die Rolle einer internationalen Untergrundbewegung des Herzens, die keine ausführenden Organe hat — eben weil sie keine Bewegung der Waffen ist. Das Menschliche selbst ist die erste Wirklichkeit unserer Zeit, aber es existiert wie mit abgehackten Händen. Die die Hände am Hebel der politischen Maschinerie haben, trauen ihm keinen Realitätswert, nur kraftlosen Idealitätswert zu. Und sie merken nicht, daß ihre politische Maschinerie selbst veraltet ist, die so aussieht: Hier mein Recht, und hier meine Drohungen, es durchzusetzen. Von Opfer, von Umdenken, das sich entschieden bemüht, auch Befürchtungen und Interessen des Gegners ganz zu verstehen, sie realistisch zum Verhandlungstisch zu erheben, ist wenig zu bemerken. Wenn diese Diagnose auch mehr oder weniger für alle Strategen des Kalten Krieges, in Ost und West, gelten soll, so bleibt uns doch als deutsche Leidtragende zunächst nur, sie für unseren akuten Bereich zu bedenken und auf therapeutische Maßnahmen zu sinnen, durch die eine Heilung der allgemeinen Heillosigkeit eingeleitet werden kann. Dazu hilft die konkrete Überlegung:

Wenn ein Volk, wenn eine Nation: ein durch Geschichte, Interessen, echte und falsche Ideale „zusammengeschweißtes" Volk durch seine eigenen, von Demagogen geschürten Ressentiments und durch seinen eigenen, von plumpen Lehren genährten Egoismus andere Völker kriegerisch überrumpelt hat, mit Sondermeldungsfanfaren jede Vernichtung der feindlichen Heere (sprich Menschen) gefeiert hat — wenn ein solches im Kern anständiges Volk nach der totalen Kapitulation, nach der Erwartung der völligen Vernichtung, von der es genug furchtbare Proben gekostet hat, die Chance hat, weiterzuleben, wiederaufzubauen, wirtschaftlich wiederzugesunden, was soll es dann tun: Soll es, im Zuge des Wiederaufbaus und der Wiedergesundung, die W i e d e r e r s t a r k u n g auf jenen Punkt treiben, an dem die ehemals von ihm Überfallenen einfach sagen müssen: Jetzt ist Schluß! Oder soll es sich wenigstens einen Rest von Bescheidenheit, von Gedächtnis an die gnadenlose Rolle bewahren, die es vor nicht zu langer Zeit in dem fremden Land gespielt hat? Man kann sagen, in der Politik hätten solche moralischen Faktoren wie Bescheidenheit nichts zu suchen; aber es geht ja nicht nur darum, daß wir uns moralisch vorkommen, sondern darum, was wir, realistisch gesehen, angesichts dieser unserer jüngsten kriegerischen Vergangenheit erreichen können und was nicht. Denn die anderen sind natürlich nicht so vergeßlich, wie wir es im Wirtschaftswundertaumel gerne sind. Die anderen — und damit sind primär die Russen gemeint (wenn auch in der westlichen Welt das deutsche Starkseinwollen schon da und dort unbehaglich zu werden beginnt) — werden es als alles andere denn als Zeichen eines echten Friedenswillens deuten, wenn wir bzw. unsere Regierenden einen Zustand fordern, der, jedenfalls gegenüber

Rußland, so tut, als wäre mit Rußland nichts passiert. Was wollten unsere Maximalpolitiker bisher erreichen? Ihre Forderung ist, vom nationalen Standpunkt aus gesehen, eine durchaus „legitime":

Freie Wahlen in beiden Teilen Deutschlands. Anschließend die Wahlfreiheit dieses neuen Gesamtdeutschlands in bezug auf seine Bündnispartner. Das Ergebnis des Prozesses ist Deutschen wie Russen bzw. Sowjets völlig klar: Abservierung der DDR-Regierung, Anschluß Gesamtdeutschlands an den Westen, Wiedererstarkung Deutschlands, innerhalb der westlichen Blocks, im letzten Stadium. Nicht so klar wie dieses Ergebnis scheint den Maximalpolitikern zu sein, daß es für die Sowjets schlechthin absurd wäre, dieses Ergebnis anzunehmen bzw. es überhaupt zu riskieren. Da hilft nichts, ihren nüchternen Interessenstandpunkt als widerrechtlich anzuprangern. Denn sicher ist die jetzige DDR-Regierung, als eine von der Besatzungsmacht eingesetzte, nie durch freie Wahlen bestätigte, völkisch gesehen eine widerrechtliche; aber man darf nicht vergessen, daß sie von den Sowjets sozusagen als sekundäre Besatzungsmacht eingesetzt wurde; sie sollte ein vorgeschobener Posten des Kommunismus werden. Gegen diese Absicht zu protestieren, ist zwar richtig, aber noch keine politische Tat. Es gibt gegenüber dieser Lage nur zwei Möglichkeiten einer politischen Tat: den Krieg mit dem Ziel der Vertreibung der Russen aus ihrem Einflußbereich in Europa, oder das Opfer: das Opfer in Anbetracht der noch weit widerrechtlicheren Invasion der Deutschen in Rußland. Es wird niemand zugeben, daß er um der Wiedergewinnung Ostdeutschlands willen, einschließlich der regional verlorenen Gebiete, einen Krieg gegen Rußland und Polen beginnen oder veranlassen wolle. So furchtbar der regionale und politische Verlust ist — Grund für einen Krieg in früheren Zeiten — so unermeßlich grauenhaft ist ein neuer Krieg, jeden möglichen Gewinn im Keime vernichtend. Es bleibt also, so hart und fast unerträglich es ist, und so töricht es von Uneinsichtigen als vaterlandsverräterisch bezeichnet werden könnte, nur das Opfer. Worin besteht es? Darin, daß sich Bundesdeutschland mit der sowjetisch installierten und protegierten Existenz der DDR vorläufig abfindet — weil Sowjetrußland sich nicht damit abfinden wird, einem Deutschland, das es überfallen hat, das sein Regime vom Erdboden tilgen wollte, eine antikommunistische Gesamtsouveränität zurückzugeben, die noch dazu den antikommunistischen Westblock vollendet.

Die vorläufige Abfindung mit der Existenz der DDR muß nicht ihre formelle Anerkennung sein — die als Zustimmung zum endgültigen „Doppel-Deutschland" gedeutet werden könnte — aber sie muß eine de-facto-Anerkennung sein, die die Existenz der DDR konsequent zur Kenntnis nimmt: die zugibt, daß sie mit ihr zu „rechnen", in bezug auf sie zu handeln und darum mit ihr zu verhandeln hat.

Im Hinblick auf ein mögliches zukünftiges Gesamtdeutschland (dessen Möglichkeit durch den Bonner Gesamtanspruch, durch faktische Ignorierung Pankows im Zuge wechselseitiger Versteifung einfriert) ist die Bonner Regierung, trotz ihrer Freigewähltheit, formell nicht weniger als provisorische Regierung eines provisorischen Teils Deutschlands zu betrachten als die Pankower. Sie ist daher weder zu einer formellen Anerkennung noch zu einer formellen Aberkennung der Teilregierung Nr. 2 imstande, wie diese umgekehrt zu denselben diplomatischen Akten in bezug auf die Teilregierung Nr. 1 außerstande ist. Gerade deshalb aber hat die Bundesregierung die Chance, mit der DDR real zu verhandeln, ohne daß solches Verhandeln als offizielle Besiegelung der Trennung Deutschlands gelte. Vielmehr ist es die einzig mögliche Weichenstellung zu einer späteren Wiedervereinigung: Nur die Zugabe der Vorläufigkeit beider Teilregierungen, nur die Aufgabe des Anspruchs, den anderen a priori verdrängen zu wollen,

nur das Zugeständnis der Faktizität verschiedener ideologischer und wirtschaftlicher Voraussetzungen in beiden Teilen Deutschlands, nur die Bereitschaft zum modus vivendi bringt die entfremdeten Brüder — die sich in Wahrheit so verwandt sind wie immer — überhaupt wieder unter das gemeinsame Dach „Deutschland". Alles in allem: Eine Konföderation — wie sie auch im einzelnen eingeleitet sei — ist unvergleichlich besser als eine klaffende Trennung und Feindschaft, lockert eine Zukunft des Sprechens miteinander, lockt nicht eine solche des Schießens gegeneinander.

Die politischen Erwägungen zu dieser deutschen Opferfrage, ohne die die deutsche Friedensfrage blockiert bleibt, sollen nur den konkreten Ansatz zur Politik des guten Willens suchen. Es geht uns vor allem um den realen menschlichen Untergrund dieser Erwägungen, um die allerrealste Sehnsucht unseres Volkes und aller Völker, erst recht des russischen, nach Frieden, deren Gegenpol die Todesangst vor der großen Bombe ist. Was eingesehen, ja was im Brennpunkt unseres Denkens stehen muß, ist das Faktum der Friedensreife des deutschen Volkes und aller Völker — an dem innerpolitische Kämpfe auch schwerer Art in manchen Ländern nichts ändern können — ist die Tatsache, daß jegliches Denken in Kriegsmöglichkeiten und Kriegsdrohungen — auch unausgesprochenen — ein tödlicher A n a c h r o n i s m u s der Geschichte ist. Er ist es nicht nur aus Gründen der überdimensionalen Waffenwirkung, die jeden „Kriegsgewinn" a priori illusorisch macht, nicht nur aus Gründen der Humanität, die atomaren Mord und Strahlensiechtum niemals als Rechtfertigung der Bewahrung der Werte anerkennen darf. Er ist es vor allem aus Gründen der historischen Stunde, zu der die Menschheit erwachsen ist — man möchte nicht einfach sagen, „dank" ihrer schrecklichen Feindschaften, aber jedenfalls n a c h ihren schrecklichen Feindschaften: Sie weiß — jeder nicht in alter nationaler oder parteiischer Verkrampfung gefangene Mensch muß es wissen — daß der andere, ob deutsch oder nichtdeutsch, weiß oder farbig, derselbe Mensch ist wie er, nur mit anderen Weisen, sich zu geben, aber mit derselben einen Sehnsucht, froh zu sein, erkannt zu werden und geliebt zu sein. Menschenfremd ist uns der Krieg geworden, daher jenes befremdete Gefühl vor neuer „Wehrmacht", das jene überkommt, die ihre nationalistischen und militaristischen Krusten abgeworfen haben. Restlos sinnlos ist der Krieg geworden; denn der „Kampf ums Dasein" — Erbe unserer biologischen Abkunft — kann als Krieg um menschliches Dasein nie mehr einen Daseinsgewinn, nur mehr ein Daseinsübel, die Daseinsvernichtung und -verseuchung bringen.

Der überholte Krieg ist die Überschrift unserer Zeit, und dennoch stehen viele Zeichen der Zeit, vermeintlich zeitgemäße, gegen sie. Das Zeichen des Gewehr-Präsentierens ist symptomatisch wie kaum eines; das Denken in Machtpotenzierung steht dahinter, das Ansammeln von Kraft für einen Krieg, auch einen „Verteidigungskrieg", der das zu Verteidigende schlimmer vernichtet als jedes andere nichtkriegerische Ereignis. Aber der Glaube an die Macht der Drohung ist am Ende. Er war zugleich der „Glaube" an die Ohnmacht des Menschlichen. Nun steht das Menschliche auf, als die einzig legitime Macht der Welt. Ihr nicht an die Macht helfen — durch die Ächtung jeder völkischen Feindschaft und Kriegschaft — heißt die geschichtliche Stunde versäumen. Was not tut, sind Appelle der Politiker, die nicht vornehmlich von der Leidenschaft des Rechthabens, von der Starrheit des sich Behauptens um jeden Preis getragen sind, sondern von der absoluten Leidenschaft zum Frieden. Was not tut, sind Erklärungen des guten Willens, die mit eindeutigen Beweisen verbunden werden. Ein rein menschlicher, nicht rein macht- und rechtspolitischer Anfang muß gewagt werden. Der Mut zur menschlichen Rede, auch mit dem ideologischen „Feind", ist heute der aktuellste. Wo wird das menschliche Herz, das in tausend Begegnungen von Ost und West, Nord

und Süd sich bestätigt hat, seinen Einbruch in die erstarrte Politik des auf-den-Tisch-hauens, des Zähnezeigens, finden?

Unrealistische Phrasen? Sind die Utopien der absurden Maximalforderungen realistisch? Ist die Mißachtung der Tatsache des riesigen sozialistischen Reiches im Osten und seiner von ihm behaupteten deutschen Position realistisch? Wie sehr wünschten wir, daß diese Tatsachen nicht oder nicht so wären, wie sie sind. Aber sie hinwegwünschen wollen oder gar meinen, sie hinwegdrohen oder am Ende hinweg-pulverisieren zu können, das wäre eine Mißdeutung des Wortes Realismus: Man darf nicht mit der grauenhaften Realität der Waffen, die man anhäuft, die Irrealität des Ziels, das man damit zu erreichen wähnt, verdecken — das wirklich erreichbare Ziel wird bestenfalls die Realität einer Wüste mit verwüsteten Kreaturen sein. Unrealistische Phrasen? Welch absolutes Decouragement vor dem Menschen und vor Gott, die Kraft des menschlichen Gemüts, sein Verlangen nach Frieden, nach Brüderlichkeit lediglich in Filmen, Theatern, Büchern und frommen Reden zu zitieren, statt sie, in vollem Ernst, an die „Front" der politischen Begegnungen zu stellen, die doch auch menschliche Begegnungen sein können. Welcher totale Bankerott, dem Menschlichen nicht die geringste geschichtliche Macht zuzutrauen, es nur als schöne Verbrämung, Denkern und Dichtern in Auftrag gegeben, am Rande der Politik vegetieren zu lassen. Und zuletzt: Welche ärgste Verdüsterung der Geister, zur Verteidigung des Christentums die Hölle selbst aufzubieten!

Das Volk, das am ersten aufhört, die Zähne zu zeigen, das am ersten wagt, seine Ehre nicht als seine Stärke zu präsentieren, das endlich entschlossen „zivil" und damit „gestittet" ist: gesonnen zum ausschließlich gutwilligen Austrag von Differenzen, wird das mutigste und zugleich realistischste der Zeit sein, weil es das einzige lösende Ende der sonst hoffnungslosen Verknotung der Welt ergreift. Es bleibt dem deutschen Volk wohl nichts anderes übrig, als eben dieses Volk zu sein: in seiner Zweiteilung ist es Stellvertreter der Zweiteilung der Welt überhaupt; es ist der Ansatzort ihrer Versöhnung. Es muß aktiver Friedensstifter sein, nachdem es Kriegsstifter war oder sich wenigstens dazu hat mißbrauchen lassen. Es ist unsere menschheitliche Schuld, wenn wir rechts- und machtbesessen in einem, innerlich zu schwach zur Zivilität, da weitermachen, wo wir 1945 gezwungen wurden aufzuhören, wo wir freilich auch, beschämenderweise, wieder genötigt wurden anzufangen — bei der alten, unheilvollen Attitude: Präsentiert das Gewehr!

Prof. Dr. László Márton von Pákozdy, Debrecen (Ungarn)

Erwägungen über den „kalten Krieg" als theologisches Problem

Prof. Pákozdy, ein führender Vertreter der evangelisch-reformierten Kirche Ungarns, ist Professor an der Universität Debrecen und befindet sich zur Zeit in der Bundesrepublik zu Gast-Vorlesungen an der Universität Bonn. D. Red.

I. Das Wesen des sogenannten „kalten Krieges" ist Krieg

1. Der „kalte Krieg" ist mit dem Krieg wesentlich, sehr eng verbunden: Mit dem kalten Krieg beginnt der „heiße" Krieg. Doch wirkt der kalte Krieg als schwere Vergiftung der Beziehungen zwischen den Menschen und Völkern. Er schafft die Gefahr, daß alle Möglichkeiten friedlicher Verständigung verbaut werden.

2. So steht der kalte Krieg in gewisser Hinsicht unter einem schwereren Gericht als ein schon angefangener Krieg und die Gewalttaten während eines Krieges. Die Verantwortung derjenigen, die einen kalten Krieg planen und ausführen, aber auch derjenigen, die diesen kalten Krieg mitmachen und dulden, ist vor Gott und den Menschen ungeheuer. (Matt. 5:21—26)

3. Das Wesen des kalten Krieges ist zum Teil identisch mit dem Wesen des Krieges überhaupt: den eigenen Willen mit Machtmitteln dem Feind aufzwingen (von den Ausrottungskriegen soll hier keine Rede sein, weil diese bis jetzt nie im Ernst theologisch als „gerechter Krieg" verteidigt worden sind; einzig neuerdings durch die Atomtheologen, wie Asmussen u. a.), und dadurch eine neue Ausgangssituation im Verhältnis der Beteiligten zu schaffen. Auch der kalte Krieg will mit seinen Mitteln den Feind in eine Situation zwingen, in der er sich unterwirft. Auch der kalte Krieg will siegen und unterwerfen. Die Aufgabe des Gedankens der Koexistenz und der Verhandlungen — ist schon ein kalter Krieg, ein Anfang des Krieges.

4. Das Wesen des kalten Krieges unterscheidet sich zum Teil von dem Wesen des eigentlichen Krieges, indem seine Kampfmittel vor allem in der ungeheuerlichen Entwicklung der Propaganda zu einem Mittel bewußter Irreführung der Menschen, zu einer psychologischen Macht, sie ihrer Urteilsfähigkeit zu berauben, bestehen. (Es gibt noch andere, wie vor allem das Wettrüsten, die Atomwaffenversuche u. dgl.). Dieser Unterschied aber bedeutet nicht, daß wir den kalten Krieg ethisch leichter nehmen dürften als den eigentlichen Krieg.

5. Der kalte Krieg unserer Tage — und das dürfen wir nicht vergessen! — ist als potentieller Kriegsanfang der Anfang eines Atomkrieges. Wir müssen deshalb das Problem des kalten Krieges dauernd unter denjenigen theologischen Gesichtspunkten behandeln, die uns im theologischen Ringen und in den Glaubenskämpfen der letzten Jahre geschenkt worden sind (die Erklärungen der kirchlichen Bruderschaften, die 60 Thesen von Prof. Vogel, die Ereignisse der Prager Konferenz; und aus früherer Zeit auch die Beschlüsse des ZK des Weltkirchenrates in New Haven, u. a. m.).

II. Die Methoden des kalten Krieges

6. Alle Weisen und Wege des kalten Krieges treiben letzten Endes zum Kriegsausbruch; wenn es doch nicht immer so weit kommt, so liegt das nicht im Wesen und in der Methode des kalten Krieges, sondern an anderen Umständen. Die Geschichte der neuesten Zeit und unserer Tage bietet unzählige Beispiele der Art, wie Feldherren des kalten Krieges ihren Willen durch Entfachung von gefährlichen Krisensituationen dem Gegner aufzwingen wollen. Diese Methoden sind verhängnisvoll und verbrecherisch.

Der Weg zu den beiden letzten Weltkriegen ist auch mit Heraufbeschwörung von Krisen gepflastert gewesen. Vor 1914 fanden statt: die Marokko-Krise 1905/06, die bosnische Krise 1908/09, die Agadir-Krise 1911, die Tripolis-Krise 1911/12, die Balkan-Krise 1912/13, die österreichisch-ungarisch-serbische Krise 1913/14 . . . sie endeten schließlich im ersten Weltkrieg! — Auch Hitlers Deutschland entfachte eine Krise nach der anderen, von der Remilitarisierung der Rhein-Zone an über München, immer „am Rande des Abgrundes", bis zur Polen-Krise . . . und so kam es zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges. — Eine ähnliche, nicht minder drohende Reihe von Krisen haben wir erlebt seit 1945, die durch den sinnlosen und verbrecherischen Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki angefangen wurden. Der Vorwurf, daß das Wettrüsten durch die Sowjetunion hervor-

gerufen wurde, ist nicht berechtigt; es ist vielmehr ein besonders sinnfälliges Beispiel für die Methoden des kalten Krieges, die Fähigkeit zu nüchternem Urteil zu untergraben und zu stören. Die USA waren bis 1949 Alleinbesitzer der Atombomben, und dadurch in absolutem militärischem Übergewicht, also mit der Pflicht der Initiative belastet, annehmbare Vorschläge zur Abrüstung vorzulegen. Auch nach 1949 wäre die Möglichkeit zur friedlichen Koexistenz dagewesen. Statt dessen wurde der kalte Krieg mit allen Mitteln entfacht und die Welt wurde von Krise zu Krise getrieben: Korea-Krise 1950, Indochina-Krise mit Höhepunkt 1953/54, Ägypten- und Ungarn-Krise 1956, Syrien-Krise 1957, die Nah-Ost-Krise 1958. Jede dieser Krisen drohte in den offenen Krieg der Weltmächte umzuschlagen — wohlgemerkt: in den Atomkrieg!

7. Niemand kann sagen, wie die nächste Krise auslaufen wird! Jede Art und jedes Mittel des kalten Krieges ist gleich gefährlich.

8. Die Rüstung und die Drohung mit der Waffengewalt. Diese wecken an sich Mißtrauen und haben einen Zug zur Anwendung der aufgehäuften Waffen.

9. Die Schaffung von ideologischen Spannungen — die strategische Waffe des kalten Krieges — ist geeignet, die Grundvoraussetzungen zu schaffen und zu erhalten, wegen derer die Menschen sich mit dem Gedanken eines Krieges notgedrungen zufrieden geben und ihn annehmen müssen. Die Schaffung von ideologisch und weltanschaulich bestimmten Spannungen ist geeignet, die Aufmerksamkeit der Menschen von den eigentlichen Ursachen der Unruhen abzulenken (Lage der Kolonialvölker, der unterworfenen Nationen oder Minderheiten, Haß unter den Rassen und anderen Gliederungen der Menschheit usw.). Sie gibt die Voraussetzung dazu, daß Völker und Weltteile blindlings gegeneinander geführt werden können — wider ihr eigenes Interesse, im Dienste von verheimlichten Zielsetzungen.

10. Die unwahrhaftige Propaganda ist die eigentliche Waffe des kalten Krieges — sie ist die taktische Waffe der täglichen Schlachten im kalten Krieg. Die christliche Theologie betrachtet eine solche Propaganda mit ernster Skepsis. Die Propaganda wendet sich an den Egoismus des Menschen, der Gruppen, der Nationen, der Rassen usw.; an das Interesse, an die Leidenschaften, an die schönen oder bitteren Erinnerungen, an den Instinkt, an das Gemüt, an das Triebleben, an die niedrigsten Gefühle der Menschen und an ihre höchsten geistigen und seelischen Bedürfnisse: auch an ihre Weltanschauung, an ihren Glauben. Solche unwahrhaftige Propaganda braucht nicht in ihrem Inhalt „an sich" schon Lüge zu sein; man kann sie auch im Interesse guter Sachen führen. Aber indem sie nach ihrer Wesensart in das Schaltwerk des inneren Lebens der Menschen gewisse Ideenassoziationen und Gedankengänge (vgl. die „bedingten Reflexe" von Pawlow) einhämmert, die auf gewisse Reize hin selbsttätig in Aktion treten, schafft sie aus dem Menschen und aus den Massen ihrer sittlichen Freiheit und Urteilsfähigkeit beraubte Wesen, die tun, was sie als freie sittliche Persönlichkeiten oder Gruppen nicht tun würden. Dieses Abzielen auf den automatischen, instinktiven und vorausgerechnet-sicheren Ablauf der Reflexe bedeutet den ständigen Konflikt der Propaganda mit der Wahrheit. Als christliche Theologen haben wir die Wahrheit von dem her zu verstehen gelernt, der sich als die Wahrheit geoffenbart hat (Joh. 14:6, 1:14, 5:33, 8:33 usw.). Wir können und dürfen unser Sprechen und Tun nur als Dienst an der Wahrheit auffassen, sie darf nie Propaganda sein.

Wir müssen mit tiefer Reue bekennen, daß die Kirchen gerade in unseren Tagen sehr oft zu der Waffe „Propaganda" greifen, wo sie keine andere, mehr versprechende Möglichkeit im Dienste ihrer Selbsterhaltung, ihrer — noch so edlen — Interessen sehen können. Dasselbe können wir auch von den inter-

nationalen kirchlichen Organisationen oft feststellen. Es gibt keine andere Rettung für die Kirche als die Verkündigung des lebendigen Wortes Gottes. Aus diesem Worte und während der Verkündigung wird sie immer wieder erfahren können, ob Gott sie gerade erhalten will, so wie sie ist, oder sie mit Prüfungen umkneten will (Jer. 18:1 ff.), oder ihr Martyrium verlangt. Seine Kirche darf ihr Sprechen und Tun nie durch Furcht bestimmen lassen (Matth. 10:28, Lk. 5:10, 12:32, Joh. 14:27, Ap.-Gesch. 18:9, Röm. 8:15, 1. Joh. 4:18, Heb. 13:6, Offb. 1:17, 2:10). Auch ihr Verhältnis zum Atheismus oder zu dem Kommunismus darf nicht durch die Furcht, sondern muß durch die Liebe Gottes bestimmt werden (Joh. 3:16, 1. Tim. 2:4, 1. Pt. 2:12 ff., 1. Joh. 2:2 usw.). Wir müssen fordern, daß jeder Christ, der über den Kommunismus redet oder schreibt, sich zunächst ein Verständnis der guten Zielsetzungen verschafft, die ihn bewegen. Die Kirche ist auch den Kommunisten und dem Kommunismus die Wahrhaftigkeit schuldig. Sonst zerstört sie ihre eigene Glaubwürdigkeit in den Augen der marxistischen Menschen. Die Kirchen müssen unter allen Umständen das Evangelium der Versöhnung (von Gott und Mensch und demzufolge von Mensch und Mensch) verkündigen; in der Propaganda — auch in der edelsten und für die edelsten Sachen — geben sie ihren Dienst in der Wahrheit auf.

11. Propaganda im Dienst des kalten Krieges ist jedes Wort und jede Tat, die diejenige Wahrheit irgendwie verdeckt, durch deren Besitz die Menschen und die Völker das Gute, den Frieden und nicht den Krieg wählen würden.

Mit Bedauern können wir feststellen, daß ein riesiger Apparat in der Welt daran arbeitet, daß die Friedenssehnsucht der Völker verdeckt wird, die wahren Absichten der Völker verfälscht, ihre Aufbaupläne mißdeutet werden. Gleichzeitig damit werden wirkliche Kriegsabsichten und die die ganze Menschheit bedrohende Lebensgefahr der atomaren Rüstung und Übungsexplosionen verdunkelt, bagatellisiert.

12. Propaganda im Dienst des kalten Krieges ist jede Lüge, ist auch jede Losung, die irgendwie auf irgendeine Lüge oder Teilwahrheit aufgebaut wird. Es wird versucht, Gefahren an die Wand zu malen, weil damit die eigentlichen Gefahren verdeckt werden sollen.

So eine Lüge ist: „Lieber tot, als in einem sozialistischen Staat leben!" — „Das Christentum wird in einem sozialistischen Staat ausgerottet werden oder muß verkümmern." — „Die Neger sind eine minderwertige Menschensorte." — „Der Atheist ist kein Mensch." — „Der Kapitalist ist kein Mensch." — Die Kirchen in den sozialistischen Staaten können wahrhaft bezeugen, daß sie nicht in dem Sinne in ihrem Wesen und in ihrer Existenz gefährdet sind, wie es im Dienste der Kreuzzugsideologie im Westen dargestellt wird; ihre Probleme können nur von der Buße und von dem Gehorsam gegenüber dem lebendigen Wort Gottes heraus begriffen und verstanden werden. Sie zeigen Zeichen einer Erneuerung in ihrer sozialistischen Umgebung. Der eigentliche Gegensatz liegt nicht zwischen dem Christentum und dem Sozialismus, sondern zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus. Auch das ist Propaganda, wenn das Christentum seinem Wesen nach als Feind des Fortschrittes oder des Sozialismus dargetellt wird, weil es sich nur auf die Teilwahrheit stützt, daß es rückständige und gesellschaftsfeindliche Christen und christliche Gruppen gibt, die auch ihrerseits das Christentum mit dem Kapitalismus identifizieren. Wer das Christentum und den Kapitalismus oder Kolonialismus gleichsetzt, verfälscht es zu einer Irreligion, die für die Kirche viel gefährlicher ist als der Atheismus. Gott hat die Heiden als Hoffnungslose und Atheoi lieb gehabt (Eph. 2:12), die Götzendiener

des Mammons aber stehen unter seinem Gericht (Matth. 6:24, Lk. 16:13). Die Kreuzzugsideologie wurde am Kreuz gerichtet (vgl. Joh. 18:11, Offb. 13:10b). Die „Gemeinschaft" ist dagegen etwas Wesentliches in der Botschaft des Evangeliums.

13. Ein besonders schwerer Umstand ist es heute, daß die Entfacher des kalten Krieges auch die Kirchen und internationalen kirchlichen Organisationen in den Dienst des kalten Krieges und später des eigentlichen Krieges stellen wollen, was ihnen in weltweitem Maße auch gelingt. Es gehört zu den traurigsten Ereignissen der Kirchengeschichte, wie Kirchen und Theologen die Ächtung der Atomwaffen verhindern wollen und sogar schon gebrachte gute Entscheidungen irgendwie rückgängig machen oder gar vereiteln möchten (vgl. z. B das Schicksal der Beschlüsse von New Haven).

14. Es ist höchste Zeit, daß sich die Kirchen auf ihren Dienst am Evangelium der Versöhnung neu besinnen, statt Kirchenschutz und Propaganda das lebendige, volle Wort Gottes verkündigen (Tim. 3:16 f.), damit der Mensch Gottes vollkommen sei, zu jedem guten Werke völlig ausgerüstet. Die Grundlage der Friedensarbeit der Kirchen und der Theologen kann nur das Evangelium der Versöhnung sein, ihre Methode kann nur durch das Wort bedingt werden: „... wir vermögen nichts wider die Wahrheit, sondern nur für die Wahrheit" (2. Kor. 13:8). Diese Wahrheit macht uns frei, in jede Gemeinschaft einzutreten, wo das Gute im Sinne Gottes getan wird, um mit ihnen zusammen zu handeln.

15. Indem wir so zur Buße und Bekehrung aufrufen, weisen wir die gefährliche theologische Propaganda ab, als ob man zur Buße und Umkehr rufen könnte und dürfte, ohne gleichzeitig handgreifbar zu sagen, was man und wie man das Gute tun soll (Lk. 3:10). Wenn man heute dem Kirchenvolk und den Menschen außerhalb der Kirche nicht sagt, was individuelle und kollektive Sünde, was Verbrechen an der Menschheit und deshalb auch gegen den Vater der Menschen sei, und meint so Evangelisation oder Gottesdienst führen zu können, treibt im Grunde religiöse Hochstapelei und gibt Steine statt Brot des Lebens. Wer ein apostolisches Evangelium meint verkündigen zu können, der hat schon eine politische Stellungnahme bezogen und tarnt bloß diese mit seiner scheinbar unpolitischen, „reinen" Verkündigung. Dies ist die schlimmste, weil die pharisäischste Methode des kalten Krieges.

III. Was können und müssen die Kirchen gegen den kalten Krieg tun?

16. Verkündigung der Botschaft der Versöhnung Gottes mit dem Menschen in Jesus Christus und der göttlichen Aufforderung zur Versöhnung der Menschen und der Völker und Rassen untereinander.

17. Die Verkündigung der Botschaft der Versöhnung muß auf die heutige Lage der Menschen und der Völker angewandt verkündigt werden. Wer den Kirchen und den Predigern und Priestern in dieser Hinsicht eine „Abstinenz" aufzwingen will, der will die Kraft des Evangeliums und das tägliche Leben aus Gott vereiteln und zerstört die Glaubwürdigkeit des Evangeliums in den Augen der nicht-christlichen Menschen.

18. Die Kirchen dürfen nicht aufhören zu sagen, a) was der Krieg ist, b) wo er gerade droht, c) was der kalte Krieg ist, d) wer ihn gerade antreibt, e) was die Atombombe und die Versuche mit ihr im Urteil des göttlichen Wortes sind: Mord an dem Bruder!

19. Die Kirche muß jede Propaganda, die durch sie als unwahrhaftig durchschaut wurde, demaskieren; nicht allein die „atheistische" (wie es immer

wieder von einigen westlichen Kirchenmännern als einzige Aufgabe der Kirche in der Gegenwart gefordert wird), sondern vor allem die christliche und religiöse Propaganda, die im Namen Gottes und Christi geführt wird und in Wahrheit Atheismus ist.

20. Die Kirchen müssen jeden positiven Vorschlag zugunsten des Friedens unterstützen, ungeachtet dessen, von welcher Seite ein Vorschlag kommen mag. Römer 13 und andere Stellen ähnlichen Inhalts müssen auch in dieser Hinsicht ausgewertet werden, weil die Obrigkeit, auch die „heidnische", im Dienste des Friedens ihr Amt zu gebrauchen hat.

21. Es muß alles getan werden, daß das Gewissen der kirchlichen Weltorganisationen — die in wachsendem Maß bedroht sind, zum Selbstzweck zu werden — aufzurütteln, damit auch diese ihre Aufgaben und ihren Dienst für den Frieden erkennen und viel mehr auf sich nehmen, als das bis jetzt geschehen ist.

22. Es muß alles getan werden, daß die kirchlich-theologische Arbeit für den Frieden möglichst in der ersehnten und vorweggenommenen Einheit der Una Sancta Ecclesia geschehe und in ihren Äußerungen die Sprache der Una Sancta rede.

23. Wir müssen inständig um den Geist der Furchtlosigkeit bitten (Röm. 8:15), auf daß wir in dieser Welt des Hasses und Mordes nicht fürchten, weil Er schon den Sieg errungen hat (Joh. 16:33).

Prof. Dr. Ernst Zinner

Am Rande einer Tagung

Russische Reiseeindrücke

Im August 1958 fand in Moskau die Tagung der Internationalen Astronomischen Union statt. Die russische Akademie der Wissenschaften hatte die Mitglieder der Union für zwei Wochen zur Teilnahme an der Tagung und zum Besuch der Sehenswürdigkeiten von Moskau und Leningrad eingeladen. Ich benutzte die Einladung, um mit meiner Frau alte astronomische Instrumente, Uhren und Handschriften in den Museen, Sternwarten und Bibliotheken zu untersuchen. Diese Forschungen wurden durch Mitglieder der Akademie und der Institute für Geschichte der Wissenschaften sehr unterstützt. Die Akademie legt großen Wert auf die Feststellung früherer russischer Leistungen in Wissenschaft und Technik. Ihr Institut für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik in Moskau veröffentlichte eine zweibändige Geschichte der russischen Naturwissenschaften und eine vierbändige Geschichte der russischen Astronomie; sie sind russisch geschrieben und zeichnen sich durch viele Abbildungen von Instrumenten und Gebäuden aus. Auch werden Briefe und Berichte deutscher Gelehrten abgebildet. Dr. V. Zubov und Dr. V. L. Tchenakal haben außerdem Abhandlungen über russische Feinmechaniker und die Zusammenarbeit deutscher und russischer Gelehrten im 18. Jahrhundert veröffentlicht.

Eine Überraschung war die astronomiegeschichtliche Abteilung des Lomonossov-Museums in Leningrad. Dieses große Gebäude an der Newa ließ Peter der

Große für seine Kunstkammer bauen. In der Mitte erhebt sich die Sternwarte als hoher Turm. Diese in ihrer Anlage erhaltene und mit schönen Instrumenten ausgestattete Sternwarte ist eine Sehenswürdigkeit, wie sie in Europa sonst nicht anzutreffen ist. Die Instrumente der ursprünglichen Sternwarte sind englische oder französische Meisterwerke. Es gibt aber auch deutsche und russische alte Instrumente. Unter den Handschriften sind Werke von Kepler und Brahe und deutscher Akademiker. Im obersten Raum thront der Gottorper Globus, den Zar Peter sich in Gottorp schenken ließ. Auch die Sternwarten in Moskau und Pulkowo bei Leningrad besitzen Sammlungen von alten Instrumenten und Andenken. Die Hauptsternwarte Pulkowo ist seit jeher durch ihre große Bibliothek mit vielen alten und seltenen Drucken berühmt, die ihr Gründer Wilhelm Struve und sein Sohn Otto zusammengebracht hatten. Hier waren auch 3 Regiomontan-Handschriften aufgehoben, die Zar Alexander I. gekauft hatte. Diese Handschriften kennen zu lernen, daran lag mir sehr viel, da der fränkische Astronom als Vorläufer des Coppernicus gelten kann und seine Handschriften sich durch wichtige Bemerkungen auszeichnen. Zur Untersuchung dieser Handschriften in Pulkowo kam ich leider nicht, da Direktor und Bibliothekar erklärten, daß die Handschriften bei der Zerstörung der Sternwarte durch die deutsche Artillerie vernichtet worden seien. Später fand sie Dr. Tchenakal im Archiv der Akademie, nachdem er von meinem Mißgeschick erfahren hatte. Die Öffentlichkeit hörte von seinem Fund durch eine kurze Nachricht der amtlichen Tass-Agentur und durch eine ausführliche Mitteilung des Moskauer Senders.

Die neuen Sternwarten in Moskau und Pulkowo müssen jeden enttäuschen, der Sternwarten mit riesigen Fernrohren erwartet. Die Moskauer Sternwarte, wo 100 Studenten zum Kandidaten, 50 Kandidaten zum Magister und 30 Magister zum Dr. der Astronomie ausgebildet werden, ist wohl ein großes Gebäude mit vielen Räumen; jedoch kann sie sich instrumentell nicht mit den Universitätssternwarten in Berlin oder Göttingen vergleichen. Ähnlich ist es mit Pulkowo. Diese vor einigen Jahren wieder aufgebaute Sternwarte, die mit ihren 200 Astronomen und 200 Technikern die größte Sternwarte der Erde ist, zeichnet sich durch ihre Einfachheit aus. Ihr größtes Fernrohr hat nur 1 m Öffnung, und ihr Spiegel für Radioastronomie ist nicht ein geschlossener Spiegel, wie er bei Bonn und in England zu sehen ist, sondern nur der Ausschnitt eines sehr großen Spiegels. Dies ist viel billiger, macht aber mehr Arbeit. Deshalb sind 20 Astronomen und 50 Techniker nur mit diesem Instrument beschäftigt. Ein Vorzug der russischen Wissenschaft sind die vielen Hilfskräfte, aber auch die Berücksichtigung der Beobachtungsverhältnisse. Als die Moskauer Sternwarte durch die nahen Hochhäuser an der Ausnützung ihrer Instrumente gehindert wurde, verlegte man die kurzbrennweitigen Fernrohre auf die Krim. Die Größe des Landes gestattet, Sternwarten an besonders günstigen Stellen auf der Krim, in Alma Ata oder in anderen Gegenden Asiens zu bauen und dadurch den Nachteilen der großen Städte und der Industriegegenden mit ihrem Dunst zu entgehen.

Der Besuch der Museen und Bibliotheken, nicht bei einer Führung, sondern einzeln, gab viele Möglichkeiten, außer den Gegenständen auch die russischen Besucher kennen zu lernen. Auffällig ist die Lernbegier, die sich auch im Museumsbesuch äußert. Die Rüstkammer im Kreml mit ihren vielen Erinnerungen an die russische Vergangenheit und mit ihren vielen Kunstschätzen, auch schönen deutschen und französischen Uhren, wird täglich von 3000 bis 4000 Personen besucht, so daß die Besucher in Gruppen von 60 Personen geführt werden. Ausländer können allein herumgehen. Die Gegenstände sind vorzüglich beleuchtet. Die Säle glänzen vor Sauberkeit. Ständig laufen Frauen herum und putzen die Scheiben

der Schaukästen. Für unsere Aufnahmen wurden die Bleiplomben der Schaukästen gelöst und uns die Gegenstände übergeben. Ähnlich war es im Historischen Museum, das wegen seiner russischen Altertümer von vielen Menschen besucht wird, obwohl Eintrittsgeld erhoben wird, wie in der Rüstkammer. Nur im Leninmuseum, das der Erinnerung an L e n i n und die Revolution dient, ist der Eintritt frei. Der Besuch ist hier erstaunlich gering, meistens sind es junge Männer, offenbar Parteifunktionäre. Dafür fehlen die Familien, die von weither kommen, um Moskau und seine Sehenswürdigkeiten zu betrachten. Wallfahrten geschahen in Moskau und Leningrad zu den ausgestellten Gegenständen der Berliner Sammlungen: Pergamonaltar, Kupferstichkabinett und Kaiser-Friedrich-Museum. Auch hier drängten sich junge und alte Russen zu den Gegenständen, diskutierten darüber oder schrieben sich Bemerkungen auf, darunter manch zwölfjähriges Mädchen mit langen Zöpfen. Diese Wallfahrten waren erstaunlich und sind bezeichnend für die russische Lernbegier. Um so bedauerlicher ist es, daß dieses Bildungsstreben so wenig durch westdeutsche Bücher und wissenschaftliche Werke wie z. B. die Orbis-Problemgeschichten der Wissenschaft und der Technik befriedigt werden kann, da ausländische Bücher in Rußland selten sind. Man tut so viel für unterentwickelte Länder. Warum könnten nicht russischen Bibliotheken und Instituten die so begehrten deutschen wissenschaftlichen Bücher geschenkt werden?

Der Ausländer fürchtet, in Rußland als Folge des vierzigjährigen Kampfes gegen die Religion keine Anzeichen des Christentums mehr zu finden, und ist erstaunt, wenn er die goldenen Kuppeln der Kirchen des Kreml mit ihren vielen vergoldeten Kreuzen sieht, wenn er bemerkt, wie das Nonnenkloster Novodievitchi sorgfältig wieder hergestellt wird, wenn sogar manche Dorfkirchen wieder mit ihren blauen Kuppeln mit goldenen Sternen prangen und die Kathedralen zu Zagorsk kein Zeichen des Verfalls zeigen. Gewiß dienen die Kremlkirchen nicht mehr dem Gottesdienst, sondern als Museen. Die zahlreichen Besucher verhalten sich aber wie in der Kirche; die Männer nehmen den Hut ab; man flüstert; verstohlen streicht manche Hand über das Grab eines Zaren oder Patriarchen. In Zagorsk sind die Kirchen voll von Gläubigen, nicht nur alte Frauen, sondern Gläubigen jeden Alters. Die Priester stehen im Ornat und segnen alle, die sich vor der Bilderwand niederwerfen und ehrwürdige Bilder küssen. Fromme Frauen bekreuzigen und verbeugen sich dreimal tief beim Eintritt und beim Verlassen des Klosters. Sind es nur die Bauern, die am alten Glauben festhalten? Oder ergreift eine religiöse Welle das russische Volk? Das möchte man glauben, wenn man das Erlebnis eines angesehenen Geistlichen in Moskau bedenkt: Es kam zu ihm eine Dame mit ihrer achtzehnjährigen Tochter und bat ihn, die Tochter zu taufen. „Warum erst jetzt?" fragte er, worauf sie antwortete: „Damals war es nicht Mode, Kinder taufen zu lassen!"

Erstaunlich ist die russische Freundlichkeit. Wenn wir in einen überfüllten Autobus stiegen, immer standen zwei oder drei Personen auf und boten uns ihre Sitzplätze an. In den Museen ist in jedem Raum eine freundliche Wärterin, gibt Auskunft und scheucht neugierige Kinder weg, wenn wir Aufnahmen machen wollten. Wie schön ist es doch, daß man in den russischen Museen keine Erlaubnis zum Photographieren braucht! Wenn die Russen merken, daß die Ausländer Deutsche und besonders aus der Bundesrepublik sind, dann sucht jeder seine deutschen Sprachkenntnisse hervor und bemüht sich, dem Deutschen gefällig zu sein. Wir waren dankbar für die menschliche Wärme dieser Begegnungen. Auch in Leningrad spürten wir keinen Haß, obwohl diese Stadt 900 Tage lang von den Deutschen belagert und beschossen worden ist. Es ist, als ob das russische Volk die Leiden der beiden Weltkriege vergessen will und eine Zuneigung zum deut-

schen Volk bekundet. Dafür spricht auch die erstaunliche Zahl der Deutschlernenden in den Gymnasien und zehnklassigen Schulen. Gemäß amtlichen Angaben lernten 1957 in diesen Schulen 4,2 Millionen Kinder deutsch, dagegen 1,5 Millionen englisch und nur 0,3 Millionen französisch. In Moskau selbst lernten gleichviele Kinder deutsch oder englisch.

Erwähnen möchte ich, daß wir frei und ungehindert allein überall hingehen konnten.

Prof. Dr. Franz Rauhut

Papst Johannes XXIII. und die Bemühungen um den Frieden

In seiner ersten Botschaft (am 29. Oktober 1958) hat der neugewählte Papst Worte gesprochen, die in der bundesdeutschen Presse — aus begreiflichen Gründen — verstümmelt und entstellt wiedergegeben wurden, und seine Weihnachtsbotschaft (am 23. Dezember) enthält Sätze, die zum mindesten nicht die gebührende Beachtung gefunden haben. Die durch den Rundfunk gesandten wichtigen Appelle liegen mir im originalen Wortlaut vor, der erste lateinisch, der zweite italienisch, in der Veröffentlichung im vatikanischen Organ, „L'Osservatore Romano" vom 30. Oktober bzw. 24. Dezember. Ich bemühe mich, die für die Weltpolitik wesentlichen Stellen mit möglichster Wörtlichkeit zu übersetzen und sie dabei in ihrem gedanklichen Zusammenhang zu zeigen, damit sie im Sinn des Papstes verstanden werden. Zunächst aus der ersten Botschaft der für die Regierungen bestimmte Teil.

„Nun sei Uns gestattet, eine Mahnung an die Lenker aller Nationen zu richten, in deren Händen das Schicksal, das Wohlergehen und die Hoffnung der einzelnen Völker gelegt sind. Warum werden nicht endlich die Spaltungen und Uneinigkeiten durch abwägende Billigkeit beigelegt? Warum werden die Kräfte des menschlichen Geistes und die materiellen Mittel so oft zum Anhäufen von Waffen — jener Werkzeuge von Tod und Vernichtung —, nicht aber zur Vermehrung des Wohlstandes aller Gesellschaftsklassen, besonders der in Bedürftigkeit Lebenden, verwendet? Zwar wissen Wir, daß der Verwirklichung dieser löblichen Sache und der Beilegung des Strittigen gewaltige und verwickelte Schwierigkeiten im Wege stehen, aber diese sind dennoch, mit Mühe, zu überwinden; denn es handelt sich um das bedeutendste Unternehmen, das auf das engste mit dem Glück der ganzen Menschheit zusammenhängt. Handelt also mit Mut und Zuversicht; und möge jedem von Euch das Licht von oben leuchten und der göttliche Beistand zuteil werden. Schaut auf die Euch anvertrauten Völker und erhört ihre Stimme! Was verlangen, was fordern sie von Euch? Nicht jene Ungeheuer von Waffen, die unsere Zeit gebracht hat und die zur Ursache des Brudermords und zur Ausrottung aller Menschen werden können, sondern den Frieden — jenen Frieden meinen Wir, durch den die Familie aller Menschen frei leben, gedeihen und blühen kann —; und die Gerechtigkeit verlangen sie, durch die die Gesellschaftsklassen die beiderseitigen Rechte und Pflichten in ein endlich billiges Verhältnis bringen; und Ruhe schließlich und Eintracht, aus denen allein wahres Gedeihen hervorgehen kann. Im Frieden nämlich, der auf den gesetzlichen Rechten jedes einzelnen beruht und

von brüderlicher Nächstenliebe genährt wird, gedeihen Künste und Bildung, vereinigen sich die geistigen Kräfte zu tüchtiger Leistung und wird der öffentliche und private Wohlstand vermehrt."

Es folgen bekräftigende Zitate von Augustinus, Thomas von Aquin und Cicero über das Wesen des Friedens, und dann geht der Papst von dem politischen Frieden auf die Forderung des seelischen Friedens im christlich-religiösen Sinn über.

In seiner Weihnachtsbotschaft handelt Johannes XXIII. u. a. von der schweren Lage der christlichen Religion hinter dem „eisernen Vorhang" und fährt unmittelbar fort:

„Nichts Militärisches oder Gewaltsames ist in der Haltung von uns Menschen des Glaubens. Es ist jedoch notwendig, in der sich verdichtenden Nacht zu wachen: nämlich zu verstehen und von den Nachstellungen all jener Rechenschaft zu geben, die zuerst Gott und dann auch uns feind sind, und uns auf jede Verteidigung der christlichen Grundsätze vorzubereiten, die jetzt und immer das Panzerhemd der wahrhaftigen Gerechtigkeit sind."

Anschließend bezeichnet der Papst die vierzehn Werke der Barmherzigkeit als wesentlich für die christliche Gesittung.

In all diesen Sätzen sind folgende Gedanken wichtig:

Wirtschaftliche und besonders soziale Fragen liegen dem Papst am Herzen, wenn er für soziale Gerechtigkeit eintritt und wenn er den Wohlstand bzw. die Beseitigung der Not für wichtiger hält als militärisches Rüsten. Zwar finden sich diese Gedanken schon eindringlich in Enzykliken Leos XIII. und seitdem in Verlautbarungen anderer Päpste ausgeführt, aber dem neuen Papst scheinen sie noch wichtiger zu sein.

Die atomaren Waffen sind für den Papst nicht nur Mittel des Krieges, sie „können" auch seine „Ursache", Ursache des allerschlimmsten Krieges werden („fraternae caedis universorumque excidii queunt esse causa"). Was haben die sieben katholischen Theologen, die der Bundesregierung ein Gutachten zugunsten der atomaren Rüstung geliefert haben, zu diesen überraschenden und gewichtigen Worten des Hl. Vaters zu sagen?

Der Papst mahnt die Regierenden, auf die Regierten, die die atomare Rüstung ablehnen, zu hören. Das klingt ganz anders als die sonst von Geistlichen zu hörenden Worte vom pflichtschuldigen Gehorsam gegenüber der Obrigkeit, wobei die betreffenden Geistlichen nicht begriffen haben, daß es in einer Demokratie gar keine Obrigkeit im Sinn früherer Regime geben kann. Wenn eine christliche Regierung durch die CDU/CSU bestimmt und zweifelsohne irgendwie vom katholischen Klerus inspiriert ist, so steht diese Regierung jetzt vor der peinlichen Tatsache, daß ihr vom Oberhaupt der katholischen Kirche die Möglichkeit entzogen wird, eine Politik, die die atomare Rüstung gegen den Willen des Volkes durchführt, als irgendwie christlich zu rechtfertigen, und andererseits erhalten wir, das „Volk", eine päpstliche Anerkennung für unser Nein zu dieser Rüstung. Und in diesem Zusammenhang ist wichtig, daß Johannes XXIII. sich in seiner Weihnachtsbotschaft als „schlichten Sohn des Volkes" („umile figlio del popolo") bekennt.

Der Papst betont, daß die Haltung des gläubigen Christen an sich nichts mit Militär und Gewaltsamkeit zu tun hat („Niente di militare o di violento nei nostri atteggiamenti di uomini di fede."). Der Panzer des Christen ist vielmehr geistiger Art, nämlich mit den christlichen Grundsätzen identisch. Das bedeutet ein Abrücken vom „Kreuzzugs"-Geist und steht in der Nähe der — aus der Bergpredigt gewonnenen — Haltung eines Gandhi. Die tätige Nächstenliebe ist dem Papst mit Betonung das Wichtigste (was ja das Wesentliche des Christentums überhaupt ist).

Die weltpolitische Zerrissenheit muß — das will der Papst —, den großen Schwierigkeiten zum Trotz, mit um so größerer Mühe überwunden werden, da es um das Wohl und Wehe der ganzen Menschheit geht. Dabei sollen die Politiker mit Mut und Zuversicht, mit Gottvertrauen handeln („Agite igitur animosi ac fidentes; ac vobis singulis superna lumina affulgeant, divinaque adsint auxilia.") — was im Grunde nichts anderes ist als eine selbstverständliche Forderung christlicher Lebenshaltung. Damit aber schiebt der Papst — ohne es ausdrücklich zu sagen — die sattsam wiederholte Ausrede der westlichen Politiker, daß man den Russen nicht trauen und daher das allgemeine Mißtrauen nicht überwinden könne, beiseite.

Die Botschaften Johannes des XXIII. sind eine so neue Sprache auf dem päpstlichen Thron, daß sie eine Wende bedeuten.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut der Note der Sowjetregierung an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Die Sowjetregierung ist in Sorge wegen der gänzlich anomalen Lage, die sich infolge der verzögernden Entscheidung über eines der wichtigsten internationalen Nachkriegsprobleme — den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland — herausgebildet hat.

Während mit anderen Staaten, die am 2. Weltkrieg auf der Seite Deutschlands teilgenommen haben, schon längst Friedensverträge geschlossen sind und ihrer Entwicklung eine selbständige, nationale Grundlage gegeben ist, hat das deutsche Volk noch immer keinen Friedensvertrag, was ihm die Möglichkeit entzieht, seine staatliche Souveränität in vollem Maße auszuüben und zu einem gleichberechtigten Mitglied der Völkerfamilie zu werden. Mehr noch: auf dem Territorium Deutschlands bleiben immer noch ausländische Truppen, und in manchen Teilen, zum Beispiel in West-Berlin, wird selbst das Besatzungsregime aufrechterhalten. Allen, die die Entwicklung des inneren Lebens des deutschen Volkes, sein Sinnen und Trachten kennen, ist es bekannt, wie schmerzlich und tief es das Fehlen eines Friedensvertrages und die damit verbundenen Folgen empfindet.

Dem Sowjetvolk, das im Kampf für seine Freiheit und Unabhängigkeit unerhörte Opfer gebracht hat, ist der Wunsch der deutschen Männer und Frauen, der deutschen Jugend, ihre Heimat stark und unabhängig, von jeder fremden Bevormundung frei zu sehen, nah und vertraut.

Die Verzögerung einer friedlichen Regelung mit Deutschland von Jahr zu Jahr läßt viele Fragen, die die Interessen nicht nur Deutschlands, sondern auch der Länder berühren, die sich am Kriege gegen Deutschland beteiligt haben, ungelöst. Das Fehlen eines Friedensvertrages mit Deutschland kompliziert wesentlich die Lage in Europa, ruft Argwohn und Mißtrauen in den Beziehungen zwischen den Staaten hervor, steht der Normalisierung der Beziehungen im Wege.

Man kann auch nicht übersehen, daß in der Bundesrepublik Deutschland der deutsche Militarismus, das Fehlen eines Friedensvertrages benutzend, wieder sein Haupt erhebt und Kräfte sammelt. Das muß das Sowjetvolk und auch andere europäische Völker, denen das militaristische Deutschland wiederholt schweres Unheil und Leiden zugefügt hat, beunruhigen. Ein Friedensvertrag, der den Interessen der friedlichen Entwicklung Deutschlands entspricht, würde die nötigen Voraussetzungen schaffen, damit eine Wiederholung

der tragischen Ereignisse der Vergangenheit, wo die deutschen Militaristen die Menschheit in verheerende, mit kolossalen Verlusten an Menschen und Materialien verbundene Kriege hineinzogen, für alle Zeiten unmöglich wird.

Getreu den Verpflichtungen, die die Sowjetregierung hinsichtlich Deutschlands übernommen hat, und in Anbetracht der berechtigten Interessen des deutschen Volkes und anderer europäischer Völker machte die Sowjetregierung in den Nachkriegsjahren wiederholt den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs Vorschläge, einen Friedensvertrag mit Deutschland auszuarbeiten und abzuschließen. Leider fanden die Vorschläge der UdSSR über eine friedliche Regelung mit Deutschland keine positive Aufnahme bei den Westmächten, die nicht nur keine eigenen Vorschläge machten, sondern auch nicht gewillt waren, diese längst aktuell gewordene Frage ernsthaft zu erörtern. Hierbei brachten sie im Laufe vieler Jahre ein und dieselbe These von einem angeblichen Primat sogenannter freier gesamtdeutscher Wahlen vor, die These, daß sich mit der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands nicht die Deutschen, sondern die vier ehemaligen Besatzungsmächte zu befassen hätten. Diese These war auch der Hauptinhalt der Noten der Westmächte vom 30. September 1958, auf welche in den Noten der Sowjetregierung zur Berlin-Frage vom 27. November 1958 erschöpfend Antwort gegeben wurde.

Will man sich nicht in Illusionen wiegen, sondern der Wahrheit ins Auge sehen, so muß man anerkennen, daß die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands unvermeidlich durch eine Reihe von Etappen auf dem Wege der Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vor sich gehen muß.

Heute kann man lediglich wünschen, daß dieser Prozeß beginnt, dessen Erfolg jedoch von den Bemühungen der beiden deutschen Staaten abhängt. Der Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland auszuweichen — das bedeutet, darauf hinzusteuern, daß das deutsche Volk weder einen Friedensvertrag, noch einen einheitlichen Nationalstaat haben wird. Das würde Aufrechterhaltung der bestehenden, unzulässigen Lage bedeuten, einer Lage, die es ermöglicht, daß die Bundesrepublik Deutschland sich bemühen werde, der DDR eine innere Ordnung nach eigenem Muster aufzuzwingen. Dann aber wäre die DDR ihrerseits berechtigt, die Frage einer Änderung der Ordnung und des Regimes in der Bundesrepublik Deutschland aufzuwerfen. Es versteht sich, daß dies zur Erreichung der nationalen Einheit Deutschlands nicht nur nicht beitragen, sondern im Gegenteil die ohnehin tiefe Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten vergrößern würde.

Hingegen ist der Abschluß eines Friedensvertrages unter den gegenwärtigen Verhältnissen gerade jene Maßnahme, die das deutsche Volk am schnellsten zur Lösung seiner gesamtnationalen Hauptaufgabe — der Wiedervereinigung des Landes — führen könnte.

Die Bestimmung des militärischen Status Deutschlands wie auch der äußeren Bedingungen im Friedensvertrag, deren Einhaltung die innere Entwicklung Deutschlands vor jeder ausländischen Einmischung schützen würde, eröffnete dem deutschen Volk die klaren Perspektiven des zukünftigen Deutschlands; den Deutschen, die in zwei Staaten mit unterschiedlicher Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung leben, würden sie die Suche nach Wegen zur Erweiterung der Kontakte, zur Herstellung des Vertrauens zwischen ihnen wesentlich erleichtern. Ein Friedensvertrag würde eine gute Basis für eine Annäherung der beiden deutschen Staaten, für die Überwindung der tiefen Meinungsverschiedenheiten ergeben, die jetzt noch ihrer Vereinigung zu einem Ganzen im Wege stehen.

Gerechterweise muß man feststellen, daß ein großer Teil der Verantwortung für die entstandene Lage in Deutschland, darunter auch dafür, daß Deutschland bisher keinen Friedensvertrag hat, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland trifft, da sie Kurs auf die Remilitarisierung genommen und ihre Politik eng verbunden hat mit den Plänen des Militärblocks der NATO, die von Grund auf den nationalen Interessen Deutschlands widersprechen. Wenn es eines weiteren Beweises bedarf, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland eben diesen Kurs steuert, so ist die Note der Bundesrepublik Deutschland vom 5. Januar 1959, die die Antwort auf die Note der Sowjetregierung vom 27. November 1958 zur Berlin-Frage ist, ein solcher Beweis.

Diese Note zeigt, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, statt zur Lösung der Berlin-Frage im Interesse des Friedens in Europa und im Interesse der deutschen Nation selbst beizutragen, mit allen Mitteln bestrebt ist, die Leidenschaften zu entfachen

und die Atmosphäre um die Berlin-Frage zu erhitzen, um die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes in West-Berlin zu erzielen.

Es fällt auf, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in letzter Zeit nicht mehr bestreitet, daß die unverzügliche Ausarbeitung einer friedlichen Regelung für Deutschland notwendig ist, obwohl sie sich, wie ihre Note vom 17. November 1958 zeigt, noch nicht freigemacht hat von Versuchen, die Bedeutung dieser wichtigen Frage zu bagatellisieren, sie hintanzusetzen. Diese Haltung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist um so ungerechtfertigter, als in beiden deutschen Staaten — der DDR und der Bundesrepublik — sich die Bewegung für die möglichst schnelle Ausarbeitung und den Abschluß eines Friedensvertrages ausbreitet.

Ausgehend von diesen Gesichtspunkten und aus dem Wunsche heraus, der Sache einer friedlichen Regelung mit Deutschland eine praktische Grundlage zu geben, hat die Sowjetregierung den Entwurf eines Friedensvertrages ausgearbeitet und sendet ihn der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Prüfung.

Dem Sowjetstaat ist die Tendenz zur Teilung der Welt in Sieger und Besiegte ebenso fremd, wie ihm Rachegefühle gegenüber seinen ehemaligen Gegnern im Kriege fremd sind.

Der von der Sowjetunion ausgearbeitete Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland gewährleistet die gerechte Behandlung der legitimen Interessen des deutschen Volkes und unterscheidet sich von Grund auf vom Versailler Vertrag, der ein imperialistisches Diktat gegenüber dem besiegten Deutschland war, es in eine untergeordnete Rolle brachte, seine Souveränität einschränkte und im Grunde genommen schon im Augenblick seines Abschlusses mit einem neuen Krieg in Europa trächtig ging.

Dem sowjetischen Entwurf eines Friedensvertrages liegt der Gedanke der friedlichen, demokratischen Entwicklung Deutschlands zugrunde. Im Entwurf ist die Wiederherstellung der vollen Hoheitsrechte des deutschen Volkes über Deutschland, über sein Territorium und seinen Luftraum vorgesehen. Deutschland werden keine Beschränkungen der Entwicklung seiner friedlichen Wirtschaft, seines Handels, seiner Schiffahrt und des Zuganges zu den Weltmärkten auferlegt. Das Recht Deutschlands, die für die Verteidigung des Landes erforderlichen nationalen Streitkräfte zu haben, wird anerkannt. Alle diese Bestimmungen des Entwurfes eröffnen dem deutschen Volk weite Möglichkeiten für eine friedliche, schöpferische Arbeit und sichern ihm eine auf Gleichberechtigung beruhende Stellung unter den anderen Völkern der Welt zu.

Es versteht sich, daß der Vertragsentwurf gewisse militärische Beschränkungen vorsieht, die, davon ist die Sowjetregierung überzeugt, sowohl den nationalen Interessen des deutschen Volkes, das zweimal in den Strudel der Weltkriege geraten war, als auch den allgemeinen Interessen des Friedens entsprechen. Zu den militärischen Verpflichtungen, die Deutschland auferlegt werden, gehört vor allem das Verbot der Herstellung von Kern- und Raketenwaffen und der Ausrüstung der deutschen Streitkräfte mit solchen Waffen; das würde zur Festigung der Sicherheit in Europa beitragen und zur Beseitigung eines der wichtigen Hindernisse, das jetzt die beiden deutschen Staaten trennt.

Von großer Bedeutung für die Sicherung des Friedens in Europa ist die Bestimmung des Friedensvertrages, die die Möglichkeit der Einbeziehung Deutschlands in militärische Gruppierungen ausschließt, die gegen irgendeinen Staat, der sich im Kriegszustand gegen Hitlerdeutschland befunden hat, gerichtet und an denen die vier alliierten Hauptmächte der Antihitler-Koalition — die UdSSR, die USA, England und Frankreich — nicht beteiligt sind. Die Einbeziehung dieser Bestimmung in den Vertrag würde die Menschheit in bedeutendem Maße von der Gefahr eines neuen Krieges befreien, denn niemand wird bestreiten, daß diese Gefahr gerade dann, wenn ein gegen eine andere Großmacht gerichtetes Militärbündnis einer Großmacht oder mehrerer Großmächte mit Deutschland vorhanden ist, viel stärker wird.

In Anbetracht des Gesagten schlägt die Sowjetregierung vor, innerhalb von zwei Monaten in Warschau oder Prag eine Friedenskonferenz einzuberufen zur Prüfung des vorgelegten Entwurfes eines Friedensvertrages mit Deutschland, zur Ausarbeitung und Unterzeichnung des vereinbarten Vertragstextes. An der Konferenz würden sich auf der einen Seite die Regierungen der Staaten, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben, auf der anderen Seite die Regierungen der Bundes-

republik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik beteiligen, die im Namen Deutschlands den Friedensvertrag unterzeichnen würden. Wird zum Moment der Unterzeichnung des Friedensvertrages eine deutsche Konföderation geschaffen sein, könnten Vertreter der deutschen Konföderation, aber auch der beiden deutschen Staaten den Friedensvertrag unterzeichnen.

Es versteht sich, daß die Sowjetregierung das Recht der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik anerkennt, sich über eine beliebige gebührende Vertretung Deutschlands bei der Ausarbeitung und der Unterzeichnung des Friedensvertrages zu verständigen.

Sollten die Westmächte es für zweckmäßig halten, vor der Einberufung der Friedenskonferenz präliminär einen Meinungsaustausch mit der Sowjetunion über den Inhalt des Friedensvertrages zu pflegen, so wird die Sowjetregierung damit einverstanden sein.

Dann wird es notwendig sein, die entsprechende Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als der unmittelbar am Abschluß eines deutschen Friedensvertrages interessierten Staaten zu gewährleisten.

In Anbetracht des Obigen gibt die Sowjetregierung der Hoffnung Ausdruck, daß ihre Vorschläge wie auch der anliegende Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Unterstützung finden werden, die bei der Lösung der Fragen, die die Lebensinteressen des deutschen Volkes berühren, nicht abseits stehen kann. Die Sowjetregierung erwartet, daß die Bundesregierung nicht zögern wird, zum Friedensvertragsentwurf Stellung zu nehmen, und daß sie sich an der Erörterung dieses Entwurfs auf einer Friedenskonferenz gebührend beteiligen wird.

Die Sowjetregierung ist überzeugt, daß nur derjenige dem Vorschlag über den Abschluß eines Friedensvertrages nicht zuzustimmen vermag, der dem deutschen Volke nicht wohlgesinnt ist, der auch fernerhin Deutschland zerrissen sehen will, der nicht gewillt ist, Europa zu einem Kontinent zu machen, in dem dauerhafter Friede und Sicherheit herrschen und der den Wunsch hat, daß Deutschland nach wie vor ein gefährlicher Spannungsherd bleibt, ein Herd des „kalten Krieges", der eine ernste Gefahr für die Sache des Friedens in sich birgt.

Moskau, den 10. Januar 1959.

Wortlaut der Note der Sowjetregierung an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Sowjetregierung ist besorgt über die absolut anomale Lage, die sich infolge der Verzögerung der Lösung eines der wichtigsten internationalen Nachkriegsprobleme — des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland — herausgebildet hat.

Während mit den anderen Staaten, die am 2. Weltkrieg auf Seiten Deutschlands teilgenommen haben, schon längst Friedensverträge geschlossen sind und ihre Entwicklung auf eine selbständige, nationale Grundlage gestellt ist, besitzt das deutsche Volk immer noch keinen Friedensvertrag, wodurch es der Möglichkeit beraubt ist, in vollem Maße seine staatliche Souveränität auszuüben und ein gleichberechtigtes Mitglied in der Völkerfamilie zu werden. Mehr noch: auf dem Territorium Deutschlands verbleiben immer noch ausländische Truppen und in einigen Teilen Deutschlands, beispielsweise in West-Berlin, besteht sogar das Besatzungsregime weiter.

Die Verzögerung einer friedlichen Regelung mit Deutschland läßt jahraus, jahrein viele Fragen ungelöst, die nicht nur die Interessen Deutschlands, sondern auch der Länder berühren, die am Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben. Das Fehlen eines Friedensvertrages mit Deutschland kompliziert ernstlich die Lage in Europa, ruft Argwohn und Mißtrauen in den Beziehungen zwischen den Staaten hervor, behindert eine Normalisierung dieser Beziehungen.

Man kann nicht daran vorübergehen, daß in Westdeutschland der deutsche Militarismus sich das Fehlen eines Friedensvertrages zunutze macht, um erneut das Haupt zu erheben und Kräfte zu sammeln. Das muß das Sowjetvolk sowie die anderen europäischen Völker beunruhigen, denen das militaristische Deutschland wiederholt schwere Nöte und Leiden

brachte. Ein den Interessen der friedlichen Entwicklung Deutschlands entsprechender Friedensvertrag würde die unerläßlichen Voraussetzungen schaffen, damit der Wiederholung des tragischen Geschehens der Vergangenheit ein Ende gesetzt wird, da die deutschen Militaristen die Menschheit in verheerende Kriege mit kolossalen Menschen- und Materialverlusten stürzten.

Die Sowjetregierung schätzt die langjährigen Bemühungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, um die Vorbereitung und den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zu beschleunigen. Diese Bemühungen fanden bei der Sowjetunion stets Sympathie und aktive Unterstützung.

Treu den in bezug auf Deutschland übernommenen Verpflichtungen und mit Rücksicht auf die rechtmäßigen Interessen des deutschen Volkes und der anderen europäischen Völker, unterbreitete die Sowjetregierung in den Nachkriegsjahren den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs wiederholt konkrete Vorschläge, einen Friedensvertrag mit Deutschland auszuarbeiten und zu schließen.

Leider fanden die Vorschläge der UdSSR zur friedlichen Regelung mit Deutschland keine positive Einstellung bei den Westmächten, die nicht nur keinerlei eigene Vorschläge unterbreiteten, sondern auch gar nicht gewillt waren, diese längst akute Frage ernsthaft zu erörtern. Hierbei stellten sie im Laufe vieler Jahre ein und dieselbe These auf, daß sogenannte freie gesamtdeutsche Wahlen angeblich Priorität besäßen und daß nicht die Deutschen, sondern die vier ehemaligen Besatzungsmächte sich mit der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands befassen müßten. Diese These bildete auch den Hauptinhalt der Noten der Westmächte vom 30. September 1958, auf die die Sowjetregierung in ihren Noten zur Berliner Frage vom 27. November 1958 eine erschöpfende Antwort gegeben hat.

Gibt man sich keinen Illusionen hin, sondern blickt man der Wahrheit ins Auge, so muß man zugeben, daß die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands unweigerlich in einer Reihe von Etappen auf dem Wege der Annäherung der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vor sich gehen muß.

Heute kann man lediglich den Beginn dieses Prozesses herbeiwünschen, dessen Erfolg jedoch von den Bemühungen beider deutschen Staaten abhängt. Der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland ausweichen, bedeutet, darauf hinzusteuern, daß das deutsche Volk weder einen Friedensvertrag noch einen einheitlichen Nationalstaat erhält. Das würde bedeuten, die bestehende unzulängliche Lage beizubehalten, die die Möglichkeit schafft, daß die Bundesrepublik bestrebt sein wird, der DDR innerpolitische Zustände nach eigenem Muster aufzuzwingen. Dann aber wäre die DDR ihrerseits berechtigt, die Frage einer Änderung der Zustände und des Regimes in der Bundesrepublik aufzurollen. Es ist verständlich, daß dies nicht etwa zur Erzielung der nationalen Einheit Deutschlands beitragen würde, sondern vielmehr die ohnehin tiefe Kluft zwischen beiden deutschen Staaten noch vergrößern würde.

Andererseits ist unter den gegebenen Verhältnissen der Abschluß eines Friedensvertrages gerade die Maßnahme, die am ehesten das deutsche Volk an die Lösung seiner gesamtnationalen Hauptaufgabe — die Wiedervereinigung des Landes — heranführen kann. Die Festlegung des militärischen Status Deutschlands sowie der äußeren Bedingungen im Friedensvertrag, deren Einhaltung seine innere Entwicklung vor jeglicher ausländischer Einmischung bewahren würde, eröffnete dem deutschen Volke klare Perspektiven für die Zukunft Deutschlands und würde den in zwei Staaten mit unterschiedlicher sozialökonomischer Struktur lebenden Deutschen die Suche nach Wegen zur Erweiterung der Kontakte und zur Herstellung des Vertrauens zwischen ihnen wesentlich erleichtern.

Der Friedensvertrag würde eine gute Grundlage für die Annäherung beider deutscher Staten, für die Überwindung jener tiefen Meinungsverschiedenheiten abgeben, die heute noch ihrer Vereinigung zu einem Ganzen im Wege stehen.

Gerechterweise muß bemerkt werden, daß ein beträchtlicher Teil der Verantwortung für die entstandene Lage in Deutschland, und auch dafür, daß Deutschland bis jetzt ohne Friedensvertrag ist, die Regierung der Bundesrepublik trifft, da sie Kurs auf die Remilitarisierung genommen und ihre Politik engstens mit den Plänen des militärischen NATO-Blocks verknüpft hat, die von Grund auf den nationalen Interessen Deutschlands widersprechen. Wenn es neuer Beweise dafür bedarf, daß die Bundesregierung gerade diesen

Kurs steuert, so ist die Note der Bundesregierung vom 5. Januar 1959 ein solcher Beweis, die eine Antwort auf die Note der Sowjetregierung zur Berliner Frage vom 27. November 1958 darstellt. Diese Note zeigt, daß die Bundesregierung, anstatt zur Lösung der Berliner Frage im Interesse des Friedens in Europa und im Interesse der deutschen Nation selbst beizutragen, in jeder Weise bestrebt ist, die Leidenschaften zu entfachen und die Atmosphäre um die Berliner Frage zum Weißglühen zu bringen, um die Beibehaltung des Besatzungsregimes in West-Berlin zu erwirken.

Die Sowjetregierung teilt die Meinung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, daß eine so ernste und unaufschiebbare Frage, wie die Vorbereitung und der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland nicht weiter ungelöst bleiben darf. Durch gemeinsame Bemühungen aller interessierten Staaten müssen die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage überwunden werden, damit die friedliche Regelung mit Deutschland zu Ende geführt und den europäischen Völkern, einschließlich des deutschen Volkes, endlich ein ruhiges, friedliches Leben gesichert wird. Die Notwendigkeit, diese Aufgabe zu lösen, ist um so dringender, als sich in beiden deutschen Staaten — der DDR und der Bundesrepublik — die Bewegung für die baldige Vorbereitung und den Abschluß eines Friedensvertrages ausbreitet.

Ausgehend von den oben dargelegten Erwägungen und aus dem Wunsche heraus, die friedliche Regelung mit Deutschland auf eine praktische Grundlage zu stellen, hat die Sowjetregierung den Entwurf eines Friedensvertrages vorbereitet, den sie hiermit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Prüfung übermittelt.

Dem Sowjetstaat sind Bestrebungen zur Teilung der Welt in Sieger und Besiegte ebenso fremd wie Rachegefühle gegenüber ehemaligen Kriegsgegnern. Dem sowjetischen Entwurf eines Friedensvertrages liegt die Idee der friedlichen demokratischen Entwicklung Deutschlands zugrunde. Der Entwurf sieht die Wiederherstellung der vollen Souveränität des deutschen Volkes über Deutschland, sein Territorium und seinen Luftraum vor.

Deutschland werden keinerlei Beschränkungen in der Entwicklung seiner friedlichen Wirtschaft, des Handels, der Schiffahrt und beim Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt. Deutschland wird das Recht zugebilligt, nationale Streitkräfte, die für die Verteidigung des Landes erforderlich sind, zu besitzen. Alle diese Bestimmungen des Entwurfs bieten dem deutschen Volk großzügige Möglichkeiten für die friedliche Aufbauarbeit und sichern ihm Gleichberechtigung unter den anderen Völkern der Welt.

Selbstverständlich sieht der Vertragsentwurf bestimmte militärische Beschränkungen vor, die nach der Überzeugung der Sowjetregierung sowohl den nationalen Interessen des deutschen Volkes, das zweimal in den Strudel der Weltkriege geraten war, als auch den allgemeinen Interessen des Friedens entsprechen. Zu den militärischen Verpflichtungen, die Deutschland auferlegt werden, gehört vor allem das Verbot der Herstellung von Kern- und Raketenwaffen und der Ausrüstung der deutschen Streitkräfte mit diesen Waffen; das würde zur Festigung der Sicherheit in Europa beitragen und zur Beseitigung eines wichtigen Hindernisses verhelfen, das gegenwärtig beide deutschen Staaten trennt.

Wichtig für die Sicherung des Friedens in Europa ist die Bestimmung des Friedensvertrages, die die Möglichkeit ausschaltet, daß Deutschland in irgendwelche militärische Gruppierungen einbezogen wird, die gegen irgendeinen Staat gerichtet sind, der sich mit Hitlerdeutschland im Kriegszustand befunden hat, und dem nicht alle vier alliierten Hauptmächte der Anti-Hitlerkoalition — die UdSSR, die USA, England und Frankreich — angehören.

Die Aufnahme dieser Bestimmung in den Vertrag würde die Menschheit in bedeutendem Maße von der Gefahr eines neuen Krieges erlösen, da doch niemand bestreiten wird, daß diese Gefahr gerade dann viel stärker ist, wenn ein Militärbündnis einer oder mehrerer Großmächte mit Deutschland gegen eine andere Großmacht existiert.

In Anbetracht des Gesagten schlägt die Sowjetregierung vor, binnen zwei Monaten nach Warschau oder Prag eine Friedenskonferenz zur Prüfung des vorliegenden Entwurfs eines Friedensvertrages mit Deutschland, zur Ausarbeitung und Unterzeichnung eines vereinbarten Vertragstextes einzuberufen. Teilnehmer der Konferenz wären einerseits die Regierungen der Staaten, die sich mit ihren Streitkräften am Kriege gegen Deutschland beteiligt haben, und andererseits die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik

und der Bundesrepublik Deutschland, die den Friedensvertrag im Namen Deutschlands unterzeichnen würden. Wird zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Friedensvertrages eine deutsche Konföderation gebildet, so könnten in diesem Falle Vertreter der deutschen Konföderation sowie beider deutscher Staaten den Friedensvertrag unterzeichnen.

Es versteht sich von selbst, daß die Sowjetregierung den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland das Recht zubilligt, jede beliebige gebührende Vertretung Deutschlands bei der Vorbereitung und der Unterzeichnung des Friedensvertrages zu vereinbaren.

Sollten es die Westmächte jedoch für zweckmäßig erachten, vor der Einberufung der Friedenskonferenz mit der Sowjetunion präliminäre Meinungen über den Inhalt des Friedensvertrages auszutauschen, so wird die Sowjetregierung damit einverstanden sein. In diesem Falle wird es notwendig sein, eine entsprechende Beteiligung der DDR und der Bundesrepublik als am Abschluß eines deutschen Friedensvertrages unmittelbar interessierter Staaten zu gewährleisten.

Die Sowjetregierung geht davon aus, daß der Friedensvertrag für die Deutsche Demokratische Republik eine Registrierung und völkerrechtliche Verankerung dessen sein wird, was in der Tat bereits durch konsequente Verwirklichung der Prinzipien des Potsdamer Abkommens erreicht und errungen ist. Im Ergebnis der grundlegenden demokratischen und sozialen Umgestaltungen, die in der DDR verwirklicht wurden, konnte sie unbeirrbar den Weg der friedlichen Entwicklung gehen und zu einem ernsten Faktor für die Sicherung eines dauerhaften Friedens in Europa werden. Die ganze Innen- und Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik entspricht den Lebensinteressen des deutschen Volkes und der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu anderen Ländern. Die Nachbarländer Deutschlands, die wiederholt durch den deutschen Imperialismus verheerenden Kriegen ausgesetzt wurden, besitzen heute in der Deutschen Demokratischen Republik einen treuen Freund und konsequenten Kämpfer für die Erhaltung des Friedens in Europa.

In Anbetracht des Dargelegten möchte die Sowjetregierung hoffen, daß die unterbreiteten Vorschläge sowie der beiliegende Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland die Unterstützung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik finden werden, die ihrerseits sich darum bemühen wird, daß die Friedenskonferenz sich ihrer verantwortungsvollen Aufgabe erfolgreich zu entledigen vermag.

Die Sowjetregierung ist davon überzeugt, daß nur derjenige dem Vorschlag über den Abschluß eines Friedensvertrages nicht zuzustimmen vermag, der dem deutschen Volke nicht wohlgesinnt ist, der auch fernerhin Deutschland zerrissen sehen möchte, der nicht gewillt ist, Europa zu einem Kontinent zu machen, in dem dauerhafter Frieden und Sicherheit herrschen und der den Wunsch hat, daß Deutschland nach wie vor ein gefährlicher Spannungsherd bleibt, ein Herd des „kalten Krieges", der eine ernste Gefahr für die Sache des Friedens in sich birgt.

Moskau, den 10. Januar 1959

Wortlaut des Entwurfes der Regierung der UdSSR vom 12. Januar 1959 für einen Friedensvertrag mit Deutschland

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Französische Republik, Australien, Volksrepublik Albanien, Belgien, die Belorussische Sozialistische Sowjetrepublik, Volksrepublik Bulgarien, Brasilien, Ungarische Volksrepublik, Griechenland, Dänemark, Indien, Italien, Kanada, die Volksrepublik China, Luxemburg, die Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, die Volksrepublik Polen, Rumänische Volksrepublik, die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik, Finnland, die Tschechoslowakische Republik, die Föderative Volksrepublik Jugoslawien, die Südafrikanische Union als Staaten, die mit ihren bewaffneten Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben, im weiteren als „Verbündete und Vereinte Mächte" bezeichnet, einerseits

und Deutschland, gegenwärtig vertreten durch die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik (oder falls zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Frie-

densvertrages eine Deutsche Konföderation gebildet sein wird — durch die Deutsche Konföderation, sowie durch die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik), andererseits

haben

unter Feststellung, daß die weitere Fortdauer des zutiefst anomalen Zustandes nicht gerechtfertigt werden kann, daß im 14. Jahr nach Beendigung der Kampfhandlungen auf dem Territorium Deutschlands weiter ausländische Truppen verbleiben und die deutsche Nation immer noch der Möglichkeit beraubt ist, in vollem Umfange ihre staatliche Souveränität auszuüben, gleichberechtigte Beziehungen mit anderen Staaten zu unterhalten und außerhalb der Organisation der Vereinten Nationen steht;

von dem Bestreben geleitet, unter den bestehenden Bedingungen die grundlegenden Bestimmungen, die in den Dokumenten der Anti-Hitler-Koalition und besonders im Potsdamer Abkommen enthalten sind, zu verwirklichen;

in der Auffassung, daß das Fehlen einer Friedensregelung nicht gestattet, ein gerechtes Verhältnis zu den rechtmäßigen nationalen Interessen des deutschen Volkes zu gewährleisten, und in bedeutendem Umfange zur Verstärkung der Spannungen und der Unbeständigkeit in Europa beiträgt;

einig in ihrer Absicht, endgültig einen Strich unter den Krieg zu ziehen, der von Hitlerdeutschland entfesselt wurde und vielen Völkern, darunter auch dem deutschen Volk unermeßliches Unglück und Leid gebracht hat;

in Anerkennung, daß das deutsche Volk in den seit Beendigung der Kampfhandlungen verflossenen Jahren in vielem bewiesen hat, daß es die Verbrechen verurteilt, die im Ergebnis der vom deutschen Militarismus entfesselten Aggression gegen die Völker Europas begangen wurden;

erfüllt von der Entschlossenheit, nicht zuzulassen, daß Deutschland jemals wieder seine Nachbarn oder andere Staaten bedroht und einen neuen Krieg entfesselt;

in dem Wunsche, Deutschland die Möglichkeit einer friedlichen und demokratischen Entwicklung und einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit anderen Staaten als gleichberechtigtes Mitglied der Völkerfamilie zu garantieren;

überzeugt, daß der Abschluß eines Friedensvertrages außerordentlich große Bedeutung für die Gewährleistung der Sicherheit in Europa und die Festigung des Friedens in der ganzen Welt haben wird;

in der Auffassung, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ein notwendiger und wichtiger Schritt zur Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands ist;

beschlossen,

den vorliegenden Friedensvertrag abzuschließen und zu diesem Zweck die Unterzeichneten als ihre Bevollmächtigten Vertreter ernannt, die nach Vorlage ihrer in gehöriger Ordnung und gebührender Form befundenen Vollmachten über nachfolgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Teil I: Politische und territoriale Bestimmungen

I. Frieden und friedliche Beziehungen

Artikel 1

Die Verbündeten und Vereinten Mächte einerseits und Deutschland andererseits stellen fest und bestätigen die Beendigung des Kriegszustandes und die Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen ihnen, wobei alle sich daraus ergebenden politischen und rechtlichen Folgen mit dem Inkrafttreten einer entsprechenden Erklärung oder eines Beschlusses jeder einzelnen der Verbündeten und Vereinten Mächte eintreten.

Artikel 2

Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands in dieser oder jener Form werden unter dem Begriff „Deutschland" in dem vorliegenden Vertrag die beiden bestehenden deutschen Staaten — die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik — verstanden, und alle Rechte und Pflichten Deutschlands, die durch den Vertrag vorgesehen sind, beziehen sich sowohl auf die Deutsche Demokratische Republik als auch auf die Deutsche Bundesrepublik.

Artikel 3

Die Verbündeten und Vereinten Mächte erkennen die volle Souveränität des deutschen Volkes über Deutschland, einschließlich seiner Territorialgewässer und des Luftraumes an.

Artikel 4

1. Die Verbündeten und Vereinten Mächte erklären, daß sie ihre Beziehungen mit Deutschland auf der Grundlage der Einhaltung der Prinzipien der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität Deutschlands, der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten, des Nichtangriffs, der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils, sowie auf der Grundlage der Bestimmungen des vorliegenden Vertrages gestalten werden.

Deutschland wird sich in seinen Beziehungen mit allen Ländern von den gleichen Prinzipien leiten lassen.

2. Deutschland übernimmt die Verpflichtung, seine internationalen Streitigkeiten nur mit friedlichen Mitteln zu lösen, damit der internationale Friede und die Sicherheit nicht bedroht werden. Deutschland verpflichtet sich ebenfalls, sich in den internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder der Gewaltanwendung gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit eines jeden Staates zu enthalten und keinem Staat oder keiner Gruppe von Staaten, die den internationalen Frieden und die Sicherheit verletzt haben, Hilfe oder Unterstützung zu gewähren.

Artikel 5

1. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Militärbündnisse einzugehen, die gegen irgendeinen Staat, der Teilnehmer des vorliegenden Vertrages ist, gerichtet sind, sowie nicht an Militärbündnissen teilzunehmen, deren Teilnehmer nicht alle vier wichtigsten Verbündeten Mächte der Anti-Hitler-Koalition — die UdSSR, die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich — sind.

2. Die Verbündeten und Vereinten Mächte werden die Verpflichtung Deutschlands zur Nichtteilnahme an den in Punkt 1 erwähnten Militärbündnissen achten und sich jeglicher Handlungen hinsichtlich Deutschlands enthalten, die eine direkte oder indirekte Verletzung dieser Verpflichtung durch Deutschland nach sich ziehen können.

3. Die Verbündeten und Vereinten Mächte werden alles Notwendige unternehmen, damit Deutschland auf gleichberechtigter Grundlage an Maßnahmen teilnehmen kann, die auf die Festigung der gesamteuropäischen Sicherheit und die Schaffung eines auf den gemeinsamen Anstrengungen der europäischen Staaten beruhenden Sicherheitssystems in Europa gerichtet sind.

4. Mit dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages wird Deutschland — die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik — frei von den Verpflichtungen, die mit der Mitgliedschaft in den Organisationen des Warschauer Vertrages, beziehungsweise des Nordatlantikpaktes und der Westeuropäischen Union im Zusammenhang stehen.

Artikel 6

Deutschland erkennt die volle Gültigkeit der Friedensverträge mit Bulgarien, Ungarn, Italien, Rumänien und Finnland an.

Artikel 7

Nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages werden die Verbündeten und Vereinten Mächte den Antrag Deutschlands auf Aufnahme als Mitglied in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen.

II. Grenzen

Artikel 8

Die Grenzen Deutschlands werden so sein, wie sie am 1. Januar 1959 waren. Die Grenzen Deutschlands sind auf der Karte verzeichnet, die dem vorliegenden Vertrag beigefügt ist (Anlage 1).

Bis zur Vereinigung Deutschlands zu einem einheitlichen Staat werden die Territorien der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik durch die Linie voneinander abgegrenzt, die am 1. Januar 1959 bestanden hat, wie das auf der dem Vertrag beigefügten Karte verzeichnet ist (Anlage 1).

Artikel 9

In Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen von 1945

a) verzichtet Deutschland auf alle Rechte, Rechtstitel und Ansprüche auf ehemalige deutsche Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee etwas westlich von Swinemünde und von da entlang der Oder bis zum Zuflusse der westlichen Neiße und entlang der westlichen Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Territoriums des ehemaligen Ostpreußen sowie auf das Territorium der ehemaligen Stadt Danzig, die der Souveränität der Volksrepublik Polen unterstellt worden sind, was Deutschland anerkennt;

b) verzichtet Deutschland auf alle Rechte, Rechtstitel und Ansprüche auf die ehemalige Stadt Königsberg und das umliegende Gebiet, die der Souveränität der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unterstellt worden sind, was Deutschland anerkennt.

Artikel 10

Deutschland erkennt die Ungültigkeit des Münchner Abkommens mit allen sich aus ihm ergebenden Folgen an und erklärt, daß es das Territorium des ehemaligen sogenannten Sudetengebietes immer als unantastbaren Bestandteil des Staatsgebietes der Tschechoslowakischen Republik anerkennen wird.

Artikel 11

Deutschland erkennt an, daß das Territorium Elsaß-Lothringens ein Bestandteil der Französischen Republik ist.

Das Saargebiet gehört zum Gebietsbestand Deutschlands.

Artikel 12

Deutschland bestätigt und anerkennt die Veränderungen und die Festlegung seiner Grenzen, die gemäß den mit den Nachbarstaaten in der Zeit vom Mai 1945 bis zum 1. Januar 1959 abgeschlossenen Abkommen vorgenommen worden sind.

III. Deutschland und Österreich

Artikel 13

1. Deutschland erkennt die volle Gültigkeit des Staatsvertrages über die Wiederherstellung des unabhängigen und demokratischen Österreich vom 15. Mai 1955 und das darin enthaltene Verbot des Anschlusses an.

2. In Übereinstimmung damit wird Deutschland die Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs achten und verzichtet auf alle territorialen und politischen Ansprüche hinsichtlich Österreichs und des österreichischen Territoriums.

3. Deutschland erkennt die ständige Neutralität Österreichs in der Form an, wie sie durch das vom Österreichischen Parlament am 26. Oktober 1955 angenommene Bundesverfassungsgesetz Österreichs festgelegt ist, und verpflichtet sich, diese zu achten.

4. Um der Gefahr des Anschlusses vorzubeugen, wird jede politische oder wirtschaftliche Union zwischen Deutschland und Österreich verboten. Deutschland erkennt seine Verantwortung in dieser Frage vollkommen an und wird in keinerlei Form eine politische oder wirtschaftliche Union mit Österreich eingehen.

Deutschland darf keinerlei Abkommen mit Österreich schließen, keinerlei Handlungen unternehmen oder Maßnahmen durchführen, die direkt oder indirekt eine politiche oder wirtschaftliche Union zwischen ihm und Österreich fördern oder der territorialen Integrität, der politischen oder wirtschaftlichen Unabhängigkeit Österreichs Schaden zufügen können.

Deutschland verpflichtet sich weiter, auf seinem Territorium keinerlei Handlungen zuzulassen, die direkt oder indirekt eine solche Union fördern können, und muß das Bestehen die Wiedergeburt und die Tätigkeit aller Organisationen verhindern, die sich eine politische oder wirtschaftliche Union mit Östereich und die Propaganda für eine Union mit Österreich als Ziel stellen.

IV. Grundrechte und Grundfreiheiten des Menschen

Artikel 14

1. Deutschland verpflichtet sich, alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um zu gewährleisten, daß alle unter deutscher Gerichtsbarkeit stehenden Personen ohne

Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der Nationalität, der Herkunft oder der politischen Überzeugung die Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen, einschließlich der persönlichen Freiheit, der Freiheit des Wortes, der Presse und Veröffentlichungen, des religiösen Kultes, der politischen Anschauungen, des Zusammenschlusses und öffentlicher Versammlungen.

2. Deutschland wird außerdem gewährleisten, daß alle auf seinem Territorium geltenden Gesetze sowohl hinsichtlich ihres Inhaltes als auch ihrer Anwendung keine Diskriminierung für Personen deutscher Staatsbürgerschaft auf Grund ihrer Rasse, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der Nationalität, der Herkunft, der politischen Überzeugung oder der Parteizugehörigkeit festlegen oder nach sich ziehen sowohl hinsichtlich ihrer Person, ihres Vermögens, ihrer Tätigkeit, ihrer beruflichen oder finanziellen Interessen, ihres Status, ihrer politischen oder bürgerlichen Rechte als auch hinsichtlich aller anderen Fragen.

3. Die frühere Zugehörigkeit einer Person deutscher Staatsbürgerschaft zur nationalsozialistischen Partei oder ihren Gliederungen und unter ihrer Kontrolle befindlicher Organisationen kann kein Grund für die Beschränkung der in Punkt 1 genannten Rechte und Freiheiten sein, wenn diese Person nicht durch Gerichtsbeschluß in ihren Rechten beschränkt wurde.

4. Personen deutscher Nationalität, die entsprechend den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz des Jahres 1945 aus anderen Ländern nach Deutschland umgesiedelt wurden, genießen auf dem Territorium Deutschlands als gleichberechtigte deutsche Bürger alle in Punkt 1 genannten Rechte ohne irgendwelche Diskriminierung.

Artikel 15

Verboten ist jegliche Verfolgung oder Unterdrückung jeder beliebigen Person durch die deutschen Behörden oder durch deutsche Bürger auf Grund der Tatsache, daß diese Person während des Zweiten Weltkrieges Handlungen zu Gunsten der Verbündeten und Vereinten Mächte begangen oder mit deren Sache sympathisiert hat, desgleichen auf Grund der Tatsache, daß diese Person in der Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages Handlungen begangen hat, die darauf abzielten, die Erfüllung der gemeinsamen Beschlüsse der UdSSR, der USA, des Vereinten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und Frankreichs über Deutschland oder irgendeiner der auf Grund dieser Beschlüsse herausgegebenen Proklamationen, Befehle, Anweisungen und Instruktionen zu erleichtern.

V. Politische Parteien und andere Organisationen

Artikel 16

Mit Ausnahme der in den Artikeln 13, 17 und 18 genannten Parteien und Organisationen wird Deutschland die freie Betätigung der politischen Parteien und anderen Organisationen gewährleistet, wobei diese das Recht erhalten, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Kongresse und Versammlungen durchzuführen, die Freiheit der Presse und der Veröffentlichungen wahrzunehmen.

Artikel 17

Deutschland verpflichtet sich, das Wiedererstehen, die Existenz und Tätigkeit der nationalsozialistischen Partei und ihrer Gliederungen oder unter ihrer Kontrolle befindlicher Organisationen auf dem Territorium Deutschlands einschließlich der politischen, militärischen und halbmilitärischen Organsationen, wie auch die Entstehung und Tätigkeit anderer ähnlicher Parteien und Organisationen und insbesondere revanchistischer Parteien und Organisationen, die eine Überprüfung der Grenzen Deutschlands fordern oder territoriale Ansprüche an andere Staaten zum Ausdruck bringen, unter der Androhung strafrechtlicher Verfolgung nicht zuzulassen.

Artikel 18

Deutschland verpflichtet sich, jegliche Organisationen, darunter auch Emigrantenorganisationen, die eine feindliche Tätigkeit gegen irgendeine der Verbündeten oder Vereinten Mächte betreiben, aufzulösen und die Existenz und Tätigkeit solcher Organisationen auf seinem Territorium unter Androhung strafrechtlicher Verfolgung nicht zuzulassen.

Deutschland wird Personen, die den obengenannten Organisationen angehören, kein politisches Asyl gewähren.

VI. Sonstige Bestimmungen

Artikel 19

Deutschland erkennt das Urteil des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg und die Urteile anderer Gerichte hinsichtlich der sowohl innerhalb als auch außerhalb Deutschlands begangenen Verbrechen an, die das Statut dieses Tribunals vorsieht.

Artikel 20

Deutschland verpflichtet sich, keine wie auch immer geartete Propaganda zuzulassen, die das Ziel verfolgt oder geeignet ist, eine Bedrohung des Friedens oder einen Akt der Aggression zu schaffen oder zu verstärken, einschließlich der Kriegspropaganda wie auch jeglicher Art revanchistischen Auftretens mit der Forderung auf Revision der Grenzen Deutschlands oder der Anmeldung territorialer Ansprüche an andere Länder.

Artikel 21

1. Deutschland wird die Repatriierung von Bürgern der Verbündeten und Vereinten Mächte, die durch den Krieg nach Deutschland verschlagen wurden, in ihre Heimat mit allen Kräften unterstützen.
2. Ihrerseits werden die Verbündeten und Vereinten Mächte in den Fällen, wo dies noch nicht geschehen ist, in gleicher Weise die Repatriierung deutscher Bürger, die durch den Krieg auf das Gebiet der Verbündeten und Vereinten Mächte verschlagen wurden, nach Deutschland unterstützen.
3. Die Verbündeten Mächte verpflichten sich, soweit sie dies noch nicht getan haben, innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages alle deutschen Spezialisten nach Deutschland zurückzuführen, die während des Krieges und nach Kriegsende zwangsweise ausgesiedelt wurden. Die Bestimmungen dieses Artikels erstrecken sich nicht auf Personen, die Deutschland auf eigenen Wunsch verlassen haben.

Teil II: Betimmungen, die sich auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands beziehen

Artikel 22

Die Verbündeten und Vereinten Mächte erkennen das Recht des deutschen Volkes auf Wiederherstellung der Einheit Deutschlands an und bringen ihre Bereitschaft zum Ausdruck, den beiden deutschen Staaten jegliche Unterstützung zur Erreichung dieses Zieles auf der Grundlage der Annäherung und Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik zu gewähren.

Beide deutsche Staaten wie auch die Verbündeten und Vereinten Mächte betrachten den vorliegenden Vertrag als einen wichtigen Beitrag zur Vereinigung Deutschlands entsprechend den nationalen Hoffnungen des deutschen Volkes sowie den Interessen der Gewährleistung der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt.

Artikel 23

Unter Berücksichtigung dessen, daß jeder Versuch, die Frage der Vereinigung Deutschlands mit Gewalt zu lösen, einen Krieg heraufbeschwören würde, der den Völkern Europas und vor allem dem deutschen Volk selbst unermeßliches Unglück brächte, übernehmen die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik die feierliche Verpflichtung, zur Erreichung der Vereinigung Deutschlands niemals Gewalt anzuwenden oder mit der Anwendung von Gewalt zu drohen, und daß sie alle Streitfragen, die in den Beziehungen zwischen ihnen entstehen können, mit friedlichen Mitteln lösen werden.

Artikel 24

Nach der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands bleibt dieser Vertrag in Kraft und seine Bestimmungen werden sich auf den einheitlichen deutschen Staat erstrecken.

Artikel 25

Bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und zur Bildung eines einheitlichen deutschen Staates erhält Westberlin die Stellung einer entmilitarisierten Freien Stadt auf der Grundlage ihres besonderen Statuts.

Teil III: Militärische Bestimmungen

Artikel 26

Deutschland wird eigene nationale Streitkräfte besitzen (Land-, Luft- und Seestreitkräfte), die für die Sicherung der Landesverteidigung erforderlich sind.

Artikel 27

Verboten wird der Dienst in den deutschen Streitkräften:

a) Personen, welche von Gerichten solcher Länder, die sich im Kriegszustand mit Deutschland befanden, oder von deutschen Gerichten wegen Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit und wegen Kriegsverbrechen verurteilt wurden;

b) Peronen, die keine deutschen Staatsbürger sind;

c) Personen nichtdeutscher Nationalität, die während und nach dem Kriege nach Deutschland verschlagen wurden, unabhängig davon, ob sie später die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben oder nicht.

Artikel 28

Deutschland darf nicht besitzen, produzieren, erwerben oder experimentell erproben:

a) jegliche Arten von Kernwaffen und andere Mittel der Massenvernichtung einschließlich der biologischen und der chemischen;

b) jegliche Arten von Raketen und gelenkten Geschossen sowie Apparate und Vorrichtungen, die zu ihrem Abschuß oder ihrer Lenkung dienen;

c) Flugzeuge, die in der Hauptsache als Bombenflugzeuge eingerichtet sind und Aufhängevorrichtungen für Bomben und Geschosse besitzen;

d) Unterseeboote.

Artikel 29

Es ist Deutschland untersagt, über die für den Bedarf der durch Artikel 26 dieses Vertrages genehmigten Streitkräfte benötigte Menge hinaus Kriegsmaterial, Waffen und Geräte, ganz gleich ob auf staatlichem, auf privatem oder anderem Wege, zu besitzen, zu produzieren oder zu erwerben, Produktionskapazitäten für deren Herstellung zu unterhalten sowie irgendwelches Kriegsmaterial, Waffen und Geräte nach anderen Ländern auszuführen.

Artikel 30

Alle ausländischen Truppen, die sich in Deutschland befinden, müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Vertrages aus Deutschland abgezogen werden.

(Oder: Nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages müssen alle ausländischen Truppen, die sich in Deutschland befinden, innerhalb von Fristen aus Deutschland abgezogen werden, die zwischen den interessierten Seiten zu vereinbaren sind, wobei binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages die zahlenmäßige Stärke der auf dem Territorium Deutschlands stationierten ausländischen Truppen um ein Drittel verringert wird.)

Gleichzeitig mit dem Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland müssen auch alle ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert werden.

In Zukunft wird Deutschland keine Stationierung irgendwelcher ausländischer Streitkräfte und keine ausländischen Militärstützpunkte auf seinem Territorium zulassen.

Artikel 31

Deutschland verpflichtet sich, auf deutschem Territorium die Gräber der Militärangehörigen, der Kriegsgefangenen und der nach Deutschland zwangsverschleppten Bürger der Mächte, die sich im Kriegszustand mit Deutschland befanden, die Denkmäler und Embleme auf diesen Gräbern sowie die Denkmäler des militärischen Ruhms der Armeen, die gegen Hitlerdeutschland kämpften, zu achten, zu schützen und zu pflegen.

Die Verbündeten und Vereinten Mächte werden ihrerseits die Pflege der auf ihrem Territorium erkennbaren Gräber deutscher Militärangehöriger gewährleisten.

Teil IV: Wirtschaftliche Bestimmungen

Artikel 32

Deutschland werden keinerlei Beschränkungen in der Entwicklung seiner Friedenswirtschaft auferlegt, die dem Wachstum des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll.

Deutschland wird ebensowenig Beschränkungen im Handel mit anderen Ländern, in der Seeschiffahrt und im Zugang zu den Weltmärkten ausgesetzt sein.

Artikel 33

Nach dem Abzug der ausländischen Truppen vom Territorium Deutschlands wird alles deutsche Eigentum, das die Streitkräfte der ausländischen Staaten benutzen und für das

keine Entschädigung gewährt wurde, den Eigentümern zurückerstattet oder eine entsprechende Entschädigung dafür gewährt.

Artikel 34

1. Deutschland wird in den Fällen, in denen dies noch nicht geschehen ist, die legitimen Rechte und Interessen der Verbündeten und Vereinten Mächte und ihrer Bürger in Deutschland, wie sie am 1. September 1939 und für die Tschechoslowakische Republik und ihre Bürger am 30. September 1938 bestanden, wiederherstellen und das Eigentum der Verbündeten und Vereinten Mächte und ihrer Bürger zurückerstatten oder aber eine Entschädigung gewähren. Das Verfahren und die Bedingungen für die Realisierung der Bestimmungen dieses Artikels sind durch besondere Vereinbarungen zwischen Deutschland und den interessierten Staaten festzulegen.

Der Ausdruck „Eigentum" bezeichnet bewegliches oder unbewegliches, materielles oder nichtmaterielles Vermögen, einschließlich des industriellen, literarischen und künstlerischen Eigentums sowie der Eigentumsrechte und -interessen aller Art.

2. Der Kriegszustand an sich wird nicht als Umstand gelten, der die Pflicht zur Zahlung von Geldschulden beeinflußt, die sich aus Verpflichtungen und Verträgen ergeben, die vor der Entstehung des Kriegszustandes existierten.

Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Diskriminierung bei der Befriedigung der Schadenersatzansprüche der Bürger der Verbündeten und Vereinten Mächte zuzulassen, unabhängig von der Art der ihnen zustehenden Entschädigung sowie der Organisation oder Einrichtung, die den Anspruch befriedigt.

Artikel 35

Deutschland erkennt die Rechte einer jeden Verbündeten und Vereinten Macht auf die deutschen Auslandsaktiva an, die dieser Macht infolge der Abkommen zwischen der UdSSR, den USA, dem Vereinigten Königreich und Frankreich übergeben worden sind.

Deutschland erkennt die Bestimmungen über die deutschen Auslandsaktiva in Österreich an, die der Staatsvertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich enthält.

Artikel 36

1. Deutschland verzichtet in seinem Namen beziehungsweise im Namen der deutschen Organisationen und Bürger auf alle Ansprüche jeglicher Art an die Verbündeten und Vereinten Mächte, an deren Organisationen und Bürger, die unmittelbar mit dem Krieg verbunden sind oder sich aus Maßnahmen ergeben, die infolge des Kriegszustandes in Europa nach dem 1. September 1939 getroffen wurden, unabhängig davon, ob sich die betreffende Verbündete und Vereinte Macht zu dieser Zeit im Zustand des Krieges mit Deutschland befunden hat oder nicht. Dieser Verzicht auf Ansprüche umfaßt insbesondere:

a) Ansprüche im Zusammenhang mit Verlusten oder Schäden, die durch Handlungen der Streitkräfte oder Behörden der Verbündeten und Vereinten Mächte entstanden sind;

b) Ansprüche, die sich aus der Anwesenheit, den Operationen oder Handlungen der Streitkräfte oder Behörden der Verbündeten und Vereinten Mächte auf deutschem Territorium ergeben;

c) Ansprüche hinsichtlich der Entscheidungen oder Anordnungen der Prisengerichte der Verbündeten und Vereinten Mächte, wobei Deutschland alle Entscheidungen und Anordnungen solcher Gerichte, die nach dem 1. September 1939 in bezug auf deutsche See- und Binnenschiffe oder auf deutsche Frachten oder auf Kostenzahlungen gefällt wurden, als gültig und verpflichtend anerkennt;

d) Ansprüche, die sich aus der Wahrnehmung der Rechte einer kriegführenden Partei oder aus den Maßnahmen zur Wahrnehmung dieser Rechte ergeben.

2. Der Verzicht Deutschlands auf Ansprüche gemäß Punkt 1 dieses Artikels schließt alle Ansprüche ein, die sich aus Maßnahmen ergeben, die eine der Verbündeten und Vereinten Mächte gegenüber deutschen See- und Binnenschiffen nach dem 1. September 1939 getroffen hat, sowie alle Ansprüche und Schulden, die sich aus den geltenden internationalen Konventionen über die Kriegsgefangenen ergeben.

3. Die Bestimmungen dieses Artikels schließen alle Ansprüche der obengenannten Art vollständig und endgültig aus. Diese Ansprüche sind von jetzt an aufgehoben, ganz gleich, wer der interessierte Partner ist. Die Regierung Deutschlands erklärt sich bereit, den Personen, die den Streitkräften der Verbündeten und Vereinten Mächte auf deut-

schem Territorium im Rahmen der Requirierung Versorgungsgüter oder Dienstleistungen zur Verfügung gestellt haben, sowie für die Befriedigung der Ansprüche an die Streitkräfte der Verbündeten und Vereinten Mächte, die sich aus nichtkriegsbedingten Schäden auf deutschem Territorium ergeben haben, eine angemessene Entschädigung in deutscher Mark zu zahlen.

Artikel 37

Deutschland verzichtet auf alle Ansprüche staatlichen Charakters, Ansprüche öffentlicher deutscher juristischer Personen, Ansprüche deutscher Bürger, die mit den Gebieten verbunden sind, die anderen Staaten zurückgegeben und ihrer Souveränität unterstellt wurden.

Artikel 38

Die Staaten, auf die die Souveränität über einen Teil des ehemaligen Territoriums Deutschlands überging, tragen keine Verantwortung für Verpflichtungen, die sich aus Schulden des deutschen Staates, der deutschen Städte und Gemeinden und der deutschen öffentlichen Einrichtungen ergeben sowie aus anderen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Fragen, die bis zum 8. Mai 1945 entstanden und mit diesem Territorium verbunden sind.

Artikel 39

1. Deutschland ist bereit, mit jeder Verbündeten und Vereinten Macht in Verhandlungen zu treten und Verträge oder Abkommen über den Handel und die Seeschiffahrt abzuschließen, wobei jeder Verbündeten und Vereinten Macht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Stellung der meistbegünstigten Nation eingeräumt wird.
2. Deutschland wird in allem, was seinen Handel mit den Verbündeten und Vereinten Mächten betrifft, keine Diskriminierung und künstliche Beschränkung zulassen. Die Verbündeten und Vereinten Mächte werden sich ihrerseits im Handel mit Deutschland an den gleichen Grundsatz halten.
3. Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen keinem einzigen Land irgendwelche ausschließlichen oder diskriminierenden Rechte hinsichtlich der Verwendung kommerzieller Flugzeuge im internationalen Verkehr einräumen, es wird den Verbündeten und Vereinten Mächten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit gleiche Möglichkeiten für den Erwerb von Rechten auf deutschem Territorium auf dem Gebiet der internationalen kommerziellen Luftfahrt gewähren, einschließlich des Landerechts zur Treibstoffaufnahme und Reparatur. Diese Bestimmungen dürfen die Interessen der nationalen Verteidigung Deutschlands nicht beeinträchtigen.

Artikel 40

Deutschland verpflichtet sich, Österreich das Recht des ungehinderten Transits und Verkehrs ohne Erhebung von Zöllen und Abgaben zwischen Salzburg und Lofer (Salzburg) über Reichenhall—Steinpaß und zwischen Scharnitz (Tirol) und Ehrwald (Tirol) über Garmisch-Partenkirchen zu gewähren.

Artikel 41

Die Frage der Zahlung von Reparationen durch Deutschland zur Wiedergutmachung des Verbündeten und Vereinten Mächten während des Krieges von ihm zugefügten Schadens gilt als vollständig geregelt, und die Verbündeten und Vereinten Mächte verzichten auf alle Ansprüche an Deutschland hinsichtlich der weiteren Zahlung von Reparationen.

Artikel 42

Deutschland verpflichtet sich, in den Fällen, wo dies noch nicht geschehen ist, identifizierbare Gegenstände, welche künstlerischen, historischen oder archäologischen Wert besitzen und zum Kulturgut der Verbündeten und Vereinten Mächte gehören und gewaltsam oder zwangsweise von ihrem Territorium nach Deutschland verschleppt wurden, in gut erhaltenem Zustand zurückzuerstatten.

Die Forderungen auf Restitution der genannten Gegenstände können innerhalb von 12 Monaten nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages angemeldet werden.

Deutschland wird den Staaten, denen Teile des ehemaligen Territoriums Deutschlands zurückgegeben, oder deren Souveränität solche Territorien unterstellt wurden, gleichfalls alle historischen, Gerichts-, Verwaltungs- und technischen Archive mit den Karten und Plänen übergeben, die diese Gebiete betreffen.

VI: Schlußbestimmungen

Artikel 43

Vom Inkrafttreten des vorliegenden Friedens-Vertrages an wird Deutschland von allen Verpflichtungen aus internationalen Verträgen und Abkommen entbunden, die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Deutschen Bundesrepublik vor Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages abgeschlossen wurden und im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedens-Vertrages stehen.

Artikel 44

Jeder Streit um die Auslegung oder Erfüllung des vorliegenden Vertrages, der nicht durch direkte diplomatische Verhandlungen oder in anderer Weise durch Vereinbarung zwischen den Partnern des Streites geregelt wird, ist einer Kommission zu übergeben, der Vertreter der Sowjetunion, des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik angehören. Falls dieser Streit innerhalb von zwei Monaten in der Kommission nicht durch eine Vereinbarung geschlichtet werden kann, wird er, wenn die Partner des Streites zu keiner Vereinbarung über andere Verfahren seiner Regelung gelangen, einer Kommission übergeben, der je ein Vertreter eines jeden Partners und ein weiteres Mitglied angehören, das auf Vereinbarung beider Seiten unter den Bürgern eines dritten Landes ausgewählt wird.

Artikel 45

1. Der vorliegende Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt unverzüglich nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und Deutschland in Kraft. Für jeden weiteren Staat, der den vorliegenden Vertrag in der Folge ratifiziert oder ihm beitritt, tritt er vom Tage der Hinterlegung der Dokumente über die Ratifikation oder den Beitritt durch diesen Staat in Kraft.

2. Wenn der Vertrag innerhalb von 10 Monaten nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden Deutschlands nicht in Kraft tritt, kann jeder Staat, der ihn ratifiziert hat, diesen Vertrag zwischen sich und Deutschland durch eine Notifikation an Deutschland und an den Depositärstaat innerhalb von 3 Jahren nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden Deutschlands in Kraft setzen.

Artikel 46

Jeder Staat, der sich im Kriegszustand mit Deutschland befunden hat und nicht zu den Unterzeichnerstaaten dieses Vertrages gehört, kann diesem Vertrag beitreten.

Artikel 47

Der Vertrag gewährt keinerlei Rechte, schafft keinerlei Rechtstitel oder Vorteile für Staaten, die nicht Partner des vorliegenden Vertrages sind, und keinerlei Rechte, Rechtsgrundlagen oder Interssen Deutschlands können durch irgendwelche Bestimmungen des vorliegenden Vertrages zugunsten solcher Staaten beeinträchtigt werden.

Artikel 48

Der vorliegende Vertrag sowie alle Dokumente über die Ratifikation und den Beitritt sind bei der Regierung . . . . . zu hinterlegen, welche beglaubigte Abschriften des Vertrages an jeden Unterzeichnerstaat oder beigetretenen Staat versendet sowie diesen Staaten Mitteilung über alle Ratifikationen und Beitritte macht.

Zur Bestätigung dessen haben die endesunterfertigten Bevollmächtigten Vertreter den vorliegenden Vertrag unterzeichnet und ihn mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in . . . . . in russischer, in englischer, in französischer und in deutscher Sprache, wobei alle Texte gleichermaßen authentisch sind.

Erklärung des Studentenkongresses gegen Atomrüstung

Wir sind in Berlin zum Studentenkongreß gegen Atomrüstung zu einem Zeitpunkt zusammengekommen, wo diese Stadt zum Mittelpunkt des weltpolitischen Interesses geworden ist. Wegen Berlin haben bereits die Regierungen der beiden großen Weltmächte im Rahmen ihres jeweiligen politischen Kalküls mit dem totalen Atomkrieg gedroht. Die entstandene Spannung zeigt die Unhaltbarkeit der politischen Lage in Mitteleuropa. Die Berlin-Krise scheint nicht zuletzt als Folge der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr entstanden zu sein. Eine isolierte Lösung der Berlin-Frage gibt es nicht. Mehr denn je

drängt die Zeit, die explosive Lage in Mitteleuropa zu entschärfen. Niemand bleibt es nun erspart, nach neuen Wegen zur europäischen Sicherheit und schrittweisen Lösung der deutschen Frage zu suchen. Die atomare Ausrüstung ist ein entscheidendes Hindernis für eine Entspannung in Mitteleuropa. Atomwaffen im zweigeteilten Deutschland sind ein gefährliches Experiment für den Weltfrieden. Ein Junktim zwischen dem bisher geforderten Weg zur Wiedervereinigung und der Abrüstung blockiert nicht nur die erstere, sondern darüber hinaus internationale Verhandlungen, die zum Erfolg führen könnten.

Dem polnischen Außenminister Rapacki sind wir dankbar, daß er den nach ihm benannten Plan für eine Zone begrenzter Rüstung modifiziert und damit die Chance zur Verwirklichung dieses Planes erhöht hat. Hier kann ein Modell für internationale Rüstungskontrolle erprobt werden. Eine kernwaffenfreie Zone in Europa wäre darüber hinaus ein denkbarer erster Schritt zur kontrollierten Abrüstung. Seine Verwirklichung schafft bessere Bedingungen zur Lösung der deutschen Frage.

Die Atomrüstung wird auch von ihren Befürwortern stets nur als notwendiges Übel angesehen. Die Sorge darum, wie auf lange Sicht in der Welt ein Friedenszustand geschaffen und das Übel beseitigt werden kann, sollte daher natürlicherweise allen gemeinsam sein.

Als erstes kleines Land, das beschließt, atomar aufzurüsten, gibt die Bundesrepublik ein unheilvolles Beispiel. Je mehr Atommächte, desto höher die Atomkriegsgefahr. Je mehr Länder der generellen Abrüstung zustimmen müssen, desto unwahrscheinlicher wird ein Erfolg der Abrüstung. Nach zwei Weltkriegen ist eine Atomrüstung gerade in Deutschland geeignet, die Ängste anderer Völker zu steigern, die Fronten zu verhärten und die gegenwärtige Haßpropaganda zu verstärken.

Abschreckung ist nicht Verteidigung, sondern bedingte Drohung mit Mord und Selbstmord.

Der Studentenkongreß gegen Atomrüstung begrüßt die ersten Erfolge der Genfer Konferenzen über die Beendigung der Atomwaffenversuche und hofft auf raschen weiteren Fortschritt.

Demokratie beruht auf der Möglichkeit des Nebeneinanderbestehens politischer Gegensätze. Der mit der Atomrüstung zusammenhängende Fanatismus und die Konzentration der Verfügungsgewalt über die Atomwaffen in den Händen weniger unterhöhlen aber dieses Prinzip. So ist die Bewegung gegen die Atomrüstung eine Bewegung für die Demokratie, wie sie der Westen proklamiert und nach deren Regeln auch dieser Kongreß über Spielraum für seine Arbeit verfügt.

Wir fühlen uns verpflichtet zu einem unvoreingenommenen und durch keinerlei äußere Rücksichten eingeschränkten Studium des Wesens und des Ausmaßes der atomaren Gefahr. Wir sind verpflichtet, alle gewonnenen Ekenntnisse bekannt zu machen, auf ihre Berücksichtigung zu dringen, die Verschleierung und Verharmlosung zu bekämpfen. Wir sind nicht berechtigt, die Entscheidung über das Verhältnis wissenschaftlicher Einsichten zu politischen Notwendigkeiten allein den Politikern zu überlassen. Wir dürfen nicht zulassen, daß Wissenschaft und Forschung in eine nur instrumentale Rolle gedrängt werden.

Diese Überlegungen sind einmütige Überzeugung des Kongresses und lagen seiner Arbeit zugrunde. Die Kürze der verfügbaren Zeit erlaubte es nicht, in den Arbeitsgemeinschaften „Atomrüstung und Demokratie", „Atomrüstung und Wiedervereinigung", „Atomrüstung und Außenpolitik der Weltmächte", „Atomrüstung und die Verantwortung des Wissenschaftlers" und „Atomrüstung und christliche Verantwortung", die sich daran knüpfenden zahlreichen und schwierigen Überlegungen zu Ende zu führen und in der Form von Ergebnissen vollständig zu formulieren. Die ausführlichen Protokolle der Erörterungen der Arbeitsausschüsse werden vielmehr jetzt den örtlichen Studentenausschüssen zu dienen haben, die ihre Arbeit mit neuer Kraft fortsetzen werden.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarrossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.